



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

TY 6432 A

1971

Montag, den 4. Oktober 1971

Nr. 40

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Der Hessische Sozialminister	
Errichtung eines Wahlkonsulats der Republik Togo in Frankfurt am Main	1617	Erhöhung der Tagelöhner für die Teilnahme der Hebammen an den gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildungslehrgängen und Nachprüfungen gem. §§ 14 Abs. 3 und 21 Abs. 1 der 6. DVO zum Hebammengesetz vom 16. 9. 1941 (RGBl. I S. 561)	1622
Der Hessische Minister des Innern		Verlust eines Dienstsiegels des Versorgungsamtes Kassel	1622
Vierundzwanzigster Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT; hier: Anschließtarifvertrag mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V.	1617	Künftige Abwicklung der Entschädigung von Impfschäden	1622
Gemeinsamer Runderlaß:		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	
1. a) Richtlinien für die Schreibweise von Namen, die Bezeichnung von Gebieten und Grenzen und die Darstellung der deutschen Grenzen in Karten und Texten („Kartenrichtlinien“);		Gewährung von Bundesmitteln für besondere Maßnahmen zur Unterstützung von Betrieben der Obst- und Gemüsegewirtschaft	1623
b) Wahl und Schreibweise von Orts- und Ländernamen bei der Ausstellung von Urkunden;		Personalmeldungen	
2. Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands, der Demarkationslinien innerhalb Deutschlands und der Orte innerhalb Deutschlands („Bezeichnungsrichtlinien“)	1618	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1625
Anwendung des § 20 Abs. 1 (§ 17 Abs. 3) BBesG; hier: Zahlung von Kinderzuschlag und Ortszuschlag beim Wechsel des Rechtsverhältnisses	1618	Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	1626
Bekanntmachung über die Genehmigung der Stiftung „Studien- und Forschungsstelle für Stiftungswesen“	1618	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	1626
Rationalisierung im sozialen Wohnungsbau	1618	Im Bereich des Hessischen Sozialministers	1634
Entschädigung der im kommunalen Vollstreckungsdienst tätigen Bediensteten	1619	Regierungspräsidenten	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		DARMSTADT	
Anzeigepflicht nach § 34 Abs. 3 des Gaststättengesetzes	1619	Jagdausübung auf Fasanenhennen im Jagdjahr 1971	1634
Muster eines Straßenbenutzungsvertrages für Leitungen der öffentlichen Versorgung (StAnz. 1969 S. 417); hier: Modifizierte Folgekostenpflicht der Gemeinden bei Einleitung von Straßenoberflächenwasser in eine Mischkanalisation	1620	Bekanntmachung über die Aufnahme der Rechtsform und die Änderung des Stiftungszwecks in der Verfassung der „Günther-Stiftung“, Sitz Frankfurt am Main	1634
Widmung einer Neubaustrecke der Bundesautobahn-Anschlußstelle Wetzlar-Ost im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt	1620	Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln	1635
Widmung der im Zuge der Landesstraße 3111 neugebauten Straße und damit zusammenhängender Umstufung und Einziehung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3111, der Kreisstraßen 2 und 4 und von Gemeindestraßen in der Gemarkung Viernheim, Landkreis Bergstraße	1621	Bekanntmachung über die Aufhebung der Stiftung „Hospital in Schlüchtern“. Sitz Schlüchtern	1635
Aufstufung einer Teilstrecke der Landesstraße 3110 und einer Gemeindestraße zur Bundesstraße 44 sowie Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße 44 in der Gemarkung Lampertheim, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt	1621	KASSEL	
44. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Hessen; hier: Erlöschen der Zulassung	1622	Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Zierenberg, Krs. Wolfhagen	1635
		Buchbesprechungen	1639
		Öffentlicher Anzeiger	
		Veränderungen im Vorstand der Hessischen Landesbank — Girozentrale — Frankfurt am Main	1647
		Enteignungsverfahren zugunsten der Bundesrepublik Deutschland — (BRD) — Bundesstraßenverwaltung — Ausbau der B 62 in der Ortslage Sorga, Krs. Hersfeld; hier: Termin zur Feststellung der Entschädigung	1647
		Kraftloserklärung einer Genehmigung zur Ausführung von Ausflugsfahrten mit Kraftomnibussen	1647
		Stellenausschreibung (HMDJ)	1648

1336

Der Hessische Ministerpräsident

Errichtung eines Wahlkonsulats der Republik Togo in Frankfurt am Main

Die Anschrift des Wahlkonsulats der Republik Togo in Frankfurt am Main lautet jetzt:

6 Frankfurt (Main)
Schumannstraße 62

F.: Frankfurt 77 10 86 (6 96 22 00)

Sprechzeiten: Mittwoch von 14—16 Uhr und Freitag von 9—11 Uhr.

Wiesbaden, 20. 9. 1971

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
I A 1 — 2 e 10/07

StAnz. 40/1971 S. 1617

1337

Der Hessische Minister des Innern

Vierundzwanzigster Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT;

hier: Anschließtarifvertrag mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V.

Bezug: Mein Rundschreiben vom 18. August 1970 (StAnz. S. 1807)

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 9. Dezember 1970 mit den Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V. einen Anschluß-

tarifvertrag zum Vierundzwanzigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) vom 11. August 1970 abgeschlossen. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung des Anschließtarifvertrages und einer nochmaligen Bekanntgabe des Änderungstarifvertrages sehe ich ab.

Wiesbaden, 14. 9. 1971

Der Hessische Minister des Innern
I A 63 — P 2048 A — 37

StAnz. 40/1971 S. 1617

1338

An alle

Behörden und Dienststellen des Landes und die der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

1. a) **Richtlinien für die Schreibweise von Namen, die Bezeichnung von Gebieten und Grenzen und die Darstellung der deutschen Grenzen in Karten und Texten („Kartenrichtlinien“);**
b) **Wahl und Schreibweise von Orts- und Ländernamen bei der Ausstellung von Urkunden;**
2. **Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands, der Demarkationslinien innerhalb Deutschlands und der Orte innerhalb Deutschlands („Bezeichnungsrichtlinien“).**

Bezug: zu 1. Gemeinsamer Runderlaß vom 25. Mai 1961 — I a 1 — 7 d — (StAnz. S. 646)
zu 2. Runderlaß des Ministers des Innern vom 6. Oktober 1965 — I A 14 — 1 k — (StAnz. S. 1206)

Gemeinsamer Runderlaß

Die von dem früheren Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen erlassenen Kartenrichtlinien vom 1. Februar 1971 (GMBI. 1961 S. 123), bekanntgegeben durch den Runderlaß zu 1 (StAnz. 1961 S. 646) und die Bezeichnungsrichtlinien vom 12. Mai 1961 in der Fassung vom Juli 1965 (GMBI. 1965 S. 227), bekanntgegeben durch den Runderlaß zu 2 (StAnz. 1965 S. 1206) sind durch Erlaß des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen vom 6. Juli 1971 — II 1 b — 4321 — 11082/71 — (GMBI. 1971 S. 272) aufgehoben worden.

Die Bezugserrasse sind damit gegenstandslos geworden und werden hiermit aufgehoben.

Dieser Runderlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten und den Fachministern.

Wiesbaden, 15. 9. 1971

Der Hessische Minister des Innern
I A 14 — 7 d

StAnz. 40/1971 S. 1618

1339**Anwendung des § 20 Abs. 1 (§ 17 Abs. 3) BBesG;**

hier: Zahlung von Kinderzuschlag und Ortszuschlag beim Wechsel des Rechtsverhältnisses

Der Bundesminister des Innern hat nachstehendes Rundschreiben vom 4. November 1970 — D II 2 — 221 200/5 — bekanntgegeben:

„Es sind Zweifel aufgetreten, inwieweit bei einem unmittelbaren Wechsel des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses innerhalb des öffentlichen Dienstes Kinderzuschlag und Ortszuschlag nach § 20 Abs. 1 (§ 17 Abs. 3) BBesG zu zahlen sind.

In Betracht kommt insbesondere ein Wechsel vom Rechtsverhältnis

eines Beamten, Richters, Berufssoldaten in das eines Versorgungsempfängers,

eines Soldaten auf Zeit, Polizeivollzugsbeamten a. W. in das eines Berufssoldaten, Beamten, Angestellten, Arbeiters oder eines Empfängers von Übergangsgebühren,

eines Angestellten, Arbeiters in das eines Beamten, Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit.

Die Vorschriften des BBesG über Kinderzuschlag und Ortszuschlag, die nach § 1 BBesG für Beamte und Richter des Bundes, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit gelten, sind nach § 156 BBG, § 47 SVG, §§ 29, 31 BAT auch auf Versorgungsempfänger und Angestellte des Bundes entsprechend anzuwenden; auf Arbeiter nur die Vorschriften über den Kinderzuschlag (§ 41 MTB II). Der unmittelbare Wechsel zwischen einem Dienst- und Arbeitsverhältnis innerhalb der Bundesverwaltung ist daher auf Beginn und Ende der Zahlung von Kinderzuschlag und einer anderen Stufe des Ortszuschlages ohne Einfluß; bei Arbeitern gilt dies nur für den Kinderzuschlag.

Beispiele:

- a) Beamte bis 31. Juli, Versorgungsempfänger ab 1. August. Kind bis 30. Juni in Berufsausbildung; Zahlung des Kinderzuschlages bis 31. Juli als Dienstbezug, für August neben dem Ruhegehalt.
- b) Soldat auf Zeit bis 15. Juli, Empfänger von Übergangsgebühren ab 16. Juli.
Kind geboren 10. Juli; Zahlung des Kinderzuschlages ab 1. bis 15. Juli als Dienstbezug, danach neben den Übergangsgebühren.
Kind geboren 20. Juli; Zahlung des Kinderzuschlages ab 1. bis 15. Juli als Dienstbezug, danach neben den Übergangsgebühren.
Kind bis 30. Juni in Berufsausbildung; Zahlung des Kinderzuschlages bis 15. Juli als Dienstbezug, danach bis einschließlich August neben den Übergangsgebühren.

Soweit bisher anders verfahren worden ist, kann es dabei bewenden.

Entsprechendes gilt auch beim Übertritt aus dem Landes- oder Gemeindedienst in den Bundesdienst, soweit Zahlungen durch den Bund in Frage kommen.“

Im Hinblick auf § 54 i. V. mit § 49 Abs. 2 BBesG i. d. F. des Art. 1 § 1 Nr 13 und 15 des 1. BesVNG vom 16 März 1971 (BGBl. I S. 208) bitte ich, die obigen Ausführungen des Bundesministers des Innern bei der Zahlung von Kinderzuschlag und Ortszuschlag beim Wechsel des Rechtsverhältnisses für hessische Beamte und Versorgungsempfänger entsprechend anzuwenden.

Wiesbaden, 20. 9. 1971

Der Hessische Minister des Innern
I A 51 — P 1513 A — 104
StAnz. 40/1971 S. 1618

1340**Bekanntmachung über die Genehmigung der Stiftung „Studien- und Forschungsstelle für Stiftungswesen“**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) habe ich am 9. 9. 1971 die mit Stiftungsgeschäft vom 20. 4. und 9. 6. 1971 errichtete Stiftung

„Studien- und Forschungsstelle für Stiftungswesen“
mit Sitz in Darmstadt

genehmigt.

Wiesbaden, 9. 9. 1971

Der Hessische Minister des Innern
II 5 — 2501 — 571 — D 5
StAnz. 40/1971 S. 1618

1341**Rationalisierung im sozialen Wohnungsbau**

Bezug: Rationalisierungskatalog, herausgegeben vom Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

Die Rationalisierung im sozialen Wohnungsbau hat durch die erheblichen Grundstücks-Erschließungs- und Baukosten weiter an Bedeutung gewonnen. Der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen hat deshalb in einem Rationalisierungskatalog Wege aufgezeigt, die bei Beibehaltung der Wohnungsqualität zu Kosteneinsparungen führen sollen. Diese Überlegungen sind im Rationalisierungskatalog zusammengefaßt, der im Deutschen Gemeindeverlag, Köln, erschienen ist.

Der Katalog sieht vor, daß die zuständigen Stellen, welche die Wohnungsbauförderungsmittel bewilligen, in geeigneten Fällen Rationalisierungsaufgaben machen sollen. Ich weise deshalb schon jetzt vorsorglich auf den Rationalisierungskatalog hin.

Wiesbaden, 20. 9. 1971

Der Hessische Minister des Innern
V B 3 — 62 c 44 — 209/71
StAnz. 40/1971 S. 1618

1342

Entschädigung der im kommunalen Vollstreckungsdienst tätigen Bediensteten

Bezug: Meine Erlasse vom 27. 11. 1959 — IV b — 8 g — 24/59 — (StAnz. S. 1358), vom 28. 12. 1961 — IV b — 8 g — 32/61 — (StAnz. 1962 S. 42) und vom 30. 9. 1968 — IV A 2 — 8 g 02 — 2/68 — (StAnz. S. 1566)

Nach Nr. 1 der Gemeinsamen Vorschriften für mehrere Besoldungsgruppen zu den Besoldungsordnungen A, H und B des Hessischen Besoldungsgesetzes (HBesG) in der Fassung vom 9. November 1970 (GVBl. I S. 716), zuletzt geändert durch das Erste Hessische Gesetz zur Anpassung an das Erste Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (1. HBesAnpG) vom 24. Mai 1971 (GVBl. I S. 113), können die im Vollstreckungsdienst tätigen Beamten des mittleren Dienstes nach näherer Bestimmung der obersten Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem jeweils zuständigen Fachminister eine widerrufliche und nicht ruhegehaltsfähige Entschädigung erhalten.

Für die Entschädigung der im kommunalen Vollstreckungsdienst tätigen Beamten des mittleren Dienstes (Vollziehungsbeamte) gilt meine Zustimmung als erteilt, falls nach folgenden Richtlinien verfahren wird:

1. Die Entschädigung beträgt höchstens zwei v. H. der von den Vollziehungsbeamten durch Vollstreckungshandlungen beigebrachten und an die Kasse abgelieferten Geldbeträge.
2. Die Entschädigung darf monatlich 150,— DM nicht übersteigen.
Sofern es für den Vollziehungsbeamten günstiger ist, ist vierteljährlich abzurechnen.
3. Weitere Entschädigungen für Kleiderverschleiß und ähnliches dürfen nicht gewährt werden.

4. Die Entschädigung ist grundsätzlich in vollem Umfange lohnsteuerpflichtig. Etwas anderes gilt nur, soweit der Hessische Minister der Finanzen eine besondere steuerliche Behandlung der Entschädigung zugelassen hat. Dies ist durch Erlasse vom 9. 12. 1965 und 29. 6. 1966 — S. 2172 — 10 — II A 23 — geschehen. Danach kann die Entschädigung ohne Eintragung auf der Lohnsteuerkarte bis zur Höhe eines Pauschbetrages von 60,— DM monatlich (bei ständig im Außendienst Beschäftigten) oder 2,80 DM täglich (bei tageweise im Außendienst Beschäftigten) steuerfrei belassen werden.
5. Die Entschädigung kann gekürzt oder ganz versagt werden, wenn der Vollziehungsbeamte seinen Dienstobliegenheiten nicht in genügender Weise nachgekommen ist. Die Entscheidung über die Kürzung oder Versagung obliegt dem Gemeindevorstand (Kreisausschuß).

Ich empfehle, den im kommunalen Vollstreckungsdienst tätigen Angestellten die Entschädigung ebenfalls nach der vorstehenden Regelung zu gewähren. Die Beiträge zur Sozialversicherung sind bei den im kommunalen Vollstreckungsdienst tätigen Angestellten grundsätzlich von dem Betrag zu berechnen, der für die Berechnung der Lohnsteuer maßgebend ist. Da die Entschädigung zum Arbeitslohn im Sinne der Lohnsteuerdurchführungsverordnung gehört, ist sie dem Lohnsteuerabzug unterworfen und demnach auch bei der Bemessung der Beiträge zur Sozialversicherung zu berücksichtigen. Soweit die Entschädigung steuerfrei belassen ist (vorstehende Nr. 4), bleibt sie bei Angestellten für die Berechnung der Beiträge zur Sozialversicherung außer Ansatz.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Sozialminister.

Wiesbaden, 17. 9. 1971

Der Hessische Minister des Innern
IV A 21 — 8 g 02 — 12/71
StAnz. 40/1971 S. 1619

1343

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

An die
Regierungspräsidenten
Landräte
Gemeindevorstände der Gemeinden
mit 10 000 und mehr Einwohnern

Anzeigepflicht nach § 34 Abs. 3 des Gaststättengesetzes**I.**

Das neue Gaststättengesetz (GastG) vom 5. 5. 1970 (BGBl. I S. 465, 1298), mit dessen Inkrafttreten das bisherige Gaststättengesetz vom 28. 4. 1930 (GastG 1930) abgelöst wurde, hat u. a. die Erlaubnispflicht für Gaststättenbetriebe neu geregelt (vgl. insbesondere §§ 1 und 2 GastG). Für diejenigen Personen, die bereits bei Inkrafttreten dieses Gesetzes am 9. 5. 1971 eine Tätigkeit befugt ausgeübt haben, die nach dem neuen GastG erlaubnispflichtig ist, enthält § 34 GastG eine Übergangsregelung.

1. Nach § 34 Abs. 1 GastG gilt eine vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilte Erlaubnis oder Gestattung im bisherigen Umfang als Erlaubnis oder Gestattung im Sinne dieses Gesetzes. Der Umfang der Erlaubnis oder Gestattung nach dem neuen Recht wird also durch die bisherige Erlaubnis oder Gestattung bestimmt. Diese Regelung bezieht sich nicht nur auf die Betriebsart, die zugelassenen Räume und Getränke, sondern auch auf alle auf dem GastG 1930 beruhenden Modifikationen der Erlaubnis oder Gestattung, z. B. Befristungen, Bedingungen, Auflagen, Stellvertretungserlaubnisse.
2. Durch § 34 Abs. 2 GastG wird, soweit nach dem Gesetz eine Erlaubnis erforderlich ist, die Erlaubnis kraft Gesetzes demjenigen erteilt, der bei Inkrafttreten des Gesetzes eine Tätigkeit befugt ausübt, für die er nach altem Recht eine Erlaubnis nicht benötigte. Wer die Erlaubnis auf diese Weise kraft Gesetzes erhielt, muß nach § 34 Abs. 3 GastG seinen Betrieb der zuständigen Behörde innerhalb von

sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes anzeigen, sonst erlischt die kraft Gesetzes erteilte Erlaubnis. Die Anzeigepflicht soll der Rechtsklarheit dienen. Mit ihr soll verhindert werden, daß längere Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein Betriebsinhaber sich auf den Besitzstand aus § 34 Abs. 2 GastG berufen kann, ohne daß die Behörde hiervon Kenntnis gehabt hat und feststellen konnte, ob die Voraussetzungen dieser Vorschrift vorliegen. Ein solches Bedürfnis nach Klärung besteht nicht, wenn nach dem GastG 1930 Erlaubnisse erteilt sind

- a) für Gaststättenbetriebe, in denen neben der Beherbergung erlaubnisfrei Getränke und zubereitete Speisen oder neben Getränken erlaubnisfrei zubereitete Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht wurden,
- b) für Gaststättenbetriebe, in denen neben dem Ausschank von Branntwein erlaubnisfrei Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht wurden.

(Vgl. zu a), soweit es sich um die erlaubnisfreie Verabreichung von Getränken handelt, und zu b) Abschn. II meines Erlasses vom 22. 7. 1955 — StAnz. S. 849 —.) In diesen Fällen ist der Behörde der Gegenstand des Betriebes bekannt, weshalb eine Anzeige hinsichtlich der Verabreichung von Getränken oder von zubereiteten Speisen nach dem Sinn des Gesetzes nicht erforderlich ist.

II.

Eine Anzeige nach § 34 Abs. 3 Satz 1 GastG kommt daher — abgesehen von den Fällen, in denen eine vor dem Inkrafttreten des GastG erteilte Erlaubnis nicht nachgewiesen werden kann — nur in folgenden Fällen in Betracht, in denen eine nach altem Recht erlaubnisfreie Tätigkeit nach neuem Recht erlaubnisbedürftig geworden ist:

1. Fälle im Hinblick auf § 34 Abs. 2 Satz 1 GastG:
 - a) Betrieb einer Schankwirtschaft, der auf alkoholfreie Getränke beschränkt ist,

- b) Betrieb einer Speisewirtschaft, bei dem keine oder nur alkoholfreie Getränke ausgeschenkt werden,
 c) Beherbergungsbetrieb ohne das für Gastwirtschaften alten Rechts typische Gesamtgepräge;
2. Fälle im Hinblick auf § 34 Abs. 2 Satz 2 GastG:
 a) Betrieb einer Schankwirtschaft mit Ausschank von alkoholischen Getränken (außer Brantwein),
 b) Beherbergungsbetrieb,
 sofern der Betrieb vor dem 5. 5. 1955 mittags 12.00 Uhr begonnen und von dem Inhaber, der den Betrieb begonnen hat, innerhalb eines Jahres vor dem Inkrafttreten des GastG befügt ausgeübt worden ist, ohne daß ihm die Ausübung der Tätigkeit bei Inkrafttreten des Gesetzes untersagt war (vgl. Art. 2 Abs. 1 des Ersten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen — BGBl. 1955 II S. 405 — und II 2 e Abs. 3 meines Erlasses vom 22. 7. 1955 — StAnz. S. 849).

III.

Zuständige Behörden im Sinne des § 34 Abs. 3 Satz 1 GastG sind in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern die Gemeindevorstände, im übrigen die Landräte als Behörden der Landesverwaltung (§ 1 Abs. 1 der Gaststättenverordnung — GastVO — vom 21. 4. 1971 — GVBl. I S. 97 —). Örtlich zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk die Betriebsstätte liegt (§ 2 GastVO).

Das GastG ist am 9. 5. 1971 in Kraft getreten. Die Frist des § 34 Abs. 3 Satz 4 GastG endet daher mit Ablauf des 8. 11. 1971. Im Hinblick darauf, daß über die Berechnung der Frist für das Inkrafttreten des Gesetzes verschiedene Auffassungen bestehen, von denen jede vertretbar erscheint, ist jedoch hier wie in allen anderen Fällen, in denen der Tag des Inkrafttretens des GastG von Bedeutung ist, von der für den Betroffenen günstigeren Lösung auszugehen. Daher sind am 9. 11. 1971 eingegangene Anzeigen noch als rechtzeitig zu behandeln. Die Anzeigen nach § 34 Abs. 3 GastG müssen also spätestens am 9. 11. 1971 der zuständigen Behörde vorliegen.

Im Hinblick auf die Rechtsverluste, die bei unterlassener Anzeige bestehen, ist von den zuständigen Behörden auf die rechtzeitige Erstattung der Anzeige hinzuwirken.

Die Erlaubnisbehörde erteilt, wenn die Voraussetzungen für die Erstattung der Anzeige gegeben sind, gemäß § 34 Abs. 3 Satz 2 und 3 GastG über die Berechtigung zur Ausübung der betreffenden Tätigkeit eine kostenfreie Bestätigung, in der die Betriebsart im Sinne des § 3 Abs. 1 GastG sowie die Betriebsräume anzugeben sind.

IV.

Mein Erlaß vom 10. 5. 1971 — I b 2 — 4 B 25 a — 65 — 397/71 — (n. v.) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 23. 9. 1971

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
I b 2 — 4 B 25 a — 68 — 702/71
StAnz. 40/1971 S. 1619

1344

Muster eines Straßenbenutzungsvertrages für Leitungen der öffentlichen Versorgung (StAnz. 1969 S. 417);

hier: **Modifizierte Folgekostenpflicht der Gemeinden bei Einleitung von Straßenoberflächenwasser in eine Mischkanalisation**

Nachstehendes Schreiben des Bundesministers für Verkehr vom 6. Juli 1971 — StB 16 — Lvme — 16014 Vms 71 gebe ich mit der Bitte um Beachtung bei Bundesfernstraßen bekannt. Bei Kreisstraßen bitte ich, den Landkreisen die Anwendung der vom Bundesminister für Verkehr getroffenen Regelung zu empfehlen.

Wegen der Anwendung der Regelung auf Landesstraßen ergeht eine besondere Weisung.

Wiesbaden, 5. 8. 1971

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV a 3 — Az.: 63 a 06
StAnz. 40/1971 S. 1620

*

Anlage

Der Bundesminister für Verkehr
StB 16 — Lvme — 16014 Vms 71

Bonn, 6. Juli 1971

An die
Obersten Straßenbaubehörden der Länder

Muster eines Straßenbenutzungsvertrages für Leitungen der öffentlichen Versorgung in Bundesfernstraßen;

hier: **Modifizierte Folgekostenpflicht der Gemeinden bei Einleitung von Straßenoberflächenwasser in eine Mischkanalisation**

Bezug: Rundschreiben vom 3. 12. 1968 — StB 13 — Lvme — 75 Vms 68 — (VkB1. 1969 S. 27 ff.)

In Ergänzung meines o. a. Rundschreibens bitte ich, in Fällen der Änderung oder Sicherung einer gemeindlichen Mischkanalisation, in die das Oberflächenwasser der Bundesfernstraße eingeleitet wird, den § 10 Absatz 2 des Mustervertrages wie folgt zu ändern:

Satz 1 bleibt unverändert. Danach wird eingefügt:

„Wird in die Anlage auch das Oberflächenwasser der Straße unentgeltlich eingeleitet, so trägt die Straßenbauverwaltung die Hälfte der Folgekosten, jedoch nicht mehr, als sie für eine eigene Anlage aufzuwenden hätte. Dieser Kostenbeitrag wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß sich die Straßenbauverwaltung an den Herstellungskosten der Anlage beteiligt hat.“

Im darauffolgenden Satz (bisher Satz 2) wird das Wort „vollen“ eingefügt, so daß er jetzt lautet:

„Die Straßenbauverwaltung trägt jedoch die vollen Kosten, wenn und insoweit ...“

Die nachfolgenden Sätze und die übrigen Absätze des § 10 bleiben unverändert.

1345

Widmung einer Neubaustrecke der Bundesautobahn Dortmund—Gießen (A 13) einschließlich der Bundesautobahn-Anschlußstelle Wetzlar-Ost im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt

Die in den Gemarkungen Ehringshausen, Kölschhausen, Werdorf, Aßlar, Hermannstein, Wetzlar, Naunheim, Waldgirmes, Dorlar und Garbenheim, Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Teilstrecke der Bundesautobahn Dortmund—Gießen (A 13)

von km 156,305 (Anschlußstelle Ehringhausen)
bis km 169,606 (Anschlußstelle Wetzlar-Ost)

= 13,301 km

einschließlich der Bundesautobahn-Anschlußstelle Wetzlar-Ost mit Ausnahme des bereits für den Verkehr gewidmeten südlichen Anschlußarmes Wetzlar—Frankfurt

erhält mit Wirkung vom 1. November 1971 die Eigenschaft einer Bundesautobahn und wird Bestandteil der Bundesautobahn Dortmund—Gießen (A 13) (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 13. 9. 1971

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV a 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. 40/1971 S. 1620

1346

Widmung der im Zuge der Landesstraße 3111 neugebauten Straße und damit zusammenhängender Umstufung und Einziehung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3111, der Kreisstraßen 2 und 4 und von Gemeindestraßen in der Gemarkung Viernheim, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Landesstraße 3111 in der Gemarkung Viernheim, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Straße

von km 0,687 neu (= km 1,416 der K 4 alt)
bis km 3,747 neu (bei km 3,408 der L 3111 alt) = 3,060 km

wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3111 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3111

von km 0,060 alt (an der B 38)
bis km 0,000 alt = 0,060 km
und

von km 0,000 alt
bis km 3,408 alt (bei km 3,747 neu) = 3,408 km

verliert mit Ablauf des 30. September 1971 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

a) Die Teilstrecken

von km 0,103 alt bis km 0,112 alt = 0,009 km
und

von km 0,213 alt bis km 0,756 alt = 0,543 km

werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft und als Teilstrecken der Kreisstraße 4 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStrG). Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Landkreis Bergstraße über.

b) Die Teilstrecken

von km 0,112 alt bis km 0,213 alt = 0,101 km
und

von km 0,756 alt bis km 3,408 alt = 2,652 km

werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Viernheim über (§ 43 HStrG).

c) Die Teilstrecken

von km 0,060 alt bis km 0,000 alt = 0,060 km
und

von km 0,000 alt bis km 0,103 alt = 0,103 km

sind für den Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG). Von der vorherigen Bekanntgabe der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung von Strecken im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

3. Die Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 4

von km 2,103 (= km 0,000 der L 3111 neu)
bis km 1,416 (= km 0,687 der L 3111 neu) = 0,687 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 HStrG) und wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft. Sie wird als Teilstrecke der Landesstraße 3111 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen. Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§§ 5, 41 Abs. 1 HStrG).

4. Die bisherigen Gemeindestraßen (Berliner Ring und Mannheimer Straße)

von km 0,568 (bei km 0,000 der K 4 alt)
bis km 1,548 (an der bisherigen L 3111) = 0,980 km,

von km 1,556 (an der bisherigen L 3111)
bis km 3,785 (Landesgrenze) = 2,229 km
und

von km 0,966 (an der bisherigen L 3111)
bis km 1,310 = 0,344 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 HStrG) und werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 in die Gruppe der Kreisstraßen aufgestuft. Sie werden als Bestandteil der Kreisstraße 4 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 und § 5 HStrG). Die Straßenbaulast für die aufgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Landkreis Bergstraße über.

5. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3111

von km 1,326 alt (Landesgrenze)
bis km 0,060 alt

wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 Teilstrecke der Landesstraße 631.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 9. 1971

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV a 3 — 63 a 30

St.Anz. 40/1971 S. 1621

1347

Aufstufung einer Teilstrecke der Landesstraße 3110 und einer Gemeindestraße zur Bundesstraße 44 sowie Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße 44 in der Gemarkung Lampertheim, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die in der Gemarkung Lampertheim, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt, verlaufende Teilstrecke der Landesstraße 3110

von km 0,140 (bei km 40,796 der B 44)
bis km 0,722 = 0,582 km

und die gemeindeeigene Andreasstraße

von km 0,000 (bei km 38,823 der B 44)
bis km 0,818 (bei km 0,722 der L 3110) = 0,818 km

erhalten mit Wirkung vom 1. November 1971 die Eigenschaft einer Bundesstraße und werden Bestandteil der Bundesstraße 44 (§ 2 Abs. 3 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

Die Straßenbaulast für die aufgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 5 FStrG festgelegten Umfang auf die Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung) über.

2. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 44

von km 38,823 bis km 40,796 = 1,973 km

verliert mit Ablauf des 31. Oktober 1971 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStrG). Sie wird wie folgt abgestuft:

a) Die Teilstrecke

von km 40,379 bis km 40,796 = 0,417 km

wird mit Wirkung vom 1. November 1971 in die Gruppe der Landesstraßen abgestuft. Sie wird als Teilstrecke der Landesstraße 3110 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen. Die Straßenbaulast geht zum gleichen Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§§ 5, 41 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

b) Die Teilstrecke
von km 38,823 bis km 40,379 = 1,556 km

wird mit Wirkung vom 1. November 1971 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßen-
teilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt gemäß § 5
Abs. 3 FStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war,
geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Lampertheim über
(§§ 5, 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende
Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe
Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht Darmstadt,
Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht
schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des
Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die
Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hes-
sen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik)
und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimm-
ten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tat-
sachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 13. 9. 1971

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV a 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. 40/1971 S. 1621

1348

**44. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungs-
ingenieure im Land Hessen;**

hier: Erlöschen der Zulassung

Bezug: Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsinge-
nieure (StAnz. 1963 S. 278, letzte Änderung StAnz.
1971 S. 1224)

Wegen Aufgabe der selbständigen Tätigkeit als Öffentlich
bestellter Vermessungsingenieur ist folgende Zulassung er-
loschen:

Lfd. Nr. d. Zul.	Name	Niederlassungsort
70	Lenk, Karl	Bad Homburg v. d. H. Frölingstraße 9.

Wiesbaden, 15. 9. 1971

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV c 1 — K 2700 B — 132
StAnz. 40/1971 S. 1622

1349

Der Hessische Sozialminister

**Erhöhung der Tagegelder für die Teilnahme der Hebammen
an den gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildungslehrgängen
und Nachprüfungen gem. §§ 14 Abs. 3 und 21 Abs. 1 der 6. DVO
zum Hebammengesetz vom 16. September 1941 (RGBl. I S. 561)**

Bezug: Erlaß vom 24. März 1966 — III A 3 c — 18b 14/09
— (n. v.)

Daß den Hebammen bei Teilnahme an Nachprüfungen und
Fortbildungskursen gem. § 14 Abs. 3 und § 21 Abs. 1 der
6. DVO zum Hebammengesetz vom 16. September 1941 (RGBl.
I S. 561) zu gewährenden Tagegeld wird ab 1. Januar 1972 auf
15.— DM festgesetzt.

Wiesbaden, 13. 9. 1971

Der Hessische Sozialminister
StS — III A 5 — 18 b 14/09
StAnz. 40/1971 S. 1622

1350

Verlust eines Dienstsiegels des Versorgungsamtes Kassel

Das Dienstsiegel Nr. 108 mit dem Landeswappen und der
Umschrift „Versorgungsamt Kassel“ ist in Verlust geraten und
wird mit Wirkung vom 12. 8. 1971 für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 7. 9. 1971

Der Hessische Sozialminister
Z 2 d — Z B — 70 20
StAnz. 40/1971 S. 1622

1351

Künftige Abwicklung der Entschädigung von Impfschäden

Bei der Erörterung o. a. Betreffs am 10. September 1971 in
Wiesbaden, an der Vertreter des Landesversorgungsamtes
Hessen und des Regierungspräsidenten in Darmstadt sowie
des Sozialministers teilnahmen, wurde festgestellt, daß die
Abwicklung der Entschädigung von Impfschäden künftig nach
Maßgabe der einschlägigen Vorschriften des am 1. September
1971 in Kraft getretenen Zweiten Gesetzes zur Änderung des
Bundes-Seuchengesetzes vom 25. August 1971 (BGBl. I S. 1401)
zu erfolgen hat.

Zwecks künftiger Abwicklung der Entschädigung soll abspra-
chegemäß wie folgt verfahren werden:

I.

Entscheidungen über Entschädigungen in Impfschadensfällen
durch die Regierungspräsidenten können mit Inkrafttreten
der bundesgesetzlichen Neuregelung (1. September 1971) nicht
mehr erfolgen.

II.

Durch die bisher zuständigen Regierungspräsidenten ist je-
doch sicherzustellen, daß die Zahlungen in der seither geleis-
teten Höhe an die Berechtigten mit Wirkung für den Monat
Oktober 1971 noch geleistet werden.

III.

Unabhängig von der Sicherstellung laufender Entschädigungs-
leistungen mit Wirkung bis zum 31. Oktober 1971 (vgl. Nr. II)
übersenden die Regierungspräsidenten
bis spätestens Ende September 1971

- sämtliche Vorgänge über Impfschadensregelungen mit Aus-
nahme der unter Nr. 2 genannten Teile der Akten dem
Versorgungsamt Fulda in Fulda, Marquardstr. 23,
- soweit laufende Leistungen nach §§ 25—27 e BVG gewährt
werden, den entsprechenden Teil der Akten dem Verwal-
tungsausschuß des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in
Kassel, Ständeplatz 6—10. Ggf. können an Stelle einer
Aktenteilung Fotokopien dieser Teile übersandt werden.
Zur Vermeidung von Irrtümern wird bemerkt, daß Vor-
gänge, die nicht Impfschadensfälle im Sinne der §§ 51 ff.
BSeuchG, jedoch die Regelung sonstiger Aufopferungs-
ansprüche betreffen, nicht mit zu übersenden sind.

IV.

Dem Versorgungsamt Fulda ist ferner nach Möglichkeit schon
bei Übersendung der Einzelakten zuzuleiten:

- eine listenmäßige Zusammenstellung in doppelter Aus-
fertigung
 - der Zahlfälle,
 - der unerledigten Fälle,
 - der abschlägig beschiedenen Fälle,
- eine kurze Darstellung der bislang gehandhabten Grund-
sätze in der technischen Abwicklung der Entschädigungs-
anträge,
- eine Fotokopie von beim Regierungspräsidenten geführten
und dort verbleibenden Grundsatzhandakten,
- eine Liste der für die Begutachtung von Impfschäden be-
sonders qualifizierten Fachärzte (mit Anschrift).

V.

Die Regierungspräsidenten übersenden die Liste zu Nr. 1 a
ferner noch dem Landeswohlfahrtsverband Hessen.

Das Versorgungsamt Fulda übersendet eine Ausfertigung der
unter IV. Nr. 1 genannten Listen dem Landesversorgungsamt
Hessen.

VI.

Das Versorgungsamt Fulda meldet jeden Fall künftiger Ent-
schädigungsanträge dem für den Ort der Vornahme der Imp-
fung zuständigen Regierungspräsidenten zur Information und
Prüfung, ob eine Impfung im Sinne der §§ 51 ff. BSeuchG
vorliegt.

Wiesbaden, 14. 9. 1971

Der Hessische Sozialminister
I A 5 — 51 13
III B 5 — 18 a 12 31
StAnz. 40/1971 S. 1622

1352

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Gewährung von Bundesmitteln für besondere Maßnahmen zur Unterstützung von Betrieben der Obst- und Gemüsewirtschaft

Bezug: Bewilligungsbedingungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 16. September 1971 — III C 6 — 3501.9 — / — I A 3 — 1440 — 19-/71 —

Gemäß Schnellbrief des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 16. 9. 1971 — III C 6 — 3501.9 — / — I A 3 — 1440 — 19-/71 — werden

- den Obst- und Gemüse-Anbaubetrieben (Erzeuger) zu den von ihnen im Jahre 1970 geleisteten Aufwendungen für Soziallasten,
- den Obst- und Gemüse-Verarbeitungsunternehmen (Verarbeiter) zu den Aufwendungen für die betriebliche Unfallversicherung

auf Antrag Zuschüsse aus Bundesmitteln gewährt.

Für die Gewährung dieser Zuschüsse sind die Bewilligungsbedingungen (Anl. 1) zugrunde zu legen.

Der in die Förderung einzubeziehende Personenkreis ergibt sich aus Ziff. 2 der Bewilligungsbedingungen.

Für die Durchführung in Hessen gebe ich folgende Erläuterungen und Anordnungen:

1. Zuständige Stellen

Mit der Durchführung der Maßnahme für die

a) Erzeuger

ist das Hessische Landesamt für Landwirtschaft
3500 Kassel
Kölnische Straße 48/50
Telefon: (0561) 1 98 61,

b) Verarbeiter

ist die Hessische Landesstelle für Ernährungswirtschaft
6000 Frankfurt (Main) 1
Untermainkai 27/28
Telefon: (0611) 23 02 11

beauftragt, die weitere Einzelheiten zur Abwicklung, insbesondere bezüglich der Ausgabe, Ausfertigung und Entgegennahme der Anträge, regeln und für die Bekanntgabe der Maßnahme, ggf. unter Einschaltung der einschlägigen Verbände, Organisationen usw., Sorge tragen.

2. Antragsvordrucke

Die Anträge der Erzeuger sind auf vorgedrucktem Formblatt (Anl. 2) zu stellen, die bei dem für den Erzeugerbetrieb zuständigen Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule erhältlich sind.

Die Antragsvordrucke der Verarbeiter sind bei der Hessischen Landesstelle für Ernährungswirtschaft erhältlich (Anl. 3).

3. Ausschlußfrist

Die Anträge der Erzeuger sind bei dem für den Erzeugerbetrieb zuständigen Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule, die Anträge der Verarbeiter bei der Hessischen Landesstelle für Ernährungswirtschaft, Frankfurt (Main), bis spätestens

31. Oktober 1971 (Ausschlußfrist)

einzureichen

Unter Berücksichtigung der sehr kurz bemessenen Termine für die Bearbeitung und Auszahlung der Zuschüsse ist es unbedingt erforderlich, daß die Anträge in der Regel bereits bis zum

22. Oktober 1971

eingereicht werden; nur so wird es möglich sein, daß diese Fördermaßnahme ordnungsgemäß abgewickelt werden kann. Es können nur solche Anträge bearbeitet werden, die innerhalb der Ausschlußfrist eingegangen und in allen Teilen formgerecht und in deutlich lesbarer Schrift ausgefüllt sind.

Nichtzutreffende Spalten der Antragsvordrucke sind zu entwerfen. Besondere vom Antragsteller auf dem Antragsformular geltend gemachte Einschränkungen der Bewilligungsbedingungen sind unzulässig und machen den Antrag ungültig.

4. Höhe der Zuschüsse

Ergänzend zu Ziff. 3 der Bewilligungsbedingungen wird erläutert, daß grundsätzlich für die Höhe des Zuschusses der tatsächliche Arbeitskräftebesatz maßgebend ist. Sofern jedoch der tatsächliche Arbeitskräftebesatz über den vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten festgesetzten Durchschnittssätzen liegt, sind diese anzuhalten.

Die Zuschüsse werden nach Maßgabe der dafür im Haushalt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verfügbaren Mittel gewährt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuschüssen besteht nicht. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden den auszählenden Stellen durch gesonderten Erlaß etwa zum 20. November 1971 zugewiesen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Zahlungen bis zum Kassenabschlußtag (voraussichtlich 21. 12. 1971) geleistet sein müssen

Wiesbaden, 20. 9. 1971

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
I A 4 — H 1109 03 — 683 38

St.Anz. 40/1971 S. 1623

*

Anlage 1**Bewilligungsbedingungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 16. September 1971 für besondere Maßnahmen zur Unterstützung von Betrieben der Obst- und Gemüsewirtschaft**

1. Die Bundesmittel sind ausschließlich zur Unterstützung von Betrieben der Obst- und Gemüsewirtschaft einschließlich der entsprechenden Konservenindustrie bestimmt. Von den nachstehend unter Nummer 2 aufgeführten Betrieben wird ein Teil der über den Zeitraum eines Jahres zu tragenden Soziallasten übernommen, indem

- a) Obst- und Gemüseerzeuger einen Zuschuß zu den Belastungen im Sozialbereich,
- b) Inhaber von Verarbeitungsunternehmen einen Zuschuß zur betrieblichen Unfallversicherung erhalten.

Die Zuschüsse werden nach Maßgabe der dafür im Haushalt des BML verfügbaren Mittel gewährt; ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuschüssen besteht nicht.

2. Einen Zuschuß erhalten — soweit für die Arbeitskräfte Soziallasten gezahlt worden sind — auf Antrag:

- a) Erzeuger, die Landwirte im Sinne des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S 1063) in der jeweils geltenden Fassung sind. Ein Zuschuß wird nur gewährt, wenn mindestens 0,5 Arbeitskräfte, das entspricht 110 Arbeitstagen im Jahr, im Erwerbsanbau von Obst und/oder Gemüse beschäftigt werden. Es wird auf 0,1 Arbeitskräfte auf- bzw. abgerundet,
- b) Inhaber von Verarbeitungsunternehmen mit Herstellung von Obst-, Gemüse- und Sauerkonserven (Naßkonserven), soweit sie diese Produkte herstellen.

3. Maßgebend für die Höhe des im Einzelfall zu gewährenden Zuschusses ist der Arbeitskräftebesatz im Jahre 1970; zwischen Voll- und Teilzeitarbeitskräften wird nicht unterschieden. Zusätzlich zum Besatz an Arbeitskräften, die in den in Nummer 2 Buchstabe a) und b) genannten Produktionsbereichen tätig sind, ist zu Kontrollzwecken bei den Erzeugern neben der landwirtschaftlichen Nutzfläche die durch den Erwerbsanbau von Obst und/oder Gemüse genutzte Grundfläche festzustellen. Diese Grundfläche muß mindestens 0,5 Arbeitskräfte, das entspricht 110 Arbeitstagen, zur Bearbeitung erfordern.

Als Grundfläche, zu deren Bearbeitung 0,5 Arbeitskräfte erforderlich sind, gelten

- im Intensivanbau von Kernobst in geschlossenen Pflanzungen 1,50 ha
- im Intensivanbau von Stein- und Beerenobst in geschlossenen Pflanzungen 0,75 ha
- im Intensivanbau von Freilandgemüse mit mindestens zwei Kulturen im Jahr 0,50 ha
- im Gemüseanbau in Kulturräumen (bei Kulturpilzen ist die Grundfläche mit 2,5 zu multiplizieren) 0,10 ha
- im Feldgemüseanbau 3,00 ha.

Teilzeitarbeitskräfte sind zu Vollarbeitskräften umzurechnen. Der Berechnung sind die geleisteten Arbeitstage zugrunde zu legen, wobei auf 0,1 Vollarbeitskraft auf- bzw. abzurunden ist. 220 Arbeitstage entsprechen einer Vollarbeitskraft.

- a) Erzeuger haben die Anzahl der Vollarbeitskräfte anzugeben, die im Erwerbsanbau von Obst und/oder Gemüse beschäftigt worden sind; dabei ist nicht zwischen Betriebsleitern, Familien- und Lohnarbeitskräften zu unterscheiden.
- b) Inhaber von Verarbeitungsunternehmen haben die Anzahl der Vollarbeitskräfte anzugeben, die zur Herstellung von Obst-, Gemüse- und Sauerkonserven (Naßkonserven) beschäftigt worden sind

Der pro Vollarbeitskraft zu berechnende Betrag des jeweiligen Zuschusses wird vom BML festgesetzt, wenn nach Durchführung des Antragsverfahrens die Anzahl der zu berücksichtigenden Arbeitskräfte von den Ländern festgestellt und dem BML aufgeschlüsselt nach den Sektoren

- Obstbau
- Gemüsebau
- Verarbeitungsunternehmen

mitgeteilt worden ist. Zusätzlich ist bei a) anzugeben, wie groß die gemeldeten Grundflächen der Kulturen — aufgeteilt nach der Unterteilung in Nr. 2 — insgesamt sind.

4. Die Zuschüsse dürfen nur auf schriftlichen Antrag eines Antragsberechtigten (vgl. Nr. 2 a) und b)) bewilligt werden. Die Anträge sind bei der obersten Landesbehörde für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten oder bei den von ihr zu bestimmenden Stellen einzureichen. Die zuständigen Stellen entscheiden über die eingereichten Anträge und setzen die Höhe der Zuschüsse im Rahmen dieser Bewilligungsbedingungen in Verbindung mit dem Zuweisungsbescheid fest, nachdem der je Arbeitskraft anzusetzende Betrag vom BML festgesetzt worden ist.

5. Erzeuger haben im Antrag zu versichern, daß sie die Angaben nach besten Wissen und Gewissen gemacht haben.

Inhaber von Verarbeitungsunternehmen haben die Voraussetzungen für die Gewährung von Zuschüssen nachzuweisen. Ihre Anträge sind mit einer Bescheinigung einer der in § 107 a Abs. 1, 2 Nrn. 1—3, 6—8 und Abs. 3 Nr. 2 Abgabenordnung zur Hilfeleistung in Steuersachen berechtigten Personen, Unternehmen oder Stellen zu versehen, nach der die vorgenannten Angaben ordnungsgemäß aus den Buchführungsunterlagen oder anderen beweiskräftigen Unterlagen entnommen worden sind.

6. Der Antrag hat eine Erklärung zu enthalten, nach der sich der Zuwendungsempfänger verpflichtet, einen zu Unrecht erhaltenen Zuschuß zuzüglich Zinsen in Höhe von 2% über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank, berechnet vom Tage der Überweisung bis zur späteren Erstattung, zurückzahlen, wenn zur Erlangung des Zuschusses unrichtige Angaben gemacht oder Angaben unterlassen worden sind, die nach allgemeiner Verkehrsauffassung für die Beurteilung der Höhe des Zuschusses wesentlich sind.

7. Die Zuwendungsempfänger haben für eine spätere Prüfung durch die rechnungsprüfenden Stellen des Bundes und des jeweiligen Landes die für die Antragstellung maßgebenden Unterlagen mindestens fünf Jahre geordnet bereitzuhalten und auf Anforderung hin hierfür zur Verfügung zu stellen.

8. Es dürfen nur Anträge berücksichtigt werden, die bis zum Ablauf des 31. Oktober 1971 (Ausschlußfrist) den zuständigen Stellen (vgl. Nr. 4) vorliegen. Als fristgerecht eingereichte

Anträge gelten dabei nur solche, die bis zum Ablauf der Antragsfrist in der nach diesen Bewilligungsbedingungen vorgesehenen Form einschließlich aller darin geforderten Angaben, Bescheinigung und der Verpflichtungserklärungen eingereicht worden sind.

9. Die vorstehenden Bewilligungsbedingungen sind bekanntzumachen. Dabei sind die Stellen zu nennen, die zur Entgegennahme der Antragsunterlagen berechtigt sind (vgl. Nr. 4)

Anlage 2

ANTRAG (Erzeuger)

gemäß den Bewilligungsbedingungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 16. Sept. 1971 — III C 6 — 3501.9 — / — I A 3 — 1440 — 1971.

Maßgebend für die Einhaltung der Ausschlußfrist (31. Oktober 1971) ist der Eingang des formgerechten Antrags einschließlich aller geforderten Angaben und Verpflichtungserklärungen

Nicht ausfüllen

1. Antragsteller(in)*

(Name, Vorname, Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer, Telefon)

(Bank und Konto-Nr.)

stellt hiermit den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses.

2. Arbeitskräftebesatz**

Im Jahr 1970 waren bei mir uns

a) im Anbau von Obst in geschlossenen Pflanzungen

..... Vollarbeitskräfte

tätig; außerdem waren

..... Teilzeitarbeitskräfte

Insgesamt

..... Arbeitstage

beschäftigt, so daß zusammen

..... Arbeitskräfte

im Obstbau zu berücksichtigen sind;

b) im Gemüseanbau

..... Vollarbeitskräfte

tätig; außerdem waren

..... Teilzeitarbeitskräfte

Insgesamt

..... Arbeitstage

beschäftigt, so daß zusammen

..... Arbeitskräfte

im Gemüseanbau zu berücksichtigen sind.

3. Betriebsart

Ich/wir habe(n) einen gärtnerischen landwirtschaftlichen Betrieb mit insgesamt

..... ha LN,

davon folgende Kulturarten:

Intensivanbau von Obst in geschlossenen Anlagen

a) Kernobst ha a

b) Stein- und Beerenobst ha a

zusammen ha a

* Hier und im folgenden Nichtzutreffendes streichen.

** Der Arbeitskräftebesatz umfaßt Voll- und Teilzeitarbeitskräfte; zu den Voll- sind die Teilzeitarbeitskräfte anteilig nach folgender Berechnungsgrundlage hinzuzurechnen: Es werden die im Jahr 1970 von den Teilzeitarbeitskräften insgesamt geleisteten Arbeitstage zusammengezählt; dabei entsprechen 220 Arbeitstage einer Vollarbeitskraft. Bei der Berechnung ist auf 0,1 Arbeitskräfte auf- bzw. abzurunden.

Vgl. dazu das Berechnungsbeispiel.

Intensivanbau von Gemüse	Nicht ausfüllen	
a) im Freiland, mit mindestens 2 Kulturen im Jahr ha a
b) in Kulturräumen (bei Kulturpilzen, Grundfläche mit 2,5 multiplizieren) ha a
zusammen ha a
c) Feldgemüseanbau ha a
zusammen ha a

4. Ich/versichere/wir versichern, daß die Angaben zu Nr. 2 und 3 nach bestem Wissen und Gewissen gemacht worden sind und daß ich/wir Landwirt(e) im Sinne des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1063) in der jeweils geltenden Fassung bin/sind.

5. Mir/uns ist bekannt, daß
 a) ich/wir zu Unrecht erhaltene Zuschüsse zuzüglich Zinsen in Höhe von 2 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank, berechnet vom Tage der Überweisung bis zur späteren Erstattung, zurückzahlen habe(n), wenn ich/wir zur Erlangung des Zuschusses unrichtige Angaben gemacht habe(n) oder Angaben unterlassen habe(n), die nach allgemeiner Verkehrsauffassung für die Beurteilung der Zuschußfähigkeit wesentlich sind;
 b) gemäß der Bewilligungsbedingungen nur einmal Zuschuß beantragt und gewährt werden kann und daß auf die Gewährung von Zuschüssen kein Rechtsanspruch besteht.

6. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns,
 a) Originalbelege und Unterlagen, die für die Angaben in Nr. 2 und 3 maßgebend waren, mindestens fünf Jahre — bis Ende 1976 — geordnet aufzubewahren und sie während dieser Zeit für Prüfungszwecke bereitzuhalten sowie auf Anforderung hin hierfür zur Verfügung zu stellen;
 b) auf Verlangen zusätzliche Unterlagen einzureichen und den Beauftragten von Bund und Land eine örtliche Prüfung zu gestatten;
 c) unberechtigt empfangene Zuschüsse zurückzahlen.

Ort, Datum..... Unterschrift.....

ANTRAG
(Verarbeiter)

Anlage 3

gemäß den Bewilligungsbedingungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 16. Sept. 1971. — III C 6 3501.9 — / — I A 3 — 1440 — 19/71.

Maßgebend für die Einhaltung der Ausschußfrist (31. Oktober 1971) ist der Eingang des formgerechten Antrags einschließlich aller geforderten Angaben und Verpflichtungserklärungen

1. Antragsteller(in)*	Nicht ausfüllen	
.....		
.....		
(Firma, Rechtsform, Postleitzahl, Ort, Straße und Nr., Telefon)		
.....		
(Bank und Konto-Nr.)		
stellt/stellen hiermit den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses.		

2. Arbeitskräftebesatz**)	Nicht ausfüllen	
Im Jahr 1970 waren bei mir/uns		
..... Vollarbeitskräfte		
und außerdem		
..... Teilzeitarbeitskräfte		
insgesamt		
..... Arbeitstage		
in der Herstellung von Gemüse-, Obst- und Sauerkonserven (Naßkonserven) tätig, so daß zusammen		
..... Arbeitskräfte		
zu berücksichtigen sind.		

3. Ich versichere/wir versichern, daß die Angaben zu Nr. 2 aus folgenden beweiskräftigen Unterlagen entnommen worden sind:

(Anerkannt werden nur entsprechende Unterlagen der Buchführung, Abrechnung mit der Berufsgenossenschaft und ähnliches)

4. Mir/uns ist bekannt, daß
 a) ich/wir zu Unrecht erhaltene Zuschüsse zuzüglich Zinsen in Höhe von 2 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank, berechnet vom Tage der Überweisung bis zur Erlangung der Zuschüsse unrichtige Angaben gemacht habe(n), oder Angaben unterlassen habe(n), die nach allgemeiner Verkehrsauffassung für die Beurteilung der Zuschußfähigkeit wesentlich sind;
 b) gemäß der Bewilligungsbedingungen nur einmal Zuschuß beantragt und gewährt werden kann und daß auf die Gewährung von Zuschüssen kein Rechtsanspruch besteht.

5. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns
 a) Originalbelege und Unterlagen, die für die Angaben in Nr. 2 maßgebend waren, mindestens fünf Jahre — bis Ende 1976 — geordnet aufzubewahren und sie während dieser Zeit für Prüfungszwecke bereitzuhalten sowie auf Anforderung hin hierfür zur Verfügung zu stellen;
 b) auf Verlangen weitere Unterlagen einzureichen und den Beauftragten von Bund und Land eine örtliche Prüfung zu gestatten;
 c) unberechtigt empfangene Zuschüsse zurückzahlen.

Ort, Datum..... Unterschrift.....
 Firmenstempel

6. Prüfungsbescheinigung
 (Bescheinigung einer nach § 107 a Abs. 1, 2 Nrn. 1—3, 6—8 und Abs. 3 Nr. 2 Abgabenordnung zur Hilfeleistung in Steuersachen berechtigten Person wie des Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers, Steuerbevollmächtigten oder Prüfungsverbandes)

Hiermit wird bescheinigt, daß die in Nr. 2 genannten Angaben vollständig und ordnungsgemäß aus den in Nr. 3 genannten folgenden Unterlagen des Antragstellers/der Antragstellerin

.....
 übernommen worden sind.

Ort, Datum..... Unterschrift.....
 Stempel

* Hier und im folgenden Nichtzutreffendes streichen.
 **) Der Arbeitskräftebesatz umfaßt Voll- und Teilzeitarbeitskräfte; zu den Voll- sind die Teilzeitarbeitskräfte anteilig nach folgender Berechnungsgrundlage hinzuzurechnen: Es werden die im Jahr 1970 von den Teilzeitarbeitskräften insgesamt geleisteten Arbeitstage zusammengezählt; dabei entsprechen 220 Arbeitstage einer Vollarbeitskraft. Bei der Berechnung ist auf 0,1 Arbeitskräfte auf- bzw. abzurunden.

1353

Personalmeldungen

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum Polizeiobererrat Polizeirat (BaL) Wolfgang Schölzel (3. 6. 1971);

zum Kriminalhauptkommissar Kriminaloberkommissar (BaL) Karl Fischer (25. 6. 71);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Polizeikommissar (BaP) Helmut Heck (1. 6. 1971);

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum Kriminaloberkommissar Kriminalkommissar (BaL) Jens Hempel (29. 6. 71);

e) Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt:

zum **Polizeidirektor** Polizeiobererrat (BaL) Friedrich Duffner (3. 6. 1971);zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Gerhard Diegel, Michael Mönch, Hellmuth Zajber (sämtl. 25. 6. 1971);**Hessische Polizeischule**

ernannt:

zum **Direktor der Hessischen Polizeischule** (BaL) Josef Vorbeck (3. 6. 1971);zum **Polizeidirektor** Polizeiobererrat (BaL) Horst Duda (3. 6. 1971);zum **Polizeirat** Polizeihauptkommissar (BaL) Albert Fritz (3. 6. 1971);zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Wolfgang Stanzel (25. 6. 1971);**Hessisches Landeskriminalamt**

ernannt:

zum **Kriminaloberkommissar** Kriminalkommissar (BaL) Rolf Günter Bähr (25. 6. 71);**Hessisches Wasserschutzpolizeiamt**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die **Polizeimeister** (BaP) Dietmar Bandilla, Frank-Hubert Schachtner (beide 2. 6. 71)**Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei**

ernannt:

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Rudolf Albin Vogel (30. 6. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Oberinspektor (BaP) Wulf Klinge (27. 5. 1971);

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

ernannt:

zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Rainer Donsbach (25. 6. 1971);zum **Polizeihauptwachmeister** Polizeiwachmeister (BaP) Wilhelm Günther (25. 6. 1971).Wiesbaden, 9. 9. 1971 **Der Hessische Minister des Innern**
III B 42 — 8 b 4
St.Anz. 40/1971 S. 1625**E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz****a) Ministerium:**

versetzt:

Ministerialdirigent Martin Rudolph in den Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz (1. 9. 1971);

ernannt:

zum **Ministerialdirigenten** (BaL) Ministerialrat Dieter Schmidt (21. 7. 1971);zum **Regierungsdirektor** (BaL) Richter an einem Landgericht Karl Stephan (31. 7. 1971);zum **Oberamtsrat** (BaL) Amtsrat Ernst Zeitel (15. 7. 1971);zu **Amtsräten** (BaL) Die Amtsmänner Klaus Götz, Dieter Kraffke und Franz Josef Stillger (sämtlich am 15. 7. 1971);zum **Amtmann** (BaL) Justizoberinspektor Mansuet Heidenreich (30. 6. 1971);zum **Oberinspektor** (BaL) Justizinspektor Hans-Wolfgang Wetzell (15. 7. 1971);zum **Hauptsekretär** (BaL) Justizobersekretär Karl-Heinz Sommer (15. 7. 1971);zum **Oberamtsmeister** (BaL) Amtsmeister Adolf Hahn (30. 6. 1971).Wiesbaden, 2. 9. 1971 **Der Hessische Minister der Justiz**
2010 E I. ZB — 51
St.Anz. 40/1971 S. 1626**F. im Bereich des Hessischen Kultusministers****Regierungsbezirk Darmstadt**

— Gymnasien —

ernannt:

zum **Hausmeister** (BaL) Johannes Fischer, Frankfurt/Main (15. 3. 1971);

zu **Studienassessoren/-innen** (BaP) die Assessoren/-innen des Lehramts Martin Basel, Frankfurt/Main (1. 8. 1970), Ernst von Wangenheim, Bad Homburg (1. 2. 1971), Kurt von Minding, Gelnhausen (29. 1. 1971), Erwin Bechtold, Limburg (12. 2. 1971), Wolfgang Steinbrecher, Darmstadt (28. 1. 1971), Karin Theimer, Nidda (29. 1. 1971), Ulrich Klug, Dörnigheim (28. 1. 1971), Christa Holst, Frankfurt/Main (15. 7. 1970), Peter Ganßmann, Darmstadt (15. 7. 1970), Reinhard Old, Darmstadt (1. 2. 1971), Lutz Schroeder, Frankfurt M. (28. 1. 1971), Uwe Vollhardt, Wiesbaden (28. 1. 1971), Johanna Pudelek, Rüsselsheim (8. 2. 1971), Mariot Breitwieser, Hanau (23. 3. 1971), Ingrid Panagiotidis, Gladenbach (15. 7. 1970), Gertrud Roth, Bad Vilbel (31. 1. 1971), Christa Ziller, Darmstadt (28. 1. 1971), Gunter Wittek, Bad Nauheim (14. 7. 1970), Albrecht Neumann, Rüsselsheim/Main (30. 1. 1970), Horst Späth, Groß-Bieberau (27. 1. 1971), Erwin Rückriegel, Fulda (20. 1. 1971), Kurt Komp, Langen (14. 7. 1970), Gisela Martin, Wiesbaden (29. 1. 1971), Matthias Krafft, Darmstadt (14. 7. 1970), Werner Becker, Darmstadt (27. 1. 1971), Hiltraud Bloch, Fulda (23. 1. 1971), Helmut Hetz, Rüsselsheim (8. 2. 1971), Reinhold Ott, Geisenheim (28. 1. 1971), Georg Lust, Darmstadt (27. 1. 1971), Hans-Jürgen Koch, Darmstadt (28. 1. 1971), Wolf-Dieter Heß, Bad Vilbel (1. 2. 1971), Dieter Krombach, Gießen (1. 2. 1971), Günter Spierling, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Günter Plötscher, Darmstadt (15. 7. 1970), Gerhard Jöckel, Gießen (30. 1. 1971), Peter Faigl, Wetzlar (30. 1. 1971), Karl-Friedrich Korden, Darmstadt (6. 1. 1971), Ursula Förnges, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Horst-Rüdiger Els, Wiesbaden (15. 7. 1970), Werner Wagner, Darmstadt (27. 1. 1971), Alois Simon, Rüsselsheim (5. 2. 1971);

Rolf Zeitz, Darmstadt (19. 7. 1970), Wolfgang Fitzner, Offenbach/Main (27. 1. 1971), Michael Ewald, Frankfurt M. (29. 1. 1971), Herad Czölsch, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Ingeborg Bösser, Kassel (15. 7. 1970), Dieter Behle, Gießen (15. 7. 1970), Hans-Jürgen Mildener, Wiesbaden (28. 1. 1971), Klaus Zehrfeld, Offenbach/Main (29. 1. 1971), Heide Kullmann, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Barbara Lindner-Schulz, Wiesbaden (27. 1. 1971), Dierk Francke, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Peter Herde, Gießen (31. 1. 1971), Renate Kroha, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Hermann Kreuzig, Darmstadt (28. 1. 1971), Erhard Einsfeld, Wiesbaden (28. 1. 1971), Margarete Geisler, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Elisabeth Heilmann, Bad Homburg (13. 11. 1970), Bernd Oldenburg, Darmstadt (29. 1. 1971), Georg Goik, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Dietmar Kratz, Gießen (5. 2. 1971), Otfried Galm, Frankfurt/Main (15. 7. 1970), Jutta Blech, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Helga Kämena, Rüsselsheim (25. 1. 1971), Brigitte Eggert, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Peter Krams, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Siegfried Lohwasser, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Aloys Lenz, Offenbach/Main (26. 1. 1971), Rainer Franzl, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Dietmar Kämena, Rüsselsheim (25. 1. 1971), Rainer Lorenz, Wiesbaden (28. 1. 1971), Dieter Benner, Kassel (27. 1. 1971), Helmut Werner, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Gerhild Koob, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Doris Sielaff, Kassel (20. 1. 1971), Dr. Xaver Schlagberger, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Karl-Thomas Mann, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Dr. Werner Schwarz, Offenbach/Main (22. 1. 1971), Bernhard Messer, Wiesbaden (29. 1. 1971), Dr. Renate Laspeyres, Wiesbaden (28. 1. 1971), Peter Braun, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Heila Sachße, Offenbach/Main (29. 1. 1971), Dieter Natus, Offenbach/Main (13. 7. 1970), Werner Keller, Offenbach/Main (14. 7. 1970), Dieter Kreis, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Helmut Lokotsch, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Jürgen Langer, Offenbach/Main-Bieber (29. 1. 1971), Reinhard Ulmar, Wald-Michelbach/Odw. (30. 1. 1971), Helmut Weber, Gießen (15. 7. 1970);

Manfred Schön, Groß-Gerau (5. 3. 1971), Alfred Schell, Gießen (30. 1. 1971), Dieter Kappes, Wiesbaden (29. 1. 1971), Dieter Schäfer, Gießen (30. 1. 1971), Wolfgang Anton, Gießen (30. 1. 1971), Marianne Brack, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Rolf Becker, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Gerhard Koob, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Siegfried Beierlein, Wiesbaden (28. 1. 1971), Renate Artmann, Darmstadt (28. 1. 1971), Reinhold Eich, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Herbert Schmelz, Offenbach/Main (27. 1. 1971), Ursula Unkelbach, Wiesbaden (28. 1. 1971), Jürgen Weigold, Gießen (30. 1. 1971), Rolf Schroeter, Wiesbaden (27. 1. 1971), Henrike Taupitz, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Arthur Scharhag, Geisenheim (12. 2. 1971), Erika Schwarz, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Bernd Bäuerlein, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Christiane de Bary, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Eva Badkowski, Frankfurt/Main (15. 7. 1970), Christel Anbargi, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Dr. Klaus Gundhardt, Lim-

burg (5. 5. 1971), Marion Beste, Wiesbaden (26. 1. 1971), Dieter Beckmann, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Dr. Herbert Titschak, Darmstadt (31. 1. 1971), Hans-Jürgen Recktenwald, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Helmut Springer, Wiesbaden (27. 1. 1971), Reinhard Geißler, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Dieter Roghé, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Klaus Kuhmert, Fulda (29. 1. 1971), Wolfgang Beste, Wiesbaden (26. 1. 1971), Wilhelm Nürnberger, Frankfurt/Main (28. 1. 1971), Dr. Hartmut Scheible, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Christa Velten, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Margit Wienholz, Fulda (22. 1. 1971), Karl-Heinz Petermann, Darmstadt (28. 1. 1971), Hans-Hermann Dehmer, Gießen (30. 1. 1971), Ingrid Schmiederer, Gießen (30. 1. 1971), Horst Reuter, Rüsselsheim (5. 2. 1971), Reinhard Biedermann, Offenbach/Main (1. 2. 1971);

Wolfgang Vogel, Hofheim/Ts. (1. 2. 1971), Rita Ulbricht, Hofheim/Ts. (1. 2. 1971), Rainer Jürgen, Wald-Michelbach (1. 2. 1971), Jürgen Sander, Gießen (1. 2. 1971), Dagmar Beck, Friedberg (1. 2. 1971), Gunhilde Heyn, Frankfurt/M.-Bockenheim (1. 2. 1971), Rolf-Rüdiger Wellniak, Hadamar (1. 2. 1971), Jürgen Keiner, Wetzlar (1. 2. 1971), Klaus-Peter Urban, Wiesbaden (1. 2. 1971), Dr. Hans Joachim Krefß, Schlüchtern (11. 2. 1971), Hiltrud Zimmer, Limburg (1. 2. 1971), Irene Haus, Wiesbaden (15. 3. 1971), Wolfgang Kraus, Hofheim/Ts. (1. 8. 1970), Ursula Mayer, Gießen (1. 2. 1971), Gabriele Klett, Hahn/Ts. (1. 3. 1971), Gerd-Rainer Michalek, Wetzlar (1. 2. 1971), Hans Killmann, Hanau (1. 2. 1971), Dieter Maue, Friedberg (1. 2. 1971), Dr. Winfried Schreck, Wetzlar (1. 2. 1971);

zur **Realschullehrerin (BaL)** apl. Realschullehrerin (BaP) Monika Dimassi, Hungen (12. 5. 1971);

zu **Studienräten/-innen (BaL)** die Studienassessoren/-innen (BaP) Hannelore Hobert, Gießen (15. 3. 1971), Gerhard Briel, Gießen (8. 3. 1971), Gunhild Großmann, Frankfurt/Main-Höchst (16. 2. 1971), Peter Seesemann, Frankfurt/Main-Höchst (22. 2. 1971), Edith Beyer, Darmstadt (20. 3. 1971), Dr. Ruth Schian, Frankfurt/Main (11. 12. 1970), Edda Rose, Hanau (11. 2. 1971), Ursula Schmidt, Viernheim (15. 2. 1971), Christel Haas, Wetzlar (20. 2. 1971), Willi Stix, Darmstadt (17. 2. 1971), Peter Neubauer, Sprendlingen (23. 3. 1971), Klaus-Dieter Marowsky, Mühlheim/Main (23. 3. 1971), Oswald Kunz, Wald-Michelbach (1. 2. 1971), Konrad Niemeyer, Büdingen (4. 3. 1971), Viktor-Gerd Sprinkel, Frankfurt/Main-Höchst (23. 2. 1971), Otto Rogalla, Limburg (9. 2. 1971), Sigrid Seifarth, Frankfurt/Main-Höchst (15. 12. 1970), Helmut Lechner, Seeheim (15. 2. 1971), Klaus Romeis, Hanau (20. 3. 1971), Gudrun Varwig, Friedberg (9. 3. 1971), Winfried Faitz, Lauterbach (26. 3. 1971), Dieter Geier, Wetzlar (19. 2. 1971), Martin Schnappauf, Neu-Isenburg (22. 3. 1971), Klaus-Edmund Pfützner, Bad Nauheim (31. 3. 1971), Helga Jeschonnek, Lauterbach (23. 2. 1971), Marianne Verfordern, Idstein (26. 3. 1971), Klaus Marwedel, Wiesbaden (23. 2. 1971), Sibylle Geißler, Hadamar (17. 2. 1971), Peter Lörincz, Wiesbaden (26. 3. 1971), Rudolf Janich, Friedberg (5. 3. 1971), Harald Polzer, Gernsheim (7. 4. 1971), Wolfgang Meß, Gladenbach (25. 3. 1971), Karl Czernay, Babenhausen (24. 3. 1971), Sigrid Josupeit, Gernsheim (7. 4. 1971), Armin Giere, Frankfurt/Main (16. 2. 1971), Albert Schäfer, Bensheim (7. 4. 1971), Gerhard Herbert, Langen (8. 4. 1971), Klaus-Dieter Berges, Groß-Gerau (20. 3. 1971), Adolf Echternacht, Biedenkopf (25. 3. 1971), Rolf Glitsch, Sulzbach (3. 3. 1971), Johannes Wennrich, Frankfurt/Main (12. 2. 1971), Thea Wissinger, Darmstadt (30. 3. 1971), Manfred Bartsch, Friedberg (9. 3. 1971), Peter Münch, Friedberg (3. 3. 1971), Adeltraud Hühn, Kronberg/Ts. (8. 3. 1971), Wolfgang Sänger, Kronberg/Ts. (8. 3. 1971), Siegfried Meiser, Darmstadt (20. 3. 1971), Wolfgang Mess, Gladenbach (25. 3. 1971), Ludwig Wollenhaupt, Sulzbach/Ts. (23. 3. 1971), Manfred Moter, Darmstadt (17. 2. 1971), Heinz Horak, Mühlheim (23. 3. 1971), Gunther Liebel, Frankfurt/Main-Höchst (22. 12. 1970), Ingeborg Seibert, Frankfurt/Main (18. 2. 1971), Karl Nungesser, Gernsheim/Rhein (24. 4. 1971), Peter Sauer, Wetzlar (12. 2. 1971), Günter Schweitzer, Gelnhausen (21. 11. 1970), Joachim Deegener, Limburg (20. 2. 1971), Peter Großnick, Wiesbaden (26. 3. 1971), Bärbel Bayer, Frankfurt/Main (21. 4. 1971), Ruth Wagner, Darmstadt (19. 4. 1971), Anneliese Nadalin, Frankfurt/Main (12. 1. 1971), Erika Herrmann, Butzbach (19. 4. 1971), Peter Wolfgang Betz, Wiesbaden (5. 4. 1971), Angela Matke, Rüsselsheim (27. 4. 1971), Horst Lachnit, Langen (19. 4. 1971), Dietrich Leiterer, Biedenkopf (19. 4. 1971), Rosemarie Chempdil-Schnackig, Seligenstadt (15. 4. 1971), Horst Sauer, Dillenburg (13. 3. 1971), Elisabeth Hechler, Bensheim (24. 3.

1971), Irene Seddig, Wald-Michelbach (11. 2. 1971), Gerhard Koksche, Alsfeld (19. 4. 1971), Erika Herrmann, Butzbach (19. 4. 1971), Ilse Schad, Gernsheim (23. 4. 1971), Heide Russ, Gernsheim (3. 5. 1971), Gerhard Schleyen, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Roland Wilhelm, Lauterbach (19. 3. 1971), Josef Zehnauer, Heppenheim (23. 3. 1971), Alban Grimm, Hanau (30. 4. 1971), Barbara Bergelt, Herborn (28. 4. 1971), Günter Hirschmann, Frankfurt/M. (26. 3. 1971), Emil Schäfer, Wiesbaden (17. 2. 1971), Wilfried Saul, Sulzbach (25. 3. 1971), Bernd Trommelt, Wiesbaden (11. 5. 1971), Adolf Kreutz, Geisenheim (27. 5. 1971), Wolfgang Wiehl, Alsfeld (25. 3. 1971), Helene Seidl, Gernsheim (4. 5. 1971), Hugo Eckstein, Rüsselsheim (15. 5. 1971), Erhard Thörner, Alsfeld (20. 4. 1971), Elisabeth Heath, Darmstadt (16. 4. 1971), Egbert Hartmann, Biedenkopf (15. 5. 1971), Ingrid Fennel, Wetzlar (28. 5. 1971), Heimdinde Kobilschek, Lauterbach (21. 5. 1971), Irmgard Schmidt, Gießen (16. 4. 1971), Helma Ober, Herborn (19. 5. 1971), Martin Krause, Wiesbaden (2. 6. 1971), Monika Döling-Eggert, Offenbach/Main (4. 5. 1971), Franziska Dammann, Neu-Isenburg (14. 5. 1971), Ursula Lühr, Wiesbaden (27. 5. 1971), Kurt Friedrich Riehl, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Brigitte Gebert, Butzbach (3. 6. 1971), Jürgen Neßler, Bad Homburg (5. 6. 1971);

zum **Studienrat** Realschullehrer (BaL) Robert Fischer, Frankfurt/Main (29. 1. 1971);

zu **Oberstudienräten/-innen** die Studienräte/-innen (BaL) Erwin Heßler, Offenbach/Main (27. 2. 1971), Heinz Barth, Wiesbaden (28. 1. 1971), Hedwig Bergmann, Limburg/Lahn (2. 3. 1971), Wilhelm Hühn, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Ellinor Brandt, Dillenburg (4. 2. 1971), Werner Schiffmann, Seeheim/Bergstraße (12. 3. 1971), Johanna Uekermann, Wiesbaden (30. 12. 1970), Gertrud Ganßmann, Bensheim/Bergstr. (26. 2. 1971), Peter Heß, Hofheim/Ts. (15. 1. 1971), Ingeborg Dingeldein, Frankfurt/Main (9. 3. 1971), Claus Ruppel, Sulzbach/Ts. (23. 1. 1971), Ottmar Lühr, Idstein/Ts. (27. 1. 1971), Josef Hach, Groß-Bieberau (2. 3. 1971), Ursula Heß, Bensheim (20. 2. 1971), Dr. Harry-Max Kauter, Darmstadt (23. 2. 1971), Bärbel Herr, Gießen (13. 3. 1971), Heidi Ruppel, Kronberg (8. 3. 1971), Wolfgang Pfänder, Frankfurt/Main (23. 3. 1971), Roswitha Ehrhardt, Wald-Michelbach (18. 3. 1971), Theodor Foß, Nidda (24. 3. 1971), Isolde Göhler, Herborn (24. 2. 1971), Johann Götzhäuser, Hanau (15. 3. 1971), Gunther Schirm, Limburg (24. 2. 1971), Erhard Gusinde, Offenbach/Main (25. 3. 1971), Günther Lehmann, Schotten (17. 3. 1971), Egon Wild, Dillenburg (22. 2. 1971), Gerhard Lanz, Frankfurt/Main (30. 3. 1971), Diethilde Labusch, Frankfurt/Main (23. 3. 1971), Christian Brüggemann, Darmstadt (26. 2. 1971), Paul Ziegert, Frankfurt/Main (26. 2. 1971), Werner Römer, Wiesbaden (10. 3. 1971), Günter Schnelle, Friedberg (22. 2. 1971), Karl-Heinz Mayer, Neu-Isenburg (17. 3. 1971), Uta Clarius, Gießen (13. 3. 1971), Ernst Lederer, Nidda (18. 2. 1971), Ursula Lindworsky, Neu-Isenburg (18. 3. 1971), Gerhard Krämer, Groß-Gerau (7. 1. 1971), Irmtrud Köhler, Gießen/Lahn (17. 2. 1971), Godwin Kunkel, Bensheim (20. 2. 1971), Herwig Schön, Frankfurt/Main (22. 3. 1971), Alfred Kaiser, Sprendlingen (19. 3. 1971), Josef Hüge, Limburg/Lahn (2. 3. 1971), Ulrike Peter, Groß-Umstadt (26. 2. 1971), Martin Fesch, Lauterbach (17. 11. 1970), Walter Radl, Rüsselsheim (17. 3. 1971), Margrit Aul, Frankfurt/Main (27. 1. 1971), Gerhard Myers, Groß-Bieberau (25. 2. 1971), Gudrun Awokola, Idstein (17. 2. 1971), Irmgard Hartinger, Frankfurt/Main-Höchst (23. 1. 1971), Kurt Buda, Hanau (24. 2. 1971), Rudolf Plagens, Gernern (11. 2. 1971), Horst-Werner Dries, Langen (19. 2. 1971), Peter Breuer, Ober-Hambach (26. 2. 1971), Klaus Mengler, Gießen (29. 4. 1971), Dr. Horst Hermann, Langen (20. 4. 1971), Martin Sommer, Weilburg (15. 2. 1971), Rose-Barbara Mönch, Wiesbaden (21. 4. 1971), Reinhardt Grauel, Biedenkopf (13. 3. 1971), Joachim Peuker, Wiesbaden (23. 4. 1971), Alfons Hoffmeister, Darmstadt (29. 4. 1971), Fritz Kessel-schläger, Seligenstadt (20. 4. 1971), Fredi Seip, Darmstadt (21. 4. 1971), Klaus Meyer, Hadamar (3. 5. 1971), Christa Krugel, Bad Vilbel (19. 4. 1971), Karl-Ernst Störner, Bensheim (1. 2. 1971), Armin Zinßer, Rüsselsheim (20. 3. 1971), Ekkehard Rühl, Frankfurt/Main (22. 3. 1971), Hella-Britgitte Segsneider, Frankfurt/Main (19. 3. 1971), Heinz Sokowski, Hadamar (23. 4. 1971), Paul Otto, Darmstadt (27. 4. 1971), Günther Knetsch, Darmstadt (25. 5. 1971), Wolfram Weinke, Darmstadt (26. 5. 1971), Rudolf Lorz, Darmstadt (30. 3. 1971), Klaus Schminke, Darmstadt (26. 4. 1971), Adolf Gräf, Bad Nauheim (27. 5. 1971), Harald Walter, Gernsheim (12. 3. 1971), Konrad Heiddörfer, Gelnhausen (22. 3. 1971), Dr. Walter Schürer, Frankfurt/Main (9. 5.

1971), Brigitte Göring, Frankfurt/Main (26. 2. 1971), Eberhardt Judt, Gießen (15. 4. 1971), Klaus von der Eltz, Darmstadt (27. 5. 1971), Paul Lutz, Gernsheim (12. 3. 1971), Dr. Hans Georg Gerhardt, Frankfurt/Main (28. 5. 1971), Bruno Eihausen, Frankfurt/Main-Höchst (23. 3. 1971), Ursula Schroeter, Frankfurt/Main (28. 5. 1971), Gerhard Schiener, Seligenstadt (28. 5. 1971), Peter Voigt, Frankfurt/Main (29. 3. 1971), Michael Razum, Frankfurt/Main (28. 5. 1971), Wolfgang Friedrich, Offenbach/Main (24. 6. 1971), Lothar Baumgarten, Frankfurt/Main (22. 6. 1971);

Oberstudienrätin (BaL) Brigitte Frank, Bensheim/Bergstr. (16. 2. 1971);

zu **Oberstudiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Dr. Jürgen Bohne, Oberursel (21. 12. 1970), Dieter Dotterer, Nidda (30. 3. 1971);

Studiendirektor (BaL) Helmüt Jung, Gernsheim (Rhein) (16. 4. 1971);

In den Ruhestand versetzt:

die Oberstudiendirektoren Carter Kniffler, Wiesbaden, Dr. Karl Aley, Schlüchtern, Dr. Rudolf Henß, Frankfurt am Main (sämtlich 31. 7. 1971);

die Studiendirektoren Adam Kling, Gießen, Arthur Draheim, Wiesbaden (beide 31. 7. 1971);

Oberstudiendirektor Dr. Josef Müller, Frankfurt/Main (31. 7. 1971);

die Oberstudienräte Heinz Lange, Wiesbaden (31. 3. 1971), Alfred Ulm, Wetzlar (31. 1. 1971), Otto Gaukler, Frankfurt/Main (31. 12. 1970), Dr. Hermann Breyer, Darmstadt, Karl Lotz, Darmstadt, Heinrich Fesser, Wetzlar, Dr. Walter Bauer, Dillenburg, Dr. Friedrich Oechler, Darmstadt, Dr. Hermann Mörchen, Frankfurt/Main, Hermann Möller, Hanau, Ernst Brune, Hanau, Wilhelm Aff, Darmstadt, Johannes Krause, Wiesbaden, Gerhard Fleddermann, Dillenburg, Hans Schäfer, Heppenheim, Heinz Mann, Neu-Isenburg (sämtlich 31. 7. 1971), Dr. Lothar Brixius, Frankfurt/Main (31. 3. 1971), Walter Kunz, Langen, Walter Groß, Frankfurt/Main, Artur Fischer, Wiesbaden, Reinhold Martin, Frankfurt/Main, Theodor Albrecht, Schotten, Dr. Ernst Tabelaing, Wiesbaden, Friedrich Luchmann, Langen, Herbert Thalemann, Frankfurt/Main, Wilhelm Bornemann, Usingen, Walter Drews, Wiesbaden, Dr. Herbert Wetter, Wiesbaden, Heinrich Bengard, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 1971), Dr. Klaus Struck, Offenbach/Main (30. 6. 1971), Dr. Jakob Böhler, Frankfurt/Main, Rudolf Hilsberg, Frankfurt/Main (sämtlich 31. 7. 1971);

die Oberstudienrätinnen Lucie Ferger, Wiesbaden, Elfriede Giersdorf, Wiesbaden, Gisela Wagner, Wiesbaden, Hedwig Doemisch, Schlitz, Franziska Menzel-Heinz, Dillenburg, Dr. Elisabeth Burgund, Lauterbach, Maria Bittner, Alsfeld, Dr. Maria Fritsch, Herborn (sämtlich 31. 7. 1971), Johanna Sachade, Frankfurt/Main (31. 1. 1971);

die Oberschullehrerinnen Hermine Maas, Hungen (31. 7. 1971), Katharina Palzer, Darmstadt (31. 7. 1971);

entlassen:

Oberstudienrätin Ingrid Tiesler, Gießen (10. 5. 1971);
Oberstudienrat Karlheinz Hasselbach, Gießen (17. 4. 1971);
Studienrätin Anna Margarete Wolf, Friedberg (31. 7. 1971);

die Studienassessorinnen Rita Drück, Hofheim/Ts. (31. 1. 1971), Christa Bergen, Michelstadt/Odw. (31. 7. 1971);
Studienassessor Gerhard Bergen, Michelstadt/Odw. (31. 7. 1971);

— Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen —

ernannt:

zu **apl. Lehrer/-innen (BaW)** die Lehramtsbewerber/-innen Dieter Götz, Dreieichenhain (1. 3. 1971), Hannelore Emrich, Sprendlingen (22. 2. 1971), Eva-Maria Diefenbach, Wiesbaden (19. 3. 1971), Rolf Bladt, Mainflingen (1. 3. 1971), Eckhard Prinz, Ober-Absteinach (5. 3. 1971), Henri Felber, Einhausen (12. 3. 1971), Jörg Heintz, Dörnigheim (5. 2. 1971), Beatrice Schanz, Bad Vilbel (4. 1. 1971), Gisela Beste, Pfungstadt (8. 2. 1971), Walter Krause, Lich (1. 3. 1971), Brita-Beate Engelbrecht, Bad Homburg (24. 3. 1971), Uwe Eckardt, Wiesbaden (8. 3. 1971), Hans Helfrich, Heppenheim (26. 3. 1971), Beate Rötzel, Frankfurt/Main (4. 1. 1971), Elisabeth Glaser, Groß-Zimmern (29. 3. 1971), Hildegard Feuchter, Offenbach/Main (1. 11. 1970), Irmgard Scholz, Groß-Gerau (26. 3. 1971), Rüdiger Hahner, Frankfurt/Main (8. 1. 1971), Renate Pfaff, Frankfurt/Main (14. 4. 1971), Peter Kühn, Heppenheim (30. 3. 1971), Frank Nonnenma-

cher, Lampertheim (3. 3. 1971), Heidi Geißer, Biedenkopf (4. 1. 1971), Peter Westerhoff, Heppenheim (2. 3. 1971), Bettina Mohl, Friedberg (19. 3. 1971), Christa-Luise Roth, Heppenheim (5. 4. 1971), Heinrich Augustin, Heppenheim (2. 4. 1971), Reinhard Hamman, Heppenheim (30. 3. 1971), Robert Meyer, Offenbach/Main (15. 3. 1971), Jürgen Matern, Oberursel (11. 2. 1971), Rosemarie Broxton, Oberursel (12. 3. 1971), Elke Krause, Wiesbaden (24. 3. 1971), Ingeborg Hahn, Bad Soden (15. 3. 1971), Heidi Walter, Frankfurt/Main (1. 4. 1971), Charlotte Mori, Friedberg (4. 1. 1971), Norbert Mahn, Ober-Roden (27. 3. 1971), Ulrike Schäfer, Heusenstamm (15. 3. 1971), Hans-Martin Schlagberger, Biebesheim (11. 2. 1971), Hubert Engel, Offenbach/Main (16. 3. 1971), Inge Niebling, Frankfurt/Main (1. 4. 1971), Bärbel Engel, Neckarsteinach (31. 3. 1971), Hilde Enders, Nidda (1. 4. 1971), Gertrud Schwarzhaus, Kelsterbach (19. 4. 1971), Werner Siegl, Bensheim (2. 4. 1971), Dagmar Dressel, Rüsselsheim (1. 3. 1971), Jutta Sutter, Buchenau/T. (4. 1. 1971), Eva Münz, Rüsselsheim (4. 1. 1971), Leopold Glöckner, Frankfurt/Main (8. 3. 1971), Barbara Falz, Weibach Ts. (1. 3. 1971), Cordula Staude, Groß-Gerau (4. 1. 1971), Gabriele Werner, Darmstadt (1. 3. 1971), Mechthild Wagner, Frankfurt/Main (15. 3. 1971), Gertrud Schlüter, Limburg (4. 1. 1971), Günter Schlamp, Bad Soden (4. 1. 1971), Helge Greiner, Frankfurt/Main (1. 3. 1971), Joachim Jänsch, Wald-Michelbach/Odw. (8. 3. 1971), Angela Brandt, Karben (8. 2. 1971), Adolf Schatzinger, Heusenstamm (19. 4. 1971), Barbara Scheel, Frankfurt/Main (20. 1. 1971), Brigitte Schmitz, Groß-Gerau (1. 4. 1971), Reinhard Gundlach, Nidda (8. 3. 1971), Christiane Wenzel, Offenbach/Main (19. 4. 1971), Peter Kettner, Groß-Gerau (16. 4. 1971), Renate Urbach, Oberursel (6. 1. 1971), Hans Klingenberg, Frankfurt/Main (16. 3. 1971), Ursula Kaps, Heusenstamm (19. 4. 1971), Dietmar Will, Heppenheim (30. 3. 1971), Waltraud Meyer, Dieburg (22. 4. 1971), Brigitte Andreas, Heppenheim (5. 4. 1971), Kristina Mende, Gelnhausen (3. 5. 1971), Christiane Schmidt, Frankfurt/Main (15. 2. 1971), Krista Menze, Friedberg (16. 2. 1971), Bernhard Hühne, Heuchelheim (3. 5. 1971), Joachim Klein, Heppenheim (26. 4. 1971), Ute Scheffer, Frankfurt/Main (1. 4. 1971), Brigitte Wolni, Wetzlar (8. 2. 1971), Sigrid Ehlkes, Heusenstamm (3. 5. 1971), Anna Monika Wauschkuhn, Langen (19. 4. 1971), Angelika Spreng, Wiesbaden (12. 5. 1971), Regine Stebel, Wetzlar (4. 1. 1971), Sade Ruschinski, Gießen (10. 4. 1971), Ursula Schäfer, Frankfurt/Main (4. 1. 1971), Ingeborg Eldner, Groß-Gerau (3. 5. 1971), Marianne Denfeld, Bad Homburg (3. 5. 1971), Bernd Vollmer, Offenbach/Main (9. 3. 1971), Eva-Maria Baethge, Leihgestern (27. 4. 1971), Sigrid Timmers, Limburg (19. 4. 1971), Anita Alberti, Eschborn (13. 5. 1971), Veronika Boradasch, Gießen (1. 4. 1971), Doris Buchholz, Dieburg (3. 2. 1971), Marion Ruth, Frankfurt/Main (3. 5. 1971), Gudrun Schneider, Erbach (4. 1. 1971), Christiane Skrizipek, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Lisa Adamo, Hanau (19. 3. 1971), Gisela Syha, Friedberg (14. 1. 1971), Gabriele Hess, Heppenheim (5. 4. 1971), Brigitte Pulmer, Frankfurt/Main (10. 5. 1971), Irmtraud Supp-Hillmann, Limburg (3. 5. 1971), Wilfried Funk, Darmstadt (27. 4. 1971), Arthur Beier, Dieburg (4. 5. 1971), Nortrud de Vries, Friedberg (4. 1. 1971), Rosemarie Götz, Heppenheim (13. 4. 1970), Ulrike Mahr, Friedberg (19. 4. 1971), Edith Wieder, Langen (1. 3. 1971), Jutta Werner, Bad Soden (1. 4. 1971), Heidi Walter, Frankfurt/Main (1. 4. 1971), Sabine Tober, Dornholzhausen (1. 6. 1971), Burkhard Türk, Limburg (15. 6. 1971), Ingrid Maierhofer, Offenbach/Main (1. 9. 1970), Ursula Christ, Rüsselsheim (3. 5. 1971), Jutta Krapp, Rüsselsheim (21. 9. 1970), Ingrid Schäfer, Roßdorf (4. 1. 1971), Harald Hofmann, Hartenrod (4. 1. 1971), Wolfgang Heußner, Rechtenbach (4. 1. 1971), Gisela Gottschalk, Burgholzhausen (4. 1. 1971), Margarete Lohstroh geb. Böttrich, Friedberg (4. 1. 1971), Gisela Hoffmann, Ginsheim (12. 1. 1971), Maria Goldmann, Weidenhausen (6. 1. 1971), Karin Becker, Aßlar (5. 2. 1971), Stefanie Kern, Schaaheim (1. 2. 1971), Birgitt Gibson, Hergershausen (4. 1. 1971), Gottfried Bauer, Schotten (1. 6. 1971);

zur **apl. Lehrerin (BaW)** Rosemarie Filzek, Schwalbach Ts. (1. 2. 1971);

die ehemaligen Lehrerinnen Dorothea Schußler, Wissmar (26. 1. 1971), Holle Maurer, Gießen/Lahn (12. 1. 1971), Hedwig Gröger, Bad Soden (19. 4. 1971);

die Lehrer/-innen im Angestelltenverhältnis Dieter Simon, Freigericht (27. 1. 1971), Lotto-Maria Liebnack, Groß-Zimmern (29. 3. 1971);

ehemalige apl. Hauptlehrerin Renate Habermaier, Bensheim-Auerbach (12. 2. 1971);

zur apl. Lehrerin (BaP) die Lehrerinnen im Angestelltenverhältnis Ilse Krieger, Groß-Gerau (15. 3. 1971), Inge Elfriede Grunwald, Buchschlag (12. 1. 1971), Waltraud Steinberg, Rüdesheim (11. 5. 1971), Gudrun Meier, Dieburg (22. 4. 1971);

ehemalige Lehrerin Maria Hantke, Nidderau (17. 5. 1971); Hildegard Hasse, Dietzenbach (1. 3. 1971), Ursula Maria Pfaff, Sprendlingen (15. 2. 1971), Heidrun Niederhausen, Wiesbaden (2. 3. 1971);

Lehramtsbewerberin Thora Callies, Bischofsheim (1. 2. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

die apl. Lehrer/-innen (BaW) Friedrich Hoffmann, Erda (8. 2. 1971), Ingrid Jünger, Nieder-Erlenbach (4. 3. 1971), Irmhild Dieruff, Friedberg (29. 1. 1971), Eckhard Thoms, Reiskirchen (5. 11. 1970), Ursula Szymaniak, Michelbach (12. 2. 1971), Heidi-Mareen Badstieber, Lorsch (24. 2. 1971), Ortwin Schmidt, Frankfurt/Main (23. 2. 1971), Manfred Fischer, Sinn (16. 2. 1971), Wolfgang Kretschmer, Gießen (26. 3. 1971), Erika Ellenberger, Frankfurt/Main (19. 3. 1971), Rudolf Eckert, Flörsheim (19. 11. 1971), Werner Spremberg, Braunfels (21. 1. 1971), Lutz Ehmler, Bönstadt (6. 11. 1970), Ute-Bärbel Kus, Steinfurth (13. 2. 1971), Marion Brune, Steinbach (26. 3. 1971), Ulrike Klare, Lich (25. 3. 1971), Edda Pfeffer, Dorheim (19. 2. 1971), Elke Roth, Friedensdorf (10. 2. 1971), Emmi van Bömmel, Reiskirchen (12. 3. 1971), Heide Münstermann, Frankfurt/Main (27. 3. 1971), Christel Nagel, Friedberg (20. 4. 1971), Petra Flieger, Limburg (27. 4. 1971), Albrecht Knuth, Wiesbaden (21. 4. 1971), Sieglinde Riedel, Klein-Welzheim (19. 4. 1971), Robert Lange, Rai-Breitenbach (19. 4. 1971), Hannelore Hellmann, Dieburg (22. 4. 1971), Ilse Deuerling, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Heidemarie Felderhoff, Heusenstamm (5. 4. 1971), Rolf Nickel, Dieburg (23. 4. 1971), Edda Randau, Dieburg (22. 4. 1971), Hannelore Herweck, Lampertheim (19. 4. 1971), Christian Davids, Mühlheim (19. 4. 1971), Günter Herrmann, Wiesbaden (26. 3. 1971), Dieter Duplois, Niddatal/Assenheim (11. 1. 1971), Winfried Angress, Babenhausen (19. 4. 1971), Brigitte Knobloch, Lixfeld (12. 1. 1971), Elke Behnecke, Gießen (23. 4. 1971), Eva Spohn, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Hildegard Peter, Wiesbaden (19. 4. 1971), Hans-Willi Büchler, Gießen (21. 4. 1971), Albrecht Bill, Frankfurt/Main (26. 3. 1971), Irene Birtigh, Frankfurt/Main (26. 3. 1971), Renate Stiller, Heusenstamm (16. 2. 1971), Maria Laux, Darmstadt (13. 4. 1971), Irmgard Bürklein, Rüdesheim (23. 4. 1971), Ilona Kroneberg, Biedenkopf (24. 3. 1971), Annemarie Godau, Rüdesheim (26. 3. 1971), Annemarie Seyfarth, Flörsheim (5. 4. 1971), Gisela Birkelbach, Bergen-Enkheim (23. 4. 1971), Gottfried Stahl, Gießen (19. 4. 1971), Karlheinz Koch, Büdingen (14. 4. 1971), Dieter Neumann, Frankfurt/Main (26. 3. 1971), Christel Maul, Oberndorf (10. 3. 1971), Hella Petzke, Rüsselsheim-Haßloch (19. 4. 1971), Wolfram Thomas, Nieder-Eschbach (1. 5. 1971), Hans Rollmann, Friedberg (25. 2. 1971), Ruth Kirchhoff, Oberndorf (1. 5. 1971), Claus Balsler, Ockstadt (23. 4. 1971), Doris Scheld, Gustavsborg (1. 3. 1971), Hildegard Schröder, Flörsheim/M. (19. 4. 1971), Klaus Fischer, Weyer (2. 4. 1971), Gunhild Schneider, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Jürgen Patzer, Treis (21. 4. 1971), Peter Classen, Frankfurt/Main (16. 4. 1971), Heike Reuss, Dorheim (11. 2. 1971), Adelgard Rinnensland, Ehringshausen (5. 3. 1971), Gesa Rathgeber, Urberach (22. 4. 1971), Heidrun Ommert, Bad Vilbel (21. 4. 1971), Helmut Höring, Ockstadt (22. 4. 1971), Elke Fischer, Kirchgöns (21. 4. 1971), Christian Tkotz, Königstein/Ts. (22. 4. 1971), Friederike Wiesmeier, Gießen/Lahn (17. 12. 1970), Norbert Kirsche, Grünberg (19. 4. 1971), Günter Lindner, Altenstadt (4. 9. 1970), Renate Klauke, Usingen (27. 1. 1971), Winfried Weißmüller, Driedorf (10. 11. 1970), Hartmut Bärz, Delkenheim (15. 3. 1971), Helmut Kromer, Weilburg/Lahn (30. 3. 1971), Wilhelm Diebitsch, Büdingen (14. 4. 1971), Käthe Völker, Gießen (19. 4. 1971), Wolfgang Schmeidel, Gras-Ellenbach (19. 4. 1971), Annegret Lange-Lühker, Gladenbach (28. 4. 1971), Margret Hofer, Dieburg (22. 4. 1971), Rudolf Lorenz, Dieburg (22. 4. 1971), Monika Küpper-Zureda, Gießen (26. 4. 1971), Horst Diehl, Beilstein (28. 4. 1971), Brigitte Grimm, Gießen (19. 4. 1971), Willi Proßer, Hofheim (19. 4. 1971), Ingrid Nagel, Friedberg (16. 4. 1971), Brigitte Heil, Dieburg (29. 4. 1971), Waltraude Fleischer, Ober-Ramstadt (3. 12. 1970), Dagmar Widmann, Wiesbaden (23. 4. 1971), Jürgen Will, Hahn (6. 4. 1971), Rudolf Krecht, Okrifel (28. 4. 1971), Irmgard Diebitsch, Stockheim (29. 4. 1971), Ute Hinson, Büdingen (29. 4. 1971),

Manfred Luft, Büdingen (28. 4. 1971), Peter Bauß, Niddatal (27. 4. 1971), Irmtraud Hackl, Wiesbaden (30. 4. 1971), Rosemarie Grimm, Bensheim (19. 4. 1971), Margarethe Rock, Hochheim/M. (26. 4. 1971), Bärbel Riedl, Rüdesheim (3. 5. 1971), Helga Baldus, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Holle Szogs, Nieder-Eschbach (27. 4. 1971), Doris Hollas, Gießen (3. 5. 1971), Helma Tohidipur, Frankfurt/Main (23. 4. 1971), Ulrike Schramm, Rodheim (27. 4. 1971), Karl-Heinz Morgenstern, Gießen (26. 4. 1971), Barbara Michaeli, Gießen (28. 4. 1971), Rainer Stephan, Fürth (26. 4. 1971), Elke Lorenzen, Beerfelden (1. 5. 1971), Waltraud Brand, Oberursel (12. 5. 1971), Brigitte Wolff, Schotten (27. 4. 1971), Margit Lüdtkke, Nieder-Erlenbach (30. 4. 1971), Renate Mohr, Hanau (3. 5. 1971), Adolf Maruschka, Hungen (5. 5. 1971), Christel Waldmann, Groß-Zimmern (22. 4. 1971), Helmuth Knie, Birstein (5. 2. 1971), Jürgen Zutz, Gießen (16. 12. 1970), Heidrun Hertwig, Dieburg (13. 5. 1971), Roswitha Büttner, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Klaus Loßdörfer, Dietzenbach (14. 5. 1971), Angelika Fabricius, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Elke Fehr, Neckarsteinach (12. 2. 1971), Krystyna Isse, Heppenheim (16. 2. 1971), Annemarie Schulz, Fehlheim (29. 1. 1971), Josef Seib, Viernheim (28. 1. 1971), Ingeborg Machleidt, Viernheim (11. 2. 1971), Brunhild Fraatz, Gaderndorf (11. 1. 1971), Annetkatrin Eilers, Groß-Rohrheim (15. 1. 1971), Helga Harjes, Reichenbach (11. 1. 1971), Gertraud Kreuzer, Babenhausen (11. 2. 1971), Hildegard Bicht, Nieder-Roden (18. 2. 1971), Gerlinde Stegemann, Reinheim (4. 2. 1971), Helga Montwe, Münster (18. 2. 1971), Liesel Schmidt, Dieburg (4. 2. 1971), Krista Schäfer-Keller, Dieburg (14. 5. 1971), Irene Fischinger, Neckarsteinach (11. 5. 1971), Brigitte Köppe, Bad Orb (28. 4. 1971), Ilona Mrowinski, Rüsselsheim (12. 5. 1971), Heide Voigtländer, Bensheim (27. 4. 1971), Anita Wollner, Schlüchtern (21. 4. 1971), Gabriele Voit, Friedberg (4. 1. 1971), Erich Weidner, Lampertheim (27. 4. 1971), Wolfgang Schnabel, Florstadt (6. 5. 1971), Angela Haase-Mackenrodt, Frankfurt/Main (7. 5. 1971), Ernst Götzl, Dreieichenhain (13. 5. 1971), Margarete Hauptmann, Karben (12. 5. 1971), Renate Gasser, Karben (5. 5. 1971), Ursula Hollmann, Hochstadt (15. 5. 1971), Ekkehard Geyer, Birstein (30. 4. 1971), Anne Lutz, Lampertheim (7. 5. 1971), Brigitta Horn, Lampertheim (11. 5. 1971), Manfred Hoppe, Oberursel (29. 4. 1971), Bernhild Wenzel, Oberursel (10. 5. 1971), Johanna Frei, Limburg (29. 4. 1971), Beatrix Toepfer, Bad Schwalbach (21. 4. 1971), Manfred Don, Wallrabenstein (13. 5. 1971), Claudia Werner, Egeisbach (8. 5. 1971), Annerose Köhler, Dieburg (6. 5. 1971), Manfred Wagner, Dieburg (18. 5. 1971), Wilma Radetzky, Birstein (5. 5. 1971), Dieter Kühn, Hanau (14. 5. 1971), Heiner Kilian, Rüdesheim (11. 5. 1971), Marlene Raddatz, Groß-Rohrheim (29. 4. 1971), Trude Schmierer, Offenbach (24. 5. 1971), Elke Pechfelder, Offenbach/Main (19. 5. 1971), Marliese Marbach, Heftrich (14. 5. 1971), Gerlind Klunker, Wiesbaden (2. 6. 1971), Hirt Jekelt, Frankfurt/Main (22. 4. 1971), Gertraud Otto, Gießen (23. 4. 1971), Ingrid Semrau, Darmstadt (2. 6. 1971), Georg Becker, Beerfelden (3. 6. 1971), Barbara Starke, Offenbach (21. 5. 1971), Karin Gastl, Bad Schwalbach (6. 5. 1971), Günter Hoffmann, Flörsheim (19. 4. 1971), Margarete Rudolph, Rüdesheim (3. 5. 1971), Imme Kähling, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Karin Christmann, Goddelau (5. 6. 1971), Angelika Steigerwald, Oberursel (26. 4. 1971), Christine Schramm, Mühlheim/M. (22. 4. 1971), Christel Eisenbach, Oberursel (20. 11. 1970), Volker Hartmann, Ober-Ramstadt (28. 5. 1971), Gerhild Krüger, Roßdorf (28. 5. 1971), Helga Hahenner, Groß-Gerau (3. 5. 1971), Heinz Hüttel, Rai-Breitenbach (9. 6. 1971), Karl-Heinz Schwalbach, Wiesbaden (7. 6. 1971), Ursula Schmidt, Viernheim (7. 6. 1971), Edeltraud Hanisch, Wetzlar (7. 6. 1971), Sigrid Taha, Wetzlar (7. 6. 1971), Klaus-Peter Held, Wiesbaden (11. 6. 1971), Wilfried Hepp, Wetzlar (3. 6. 1971), Sybille Bechthold, Wetzlar (8. 6. 1971), Hildegard Weller, Wetzlar (7. 6. 1971), Ingrid Krüger, Mainflingen (8. 6. 1971), Petra Kaffeessieder, Hanau (30. 4. 1971), Christa Rietze, Hanau (28. 5. 1971), Runheid Hahn, Frankfurt/Main (18. 5. 1971), Elke Hollstein, Frankfurt/M. (18. 5. 1971), Gerhard Schrimpff, Darmstadt (11. 6. 1971), Barbara Gilly, Wiesbaden (18. 6. 1971), Paul Wilhelm Janssen, Herborn (29. 4. 1971), Helmut Schwappacher, Eibelshausen (8. 6. 1971), Brigitte Kaulbach-Löw, Neu-Isenburg (29. 3. 1971), Rotraud Niemeier, Neuenhain (19. 6. 1971), Gretlies Marini, Lauterbach (8. 6. 1971), Christa Schollmeier, Bruchköbel (4. 2. 1971), Hartmut Dietl, Hahn/Ts. (30. 6. 1971), Brigitte Rathschlag, Weilburg (30. 6. 1971), Wilfried Meißner, Bad Schwalbach (2. 7. 1971), Edeltraud Henn, Wiesbaden (11. 1. 1971), Ursula Feiert, Rai-Breitenbach (2. 7. 1971);

die apl. Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer (BaW) Rainer Groß, Dietzenbach (17. 12. 1970), Anneliese Groscurth, Karben (9. 3. 1971), Mercedes Overberg, Frankfurt/Main (11. 3. 1971), Gabriele Einsfeld, Wiesbaden (10. 12. 1970), Dork Belz, Frankfurt/Main (19. 3. 1971), Joachim Hinske, Frankfurt/Main (24. 3. 1971), Anita Souard, Bad Vilbel (10. 2. 1971), Petra Schmidt, Usingen (23. 2. 1971), Ingrid Ellmann, Wiesbaden (8. 10. 1970), Martin Damerau, Bad Vilbel (19. 3. 1971), Christa Schäfer, Bad Nauheim (25. 3. 1971), Gabriele Krüger, Offenbach/Main (24. 3. 1971), Helgard Riedel, Langenselbold (15. 2. 1971), Helga Barth, Nieder-Roden (22. 4. 1971), Herbert Raffenbeul, Weidenhausen (29. 1. 1971), Christa Eckhardt, Eltville/Rhein (23. 4. 1971), Gerd Taubenheim, Mörlenbach/Odw. (29. 8. 1970), Annerose Kauka, Birkenau (24. 3. 1971), Karin Becker, Eltville/Rhein (13. 4. 1971), Christiane Stuth, Groß-Zimmern (29. 4. 1971), Hannelore Hemberger, Bad Soden (8. 2. 1971), Susanne Gogolin, Hofheim (28. 1. 1971), Bettina Hoffmann, Wald-Michelbach (11. 1. 1971), Renate Eberlein, Wiesbaden (22. 4. 1971), Mechthild Scheich, Hanau (6. 5. 1971), Maleen Goletz, Fürth (7. 5. 1971), Jürgen Joseph, Seligenstadt (8. 5. 1971), Petra Rauch, Beilstein (28. 4. 1971), Veronika Leonhard, Birkenau (12. 11. 1970), Sabine Schneider, Darmstadt (3. 6. 1971), Walter Dürr, Darmstadt (4. 6. 1971), Ingrid Kreiling, Alsfeld (7. 6. 1971), Johannes Reinhard, Friedensdorf (27. 4. 1971);

ernannt:

zu Lehrer/-innen (BaL) die apl. Lehrer/-innen (BaP) Bernd Geyer, Eibach (12. 2. 1971), Wolfgang Hergert, Ortenberg (13. 11. 1970), Barbara Heil, Gambach (17. 2. 1971), Wolfgang Horn, Rodheim v. d. H. (19. 12. 1970), Angelika Eckert, Dietzenbach (27. 11. 1970), Bärbel Lotz, Wiesbaden (3. 2. 1971), Ingrid Beck, Frankfurt/Main (4. 3. 1971), Renate Neumeyer, Erbach (12. 2. 1971), Lore Pagé, Klein-Welzheim (3. 3. 1971), Friedrich Kilian, Bürstadt (1. 12. 1970), Ingeborg Rempe, Wiesbaden (12. 2. 1971), Ingrid Fischer, Wiesbaden (26. 3. 1971), Rita Götz, Heppenheim (11. 1. 1971), Elisabeth Reinhardt, Frankfurt/Main (18. 12. 1970), Hildegard Niesen, Rüdeshheim (2. 2. 1971), Gabriele Garms, Frankfurt/Main (8. 3. 1971), Maria Leopold, Walldorf (22. 1. 1971), Ingeborg Graichen, Langen (15. 3. 1971), Renate Morell, Wetzlar (25. 3. 1971), Bernd Mürdter, Dieburg (24. 12. 1970), Gisela Linder, Frankfurt/Main (5. 3. 1971), Klaus Ullmann, Oberbrechen (4. 3. 1971), Jutta Glinkemann, Frankfurt/Main (19. 3. 1971), Lieselotte Preuß, Alsfeld-Altenburg (11. 2. 1971), Ursula Willrich, Bad Vilbel (19. 12. 1970), Ingrid Neusel, Langen (18. 12. 1970), Annemarie Plietzsch, Groß-Krotzenburg (30. 11. 1970), Walter Zielonka, Oberursel (23. 3. 1971), Egbert Reinhard, Freigericht II (11. 12. 1970), Maiken Kalkhof, Langen (26. 4. 1971), Ilse Dilling, Niedereisenhausen (22. 4. 1971), Heide Wirth, Heppenheim (24. 3. 1971), Maria Schäfer, Garbenteich (12. 1. 1970), Heike Müller, Alten-Buseck (17. 3. 1971), Peter Suthaus, Oberursel (15. 2. 1971), Roswitha Hergenröther, Bingenheim (15. 4. 1971), Ursula Bergheimer, Runkel/L. (15. 4. 1971), Marianne Carls, Frankfurt/Main (23. 2. 1971), Brigitte Hoffmann, Ober-Roden (22. 4. 1971), Erika Schmude, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Claus-Peter Reinhard, Rodheim (19. 2. 1971), Maja Eisener, Gießen (1. 2. 1971), Ingeborg Eberhard, Kirschhausen (28. 1. 1971), Horst Henge, Dreieichenhain (9. 3. 1971), Günter Hauch, Lampertheim (2. 4. 1971), Karl Brechtel, Viernheim (2. 3. 1971), Fritz Scheffler, Hofheim/Ried (19. 4. 1971), Georg Zerle, Gießen (16. 11. 1970), Christel Petri, Groß-Rohrheim (18. 2. 1971), Hannelore Kuster, Gießen (16. 12. 1970), Ursula Werner, Grünberg (12. 11. 1970), Ulrich Menn, Biedenkopf (24. 3. 1971), Brigitte Lüdecke, Bad Homburg (20. 4. 1971), Hedwig Nockher, Winkel/Rhg. (2. 2. 1971), Renate Buschbeck, Erlensee (19. 4. 1971), Karl Krauss, Frankfurt/Main (12. 3. 1971), Siegrid Gierow, Bleidenstadt (19. 2. 1971), Peter Gangl, Fehlheim (19. 12. 1970), Franz-Josef Becker, Dieburg (21. 4. 1971), Norbert Müller, Büdingen (19. 1. 1971), Gudrun Ludwig, Gießen (13. 4. 1971), Klaus Kühmayer, Florstadt (20. 4. 1971), Marga Limbach, Lampertheim (19. 4. 1971), Edda Grelke, Friedrichsdorf/Ts. (23. 3. 1971), Bernhard Krämer, Limburg (21. 4. 1971), Ursula König, Hanau (29. 3. 1971), Ingeborg Brauer, Büdingen (20. 4. 1971), Bärbel Lewandrowski, Schlüchtern (26. 3. 1971), Maria Wiedorn, Wiesbaden (26. 3. 1971), Dagmar Bartussek, Biebergemünd/Kassel (26. 3. 1971), Paul Buntergert, Erbach (6. 4. 1971), Hans-Wolfgang Kaiser, Rüdeshheim (12. 2. 1971), Ursula Reichert, Herbhorn (16. 2. 1971), Hans-Dieter Fischer, Kefenrod (15. 4. 1971), Hans-Georg Langlitz, Beerfelden (19. 4. 1971), Karl-Heinz Mittenhuber, Dieburg (11. 2. 1971), Adelheid Kostron, Florstadt (23. 4. 1971), Wolf-

ram Herget, Dillenburg (17. 11. 1970), Heide Schiller, Friedberg (26. 4. 1971), Eberhard Munsch, Heftrich (4. 3. 1971), Eva Wörner, Erlensee (19. 4. 1971), Ulrike Friedl, Michelstadt (20. 4. 1971), Emil Vogt, Heusenstamm (3. 11. 1970), Norbert Rummel, Michelstadt (20. 4. 1971), Rüdiger Sattler, Groß-Gerau (19. 4. 1971), Doris Schmidt, Lampertheim (19. 4. 1971), Irene Furck, Heusenstamm (15. 4. 1971), Helga Schmidt, Herbhorn (27. 7. 1970), Ingeborg Trutwig, Friedberg (13. 4. 1971), Walter Arndt, Vielbrunn (19. 4. 1971), Reinhold Amann, Höchst/Odw. (30. 3. 1971), Ida Ruth, Erlensee (12. 2. 1971), Klaus Scherber, Walldorf (20. 4. 1971), Renate Schlotmann, Gießen (1. 4. 1971), Hartmut Rohn, Kelsterbach (21. 4. 1971), Klaus Briegel, Gießen (23. 4. 1971), Edeltraud Lauber, Trösel (19. 4. 1971), Lieselotte Heusohn, Büdingen (31. 8. 1970), Werner Bothe, Friedberg (16. 4. 1971), Rita Schmidt, Gießen (30. 4. 1971), Dagmar Steinle, Wiesbaden (19. 4. 1971), Heidemarie Woltersdorf, Frankfurt/Main (23. 4. 1971), Günter Schmitt, Birkenau (19. 4. 1971), Ingrid Baurcarde, Gießen (30. 4. 1971), Sigrid Simon, Oberthausen (3. 5. 1971), Heike Hardt, Ehringhausen (22. 4. 1971), Christine Habermann, Gelnhausen (19. 4. 1971), Gudrun Hartwig, Hüttenberg (29. 4. 1971), Martin Oberle, Braunfels (5. 5. 1971), Heidemarie Steglide, Watzborn-Steinberg (28. 4. 1971), Hiltrud Spuck, Glauberg (20. 4. 1971), Gertraud Kramelisch, Reichenbach (20. 4. 1971), Ingeborg Effenberger, Eichen (6. 5. 1971), Heinrich Häuser, Friedberg (20. 4. 1971), Helga Ebener, Frankfurt/M. (22. 4. 1971), Karin Salge, Friedberg (5. 5. 1971), Gudrun Blumenheim, Wetzlar (3. 5. 1971), Ulrich Grau, Friedberg (19. 4. 1971), Elke Vetter, Rüsselsheim (19. 4. 1971), Christiane Graf, Karben I (22. 4. 1971), Christa Gaul, Bad Vilbel (23. 4. 1971), Anneliese Kaiser, Viernheim (11. 2. 1971), Hartmut Jung, Bürstadt (11. 2. 1971), Sigrun Eisermann, Lampertheim (27. 1. 1971), Christel Petri, Groß-Rohrheim (18. 2. 1971), Lutz Hiebel, Bensheim (4. 2. 1971), Ingeborg Eberhard, Kirschhausen (28. 1. 1971), Heinrich Marquard, Lampertheim (27. 1. 1971), Manfred van Kaick, Bürstadt (29. 1. 1971), Ingrid Müller, Bürstadt (29. 1. 1971), Ernst Wartusch, Bürstadt (29. 1. 1971), Karin Gremm, Mörlenbach (11. 1. 1971), Ruth Grünewald, Lampertheim (28. 1. 1971), Sigrid Hornmann, Lampertheim (7. 2. 1971), Gunhild Kohlhaas, Viernheim (11. 1. 1971), Peter Gangl, Fehlheim (19. 12. 1970), Johanna Fick, Viernheim (21. 1. 1971), Uwe Schott, Babenhausen (10. 2. 1971), Josef Schiener, Nieder-Roden (8. 2. 1971), Gisela Bade, Nieder-Roden (11. 2. 1971), Walter Gruber, Groß-Zimmern (11. 2. 1971), Heidemarie Pitz, Dillenburg (22. 4. 1971), Karin Michel, Frankfurt/Main (19. 4. 1971), Heike Papadakis, Ginsheim (21. 4. 1971), Ingeborg Bonkowski, Wetzlar (17. 5. 1971), Maria-Anna Münster, Herbhorn (27. 4. 1971), Hanna Lange, Frankfurt/M. (19. 4. 1971), Helmut Metzger, Goddelau (7. 5. 1971), Otmar Erzberger, Darmstadt-Arheilgen (12. 5. 1971), Margot Faber, Offenbach/Main (11. 5. 1971), Wilfried Meißner, Gießen (26. 3. 1971), Alfred Olbricht, Oberursel/Ts. (10. 5. 1971), Gerd Thierolf, Dreieichenhain (13. 5. 1971), Christian Specht, Hirschhorn (19. 4. 1971), Ernst Kreissl, Bensheim (19. 4. 1971), Inge Pückert, Zotzenbach (18. 2. 1971), Edith Feuersänger, Frankfurt/Main-Höchst (7. 5. 1971), Ursula Breuer, Gelnhausen (14. 4. 1971), Werner Duschek, Rodheim v. d. H. (4. 4. 1971), Dieter Fleckenstein, Seckmauern (13. 4. 1971), Rainer Bickelhaupt, Lindenfels (19. 4. 1971), Gisela Buhl, Offenbach/Main (11. 5. 1971), Christel Petri, Florstadt (10. 11. 1970), Heidemarie Stork, Egelsbach (18. 5. 1971), Günter Goland, Dieburg (22. 4. 1971), Renate Fuchs, Rüsselsheim (30. 4. 1971), Irmela May, Heppenheim (11. 5. 1971), Ingeborg Broel, Wetzlar (10. 5. 1971), Ulrich Madeisky, Hausen (13. 2. 1971), Gudrun Reutzel, Gernsheim (30. 4. 1971), Isa Weiffenbach, Fürth/Odw. (19. 4. 1971), Klaus Dieter Parr, Groß-Felda (10. 5. 1971), Gisela Mohler, Lampertheim (13. 5. 1971), Helmut Schwanzler, Freigericht (1. 4. 1971), Josef-Peter Schwenzler, Rüdeshheim (8. 4. 1971), Hartmut Schmidt, Biedenkopf (24. 3. 1971), Irmgard Schemann, Heppenheim (19. 4. 1971), Ilse Rupperecht, Frankfurt/Main (23. 3. 1971), Gertrud Krugel, Wiesbaden (19. 5. 1971), Margot Wettig, Mainz (23. 4. 1971), Ursula Zimmerschied, Wiesbaden (19. 4. 1971), Heidi Möstl, Rüdeshheim (9. 2. 1971), Christa Mais, Limburg (25. 3. 1971), Karl-Ludwig Bleicher, Limburg (4. 5. 1971), Volker Werner, Cappel (10. 12. 1970), Heinz Krüger, Dreieichenhain (13. 5. 1971), Peter Schwöbel, Erbach (15. 4. 1971), Helmut Werner, Gießen (1. 4. 1971), Johanna Päßler, Bad Soden (1. 2. 1971), Frauke Stille, Frankfurt/Main-Höchst (3. 5. 1971), Hubert Weiland, Offenbach/Main (20. 4. 1971), Ingrid Wagner, Gönners (20. 4. 1971), Wiltrud Bauer, Hahn (12. 4. 1971), Heidi Albert, Delkenheim (28. 5. 1971),

Rosmarie Abendroth, Dauernheim (28. 5. 1971), Hiltrud Bastian, Dillenburg (28. 5. 1971), Ursula Albrecht, Oberursel (13. 5. 1971), Gunhild Krause, Gießen (26. 5. 1971), Hannelore Westenberger, Flörsheim (28. 5. 1970), Brigitte Sachs, Waldensberg (5. 5. 1971) Annemarie Freifrau Schenck zu Schweinsberg, Nieder-Gemünden (29. 4. 1971), Ingrid Gerhard, Wetzlar (7. 6. 1971), Jutta Heintz, Erlensee (6. 5. 1971), Bernd Mohrherr, Biedenkopf (24. 2. 1971), Barbara Schnabel, Nieder-Eschbach (27. 4. 1971), Dietlinde Nixdorf, Nidderau (14. 5. 1971), Ute Kneisel, Griesheim (4. 6. 1971), Ursula John, Darmstadt (11. 6. 1971), Gerhard Eckert, Walsdorf (25. 11. 1970), Heidrun Klein, Gießen (28. 5. 1971), Renate Heckmann, Wetzlar (9. 6. 1971), Ingrid Hardt, Ruppertsheim (11. 6. 1971), Jörg Schmidt, Mammolsheim (5. 4. 1971), Hildegard Rupp, Groß-Zimmern (6. 5. 1971), Dieter Böhm, Groß-Bieberau (9. 6. 1971), Harald Teichmann, Langen (12. 6. 1971), Brigitte Buggisch, Messel (28. 5. 1971), Barbara Schulz, Offenbach/Main (3. 6. 1971), Marlis Cöbinger-Eichler, Großen-Linden (11. 6. 1971), Gerhard Hermann Weber, Dörnigheim (26. 5. 1971), Christine Wellmann, Bischofsheim (28. 5. 1971), Peter Kipp, Glauburg (7. 5. 1971), Fritz-Günter Orth, Höchst/Odw. (15. 4. 1971), Werner Hasselbach, Rodheim-Bieber (9. 6. 1971), Hans-Jürgen Döpp, Frankfurt/Main (17. 5. 1971), Gerhard Kern, Dauborn (21. 4. 1971), Karl-Martin Korbin, Bad Homburg (3. 6. 1971), Joachim Appel, Großen-Linden (9. 5. 1971), Udo Schwehn, Eiershausen (27. 5. 1971), Barbara Schol, Donsbach (28. 5. 1971), Wilfriede Philipp, Gladenbach (27. 5. 1971), Ingrid Indra, Rödgen (21. 6. 1971), Wolfgang Kasper, Gedern (21. 4. 1971), Ingrid Teuscher, Rüsselsheim-Königstädten (7. 10. 1968), Heidrun Schäfer, Wetzlar (21. 5. 1971), Elke Märker, Offenbach/Main (25. 5. 1971), Christa Mahr, Neu-Isenburg (28. 5. 1971), Elfriede Wenz, Neu-Isenburg (19. 6. 1971), Beate Gräf, Bad Schwalbach (21. 4. 1971), Karl-Heinz Gruber, Hahn/Ts. (4. 4. 1971), Jutta Irmer, Wiesbaden (2. 2. 1971), Margit Kunze, Bischofsheim (14. 5. 1971), Waltraud Bopp, Dörnigheim (26. 4. 1971), Hans-Joachim Böcher, Bad Vilbel (19. 8. 1970), Ursula Köster, Hanau (2. 7. 1971), Ingeborg Haselwander, Offenbach/M. (29. 6. 1971), Dieline Bücher, Dorheim, Kreis Friedberg (22. 4. 1971), Käthe Rödde, Frankfurt/Main (28. 5. 1971), Ingetraut Okkernahl, Herboren (28. 5. 1971), Uta Sommer, Dorn-Assenheim (23. 6. 1971), Elke Benner, Weißkirchen (1. 6. 1971), Anneliese Reuscher, Bensheim (27. 5. 1971), Gisela Heinstadt, Rechtenbach (13. 5. 1971), Heidemarie Löb, Alsfeld (19. 4. 1971), Elisabeth Flath, Hambach (12. 6. 1971), Ingrid Schäfer, Odersbach (16. 6. 1971), Helmut Reischmann, Stierstadt/Ts. (4. 6. 1971), Roland Mörtschke, Rüdeshheim (8. 6. 1971), Gerd Hebel, Darmstadt (11. 6. 1971), Hannelore Tesche, Weilbach (10. 5. 1971), Jutta Ludszuweitz, Karben (12. 5. 1971), Doris Tappe, Offenbach/Main (14. 6. 1971), Elfriede Thiemeyer, Falkenstein (24. 6. 1971), Wendela Huth, Königstein (29. 4. 1971), Herbert Remdisch, Biskirchen (16. 6. 1971), Doris Preis, Bensheim a. d. B. (19. 4. 1971), Hans-Friedrich Kopp, Birkenau (20. 4. 1971), Gerda Neuhöfer, Bad Nauheim (15. 6. 1971), Monika Maximiliane Ritter, Oberweyer (23. 6. 1971), Ingrid Roth, Nordenstadt (8. 5. 1971), Maria Schnabel, Usingen (25. 5. 1971), Hanna Hartmann, Ober-Mörlen (5. 5. 1971), Christa Goeßler, Offenbach/Main (18. 6. 1971), Reinhild Heß, Lich (4. 6. 1971); die ehemaligen Lehrerinnen Anna Linna Reißmann, Ober-Erlenbach (3. 9. 1970), Charlotte Neumeier, Frankfurt/Main (20. 10. 1970), Wilhelma Jäger, Hainhausen (1. 12. 1970), Elisabeth Pffor, Rimbach (13. 4. 1971), apl. Realschullehrerin Ursula Kopf, Bicken-Ballersbach (16. 2. 1971);

zu **Fachlehrer/innen für mus.-technische Fächer (BaL)** die apl. Fachlehrer/innen (BaP) Heike Hartenstein, Kelsterbach (19. 12. 1970), Ingrid Müller, Großauheim (18. 12. 1970), Margarete Kellner, Viernheim (4. 12. 1970), Erika Schuckmann, Butzbach (8. 1. 1971), Elisabeth Göltzer, Hirschhorn (28. 1. 1971), Elke Peil, Frankfurt/Main (8. 3. 1971), Anneliese Feist, Frankfurt/Main (6. 5. 1971), Marieluise Gottlieb, Bieber (19. 4. 1971), Marlene Nierfeld, Erda (24. 4. 1971), Sigrid Steinhauer, Weilburg (26. 5. 1971), Regine Ritter, Rüdeshheim (25. 5. 1971), Wolfgang Brach, Wiesbaden (9. 6. 1971);

zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL)** die Jugendleiterinnen im Angestelltenverhältnis Ursula Förster, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Hildegard Hoppe, Frankfurt/Main (22. 1. 1971), Irmgard Högel, Frankfurt/Main (22. 1. 1971), Charlotte Kehne, Frankfurt/Main (21. 1. 1971);

zu **Hauptlehrern als Leiter einer Grundschule** die Lehrer (BaL) Albert Oldendorf, Burgholzhausen (18. 12. 1970),

Franz Althapp, Heusenstamm (25. 3. 1971), Erich Girg, Haiger-Rodenbach (19. 3. 1971);

zu **Hauptlehrern** die Lehrer (BaL) Siegfried Dittmar, Rüdeshheim (18. 2. 1971), Wilfried Müller, Dillenburg (19. 3. 1971);

zur **Hauptlehrerin als Leiterin einer Grund- und Hauptschule** die Lehrerin (BaL) Luise Bayer, Limburg (24. 2. 1971);

zur **Hauptlehrerin einer Grundschule** Lehrerin (BaL) Lieselotte Güntner, Wissenbach (28. 5. 1971);

zur **apl. Realschullehrerin (BaP)** Lehramtsanwärterin Ute Baader, Viernheim (30. 4. 1971), Mechthild Lück, Wiesbaden (3. 3. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

apl. Realschullehrerin (BaW) Arne Geelhaar, Lauterbach (16. 6. 1971);

ernannt:

zu **Realschullehrer/innen (BaL)** die apl. Realschullehrer/innen (BaP) Wolfgang Ritter, Hadamar (8. 3. 1971), Gerhard Grünwald, Erbach (19. 4. 1971), Hans Müller, Hanau (19. 4. 1971), Margit Grehl, Lampertheim (23. 3. 1971), Renate Nitsch, Frankfurt/Main (12. 3. 1971), Heidemarie Ley, Heppenheim (4. 2. 1971), Mechthild Platzek-Leichsenring, Heppenheim (19. 4. 1971), Gisela Walter, Wiesbaden (28. 4. 1971), Heinrich Preis, Bürstadt (19. 4. 1971), Ursula Menzemer, Dornholzhausen (30. 6. 1971);

zu **Lehrer/innen an einer Sonderschule (BaL)** die apl. Lehrer/innen an einer Sonderschule (BaP) Albert Huppertz, Gießen (28. 10. 1970), Hanshubertus Jarick, Gießen (3. 11. 1970), Helge Driest, Dillenburg (19. 2. 1971), Klaus Sandner, Gelnhausen (26. 11. 1970), Anke Klemm, Dieburg (15. 2. 1971);

zum **Blindenoberlehrer** Lehrer (BaL) Hans-Erich Kiefner, Friedberg (9. 11. 1970);

zum **Taubstummeneroberlehrer** Lehrer (BaL) Lothar Nitsche, Camberg (11. 2. 1971);

zum **Konrektor** Lehrer (BaL) Paul-Helmut Hundhausen, Köppern (19. 4. 1971);

zu **Konrektoren/innen einer Grundschule** die Lehrer/innen (BaL) Otto Knüttel, Steinheim/M. (24. 2. 1971), Ilse Trenks, Lorch (9. 12. 1970), Charlotte Dracker, Sprendlingen (27. 1. 1971), Julius Reichstadter, Heusenstamm (15. 2. 1971), Herta Kleinschmidt, Langen (21. 1. 1971), Eva-Maria Berger, Hanau (15. 2. 1971), Herta Büsching, Oberscheld (11. 2. 1971), Marie-Luise Strauß, Frankfurt/Main (18. 12. 1970), Gerhard Bedarff, Wiesbaden (11. 2. 1971), Ilse-Maria Feiß, Wiesbaden (12. 2. 1971), Charlotte Daus, Niddatal, Ilbenstadt (23. 12. 1970), Hans Valentin, Camberg (17. 2. 1971), Charlotte Gaida, Düdelshheim (24. 2. 1971), Walter Loos, Heppenheim (6. 4. 1971), Cäcilie Kowolik, Friedberg (22. 12. 1970), Helmut Hilbig, Hochstadt (27. 1. 1971), Gerhard Schroeter, Wiesbaden-Dotzheim (26. 2. 1971), Willi Frieß, Froschhausen (25. 2. 1971), Günther Plehn, Erbach (7. 9. 1970), Oskar Vogler, Butzbach (19. 2. 1971), Gerhard Leineweber, Offenbach/Main (26. 1. 1971), Elisabeth Gericke, Zeppelinheim (9. 2. 1971), Helmut Limpert, Bad Schwalbach (11. 2. 1971), Annemarie Hanauer, Hanau (10. 2. 1971), Gerd Kleser, Wiesbaden (16. 2. 1971), Kurt Kühlwein, Neu-Isenburg (16. 2. 1971), Horst Paiger, Eiershausen (12. 2. 1971), Botho Euler, Hanau/Main (24. 2. 1971), Paul Meinel, Gedern (26. 2. 1971), Mariechen Hausberg, Naunheim (29. 1. 1971), Wolfgang Fritz, Watzenborn-Steinberg (15. 12. 1970), Elfriede Müller, Dillenburg (29. 4. 1971), Heinz Spaar, Großen-Buseck (11. 12. 1970), Johannes Schier, Frankfurt/M. (18. 3. 1971), Irma Siebenhüner, Groß-Gerau (19. 4. 1971), Maximilian Schlesier, Hirzenhain (26. 3. 1971), Helmut Moos, Lampertheim (28. 12. 1970), Else Sonntag, Viernheim (30. 12. 1970), Richard Hotzner, Lorsch (30. 12. 1970), Johann Schaller, Groß-Gerau (26. 3. 1971), Franz Gebauer, Wiesbaden (12. 2. 1971), Erika Feldkemper, Darmstadt (30. 4. 1971), Katharina Ostermann, Oberursel/Ts. (28. 4. 1971), Karl Weinheimer, Dieburg (31. 3. 1971), Helga Geisler, Wetzlar (28. 5. 1971), Günter Scholz, Groß-Gerau (28. 4. 1971), Klaus Schimpf, Walldorf (15. 4. 1971), Doris Rietschel, Wiebelsbach (23. 4. 1971), Johann Fendt, Reinheim (11. 2. 1971), Gisela Habeck, Frankfurt/Main (29. 4. 1971), Gerhard Jäger, Mühlheim/Main (26. 5. 1971), Peter Blänkle, Oberstedten (19. 4. 1971), Gisela Hatje, Fronhausen/Lahn (25. 3. 1971), Elisabeth Hartel, Flörsheim (21. 6. 1971), Brunhilde Oelschläger, Sprendlingen (7. 5. 1971), Horst Rückl, Atzbach (28. 5. 1971);

zu **Konrektoren/innen einer Grund- und Hauptschule** die Lehrer/innen (BaL) Heinrich Schember, Ortenberg (22. 2. 1971), Fritz Mann, Donsbach (15. 2. 1971), Erich Weinert, Langenaubach (12. 2. 1971), Hans Gruber, Nieder-Erlenbach (19. 2. 1971), Heinz Fischer, Langenselbold (12. 3. 1971), Joachim Kleeberg, Ober-Rosbach (19. 2. 1971), Walter Ernst Nagel, Steinfurth (8. 12. 1970), Siegfried Piel, Wiesbaden (9. 2. 1971), Wilhelm Schmitt, Friedberg (22. 2. 1971), Eckehard Colmar, Langstadt (22. 4. 1971), Johannes Günther, Trösel (28. 1. 1971), Georg Geißler, Reichenbach (6. 12. 1970), Friedrich Herweck, Bensheim-Auerbach (16. 12. 1970), Gerda Brinkmann, Offenbach/Main (6. 4. 1971), Herbert Kollneg, Katzendorf (2. 1. 1971), Ingrid Klein, Rüdeshheim (19. 3. 1971), Ingeborg Grün-Dilger, Dillenburg (20. 4. 1971), Helmut Breiter, Schöneck (12. 3. 1971), Karlheinz Willführ, Ulmbach (26. 5. 1971), Robert Moos, Rüdeshheim (30. 4. 1971), Kurt Friedrich, Lengfeld (19. 3. 1971), Rudolf Metzger, Nieder-Weisel (11. 3. 1971), Helmut Helfrich, Stockheim (26. 2. 1971), Heinz Kautzsch, Lixfeld (6. 4. 1971), Martin Glade, Dörnigheim (28. 5. 1971);

zu **Konrektoren einer Sonderschule** die Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Gerold Panzl, Frankfurt/Main (18. 12. 1970), Edmund Budng, Offenbach/Main (15. 4. 1971), Gottfried Czuma, Offenbach/Main (20. 4. 1971), Günther Schatz, Hanau (22. 3. 1971), Theodor Schröder, Mainz-Kostheim (19. 4. 1971);

zum **Haupt- und Realschulkonrektor** Realschullehrer (BaL) Heinrich Fuhr, Bürstadt (29. 1. 1971);

zum **Konrektor einer Haupt- und Realschule** Realschullehrer (BaL) Manfred Klein, Neu-Isenburg (15. 2. 1971);

zu **Rektoren/innen einer Grundschule** die Lehrer/innen (BaL) Karl Vogt, Usingen (27. 1. 1971), Jürgen Hugo Heyer, Dietzenbach (25. 2. 1971), Kurt Rasokat, Astheim (11. 11. 1970), Ernst Brackmann, Heppenheim (13. 4. 1971), Herta Egner, Groß-Umstadt (1. 1. 1971), Christa Baldes, Hofheim/Taunus (29. 4. 1971);

die Hauptlehrer/innen (BaL) Walter Lange, Anspach (26. 4. 1971), Eduard Melcher, Groß-Gerau (30. 10. 1970), Gerhard Barta, Kalbach (29. 4. 1971), Rudolf Regenbrecht, Oberursel/Ts. (29. 4. 1971), Irmgard Meisinger, Darmstadt-Neu-Kranichstein (19. 5. 1971);

die Konrektoren Ludwig Jacob, Heppenheim (15. 4. 1971), Günter Zimmermann, Limburg (24. 2. 1971).

zum **Rektor einer Hauptschule** Lehrer (BaL) Wolfgang Glanz, Aulhausen (18. 5. 1971);

zu **Rektoren einer Grund- und Hauptschule** die Lehrer (BaL) Herbert Ludwig, Niedermittlau (21. 1. 1971), Joachim Franke, Groß-Umstadt (26. 2. 1971), Günter Jährling, Groß-Gerau (29. 1. 1971);

die Realschullehrer (BaL) Paul Heusohn, Gedern (19. 2. 1971), Fritz Borges, Heusenstamm (30. 4. 1971);

die Konrektoren/innen (BaL) Ursula Paul, Heusenstamm (15. 2. 1971), Theodor Schneider, Offenbach/Main (24. 5. 1971);

zum **Rektor einer Haupt- und Realschule** Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Helmut Fürst, Langen (30. 12. 1970);

zum **Rektor als Leiter einer Sonderschule mit 3—9 Klassen** Sonderschullehrer (BaL) Klaus Müller, Bad Nauheim (23. 3. 1971);

zum **Rektor einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Richard Stix, Klein-Zimmern (21. 5. 1971);

zu **Rektoren/innen als Ausbildungsleiter/innen bei einem Pädagogischen Studienseminar** die Realschullehrer Walter Zimbrich, Heusenstamm (26. 1. 1971), Heinz Wilhelm Lang, Bad Schwalbach (11. 6. 1971);

Rektorin einer Grund- und Hauptschule Hildegard Hausknecht, Bad Soden (30. 6. 1971);

zu **Volks- und Realschulrektoren** die Realschullehrer (BaL) Dieter Picard, Frankfurt/Main (16. 4. 1971), Horst Adam, Frankfurt/Main (18. 5. 1971);

zu **Schulräten** die Rektoren als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar Werner Crecelius, Biedenkopf (26. 2. 1971), Wolfgang Faust, Wetzlar (30. 3. 1971), Rektor Hans Blei, Bad Soden (27. 5. 1971);

zu **pädagogischen Leitern einer Gesamtschule mit nicht voll ausgebauter Studienstufe** Studiendirektor Hansgeorg Goebel, Gladenbach (30. 3. 1971), Rektor Edgar Schmidt, Wiesbaden (23. 3. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

die Rektoren Heinz Drechsel, Frankfurt/Main (31. 3. 1971),

Wilhelm Diehl, Wetzlar (31. 7. 1971), Franz Hahn, Ober-Ramstadt (30. 11. 1970), Realschulrektor Hans Sippel, Hanau (31. 7. 1971), die Realschullehrerinnen Käthe Eigenbrod, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Dorothea Ruhland, Wiesbaden (31. 7. 1971), Realschullehrer Johann Friedrich Pflug, Hanau (31. 7. 1971), Realschullehrerin Heddy Müller, Darmstadt (30. 4. 1971), die Realschullehrer Josef Ubl, Wetzlar (31. 7. 1971), Konrad Nagel, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Bruno Seyffert, Camberg (31. 7. 1971), die Realschullehrerinnen Eva Kuhl, Gernsheim (31. 7. 1971), Aline Wende, Kelkheim (31. 7. 1971), Lehrerin Hilde Ehrenfort, Wiesbaden (31. 3. 1971), die Lehrer Johann Haußner, Darmstadt (28. 2. 1971), Franz Wörthge, Dieburg (31. 12. 1970), Peter Geier, Wiesbaden (31. 3. 1971), die Lehrerinnen Elisabeth Bernshausen, Nidda (31. 7. 1971), Ursula Bless, Wallau/L. (31. 7. 1971), Marie Kohl, Großauheim (31. 7. 1971), Ilse Jung, Frankenhäuser (31. 3. 1971), Elfriede Büchele, Offenbach (31. 7. 1971), Johanna Dänzer, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Lehrer Otto Schäfer, Gießen (31. 7. 1971), die Lehrerinnen Waltraud Schilz, Wiesbaden-Biebrich (31. 3. 1971), Hildegard Schapka, Hanau (31. 8. 1971), Lehrer Wilhelm Mahr, Neu-Isenburg (31. 3. 1971), die Lehrerinnen Adelheid Quack, Heppenheim (31. 3. 1971), Maria Fell, Kronberg (31. 7. 1971), Hildegard Girschik, Waldgirmes (31. 7. 1971), Charlotte Boß, Bischofsheim (31. 7. 1971), die Lehrer Rudolf Krüger, Friedberg (31. 7. 1971), Franz Beer, Falkenstein (31. 7. 1971), Peter Köbel, Darmstadt (31. 7. 1971), die Lehrerinnen Gertrude Krättschmer, Gedern (30. 6. 1971), Ilse Rothe, Büdingen (31. 7. 1971), Anna Ovesny, Bad Homburg (31. 7. 1971), Elisabeth Sprey, Seligenstadt (31. 8. 1970), Lehrer Herbert Meyer, Offenbach/Main (31. 7. 1971), Hauptlehrer Willi Dietzel, Büdingen (31. 3. 1971), Techn. Lehrerin Erna Rehwald, Friedberg (31. 7. 1971), Lehrerin an einer Sonderschule Marianne Baier, Wiesbaden (1971);

entlassen:

Realschullehrer Franz Noll, Bad Orb (31. 7. 1971), die Lehrerinnen Helga Keil, Langenselbold (31. 3. 1971), Annelie Krause, Mainz (31. 3. 1971), Lehrer Walter Peter, Frankfurt/Main (28. 2. 1971), die Lehrerinnen Heidrun Paetsch, Groß-Gerau (31. 12. 1970), Ute Mingo, Rüsselsheim (31. 3. 1971), Lehrer Rudolf Berning, Offenbach (30. 4. 1971), Lehrerin Elsa Beringer, Erbach, Kreis Bergstraße (31. 7. 1971), apl. Lehrerin Rotraut Kunze, Ober-Roden (31. 7. 1971), apl. Lehrer Gerhard Schmidt, Raunheim (31. 3. 1971), die apl. Lehrerinnen Liane Georgiewsky-Gerlach, Wiesbaden (31. 3. 1971), Doris Eggert, Gernsheim (30. 4. 1971), Birgit Sasse, Hanau (31. 1. 1971), Elisabeth Köhler, Frankfurt/Main (31. 3. 1971), Irmeli Picker, Viernheim (31. 5. 1971), Renate Jäger, Friedensdorf (31. 7. 1971), Felicitas Jäger, Frankfurt/Main (31. 5. 1971), Elke Ruppert, Heppenheim a. d. B. (31. 8. 1971), Gisela Grützmacher, Oberursel (31. 7. 1971) Brigitte Spelz Aulhausen (31. 7. 1971), Johanna Haferkamp, Bad Homburg (31. 7. 1971), die apl. Fachlehrerinnen Doris Lenski, Dorheim (31. 1. 1971), Gerlinde Müller, Langen (15. 4. 1971), apl. Fachlehrer Erich Kraft, Bensheim (31. 3. 1971), die apl. Fachlehrerinnen Ingeborg Tschädrich-Rotter, Weilburg (13. 4. 1971), Stefanie Helfrich Rüsselsheim (31. 7. 1971), die apl. Fachlehrer Bernd Lachmann, Freiburg (30. 4. 1971), Axel Deibel, Heuchelheim (31. 8. 1971), apl. Fachlehrerin Godela Voigtel, Limburg (30. 4. 1971), die apl. Fachlehrer Bernd Lachmann, Wiesbaden (30. 4. 1971), Fritz Langensiepen, Friedberg (30. 4. 1971), apl. Fachlehrerin Rosemarie Benner, Hanau (31. 8. 1971);

verstorben:

Lehrerin Heria Redemann, Steinau, Kreis Schlüchtern (15. 6. 1971);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen: Günther Roßbach, Lampertheim (24. 3. 1971), Werner Fischbach, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Ernst Bizer, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Martha Frey, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Henning Sohlmann, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Helmut Kowalewski, Gelnhausen (1. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Volker Müller-Claus, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Kurt-Hartmut Wächter, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Kfm. Horst Emmel, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Volksw. Hans-Jürgen Peters, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Chem. Burkhard Dornhecker, Darmstadt (1. 6. 1971), Dipl.-Ökon. Dieter Puschmann, Darmstadt (1. 6. 1971),

Dipl.-oec. troph Gisela Hinderfeld, Wetzlar (1. 6. 1971), Dipl.-Soziologe Wilhelm Bauer, Frankfurt/Main (1. 6. 1971), Ing. Adolf Voit, Darmstadt (1. 6. 1971), Carl-Heinz Battus, Darmstadt (1. 6. 1971), Reinhilde Bayer, Darmstadt (1. 6. 1971), Erhard Crack, Darmstadt (2. 6. 1971), Wilfried Böhrler, Darmstadt (1. 6. 1971), Klaus Brück, Darmstadt (1. 6. 1971), Gerhard Full, Darmstadt (1. 6. 1971), Udo Dürrich, Darmstadt (1. 6. 1971), Dieter Gronow, Darmstadt (1. 6. 1971), Alexander Schmidt, Darmstadt (1. 6. 1971), Michael Seibert, Darmstadt (1. 6. 1971), Erika Heinrich, Darmstadt (1. 6. 1971), Klaus Benner, Darmstadt (1. 6. 1971), Jörn Altmann, Darmstadt (1. 6. 1971), Rolf Nauert, Darmstadt (1. 6. 1971), Ulrich Lyding, Darmstadt (1. 6. 1971), Kurt Eisele, Darmstadt (1. 6. 1971), Dieter Isenberg, Darmstadt (1. 6. 1971), Norbert Jordis, Darmstadt (1. 6. 1971), Heinrich Gerhardt, Darmstadt (1. 6. 1971), Rolf-Günther Nolden, Darmstadt (1. 6. 1971), Michael Marine, Darmstadt (1. 6. 1971), Dieter Rathgeber, Darmstadt (1. 6. 1971), Detlev Gärtner, Darmstadt (1. 6. 1971), Arthur Wagner, Darmstadt (1. 6. 1971), Hans-Jürgen Weber, Darmstadt (1. 6. 1971), Uwe Lauterbach, Darmstadt (1. 6. 1971), Bernhard Poschenrieder, Darmstadt (1. 6. 1971), Rolf Hägele, Frankfurt/Main (1. 6. 1971);

zu **Studienassessoren/innen (BaP)** die Studienreferendare/Studienreferendarinnen Dipl.-Hdl. Helga Schuster, Frankfurt/Main (16. 2. 1971), Dipl.-Hdl. Hans-Jürgen Herrmann, Hanau (1. 12. 1970), Dipl.-Hdl. Klaus-Ulrich Henkel, Biedenkopf (18. 2. 1971), Dipl.-Hdl. Heidemarie Heerde, Oberursel (13. 2. 1971), Dipl.-Hdl. Otto Walter Wagner, Bad Nauheim (19. 2. 1971), Dipl.-Hdl. Hildburg Walter, Frankfurt/Main (1. 3. 1971), Dipl.-Hdl. Klaus-Dieter Kratz, Gießen (11. 5. 1971), Dipl.-Hdl. Wolfgang Daum, Frankfurt/Main (3. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Heinz-Dieter Keim, Offenbach/Main (6. 5. 1971), Dipl.-Hdl. Klaus-Dieter Walter, Lampertheim (27. 5. 1971), Dipl.-Hdl. Doris Riebel, Darmstadt (18. 5. 1971), Dipl.-Hdl. Gisela Bender, Frankfurt/Main (4. 6. 1971), Dipl.-Hdl. August Witzel, Hanau/Main (24. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Hans-Joachim Laspe, Bensheim/Bergstraße (22. 5. 1971), Dipl.-Kfm. Horst Egbert Weber, Hofheim Ts. (26. 2. 1971), Dipl.-Kfm. Otto Tölg, Bad Nauheim (16. 3. 1971), Dipl.-Kfm. Walter Ebbing, Hanau (6. 3. 1971), Dipl.-Kfm. Heiko Musche, Alsfeld (18. 3. 1971), Dipl.-Kfm. Günter Krombach, Offenbach/Main (27. 2. 1971), Dipl.-Kfm. Kurt Gerhard Hild, Frankfurt/Main (20. 3. 1971), Dipl.-Volksw. Elke Peters, Hanau/Main (6. 2. 1971), Dipl.-Volksw. Bruno Braig, Limburg (4. 3. 1971), Dipl.-Volksw. Bernd Pohl, Bensheim (6. 2. 1971), Dipl.-Volksw. Gerhard Kilper, Michelstadt (4. 2. 1971), Dipl.-Physiker Franz Bayer, Darmstadt (16. 3. 1971), Joachim Hoffmann, Frankfurt/Main (19. 2. 1971), Karl Strauß, Darmstadt (12. 2. 1971), Volker Mürle, Frankfurt/Main (26. 3. 1971), Adelheid Müller, Nidda (1. 3. 1971), Werner Seibel, Dillenburg (6. 2. 1971), Michael Straub, Groß-Gerau (2. 2. 1971), Roland Henkelmann, Gießen (27. 4. 1971), Herbert Hammelmann, Darmstadt (4. 5. 1971), Hans-Adolf Sass, Frankfurt/Main (29. 1. 1971), Horst Geist, Darmstadt (6. 5. 1971), Gerd Lipphardt, Darmstadt (6. 5. 1971), Hermann Gossenauer, Oberursel (15. 5. 1971), Dr. Heinrich May, Limburg (1. 5. 1971), Waltraud Müller, Frankfurt/Main (7. 5. 1971), Susanne Böke, Frankfurt/Main-Höchst (13. 5. 1971), Ludwig Lang, Hofheim (11. 2. 1971), Jürgen Hallek, Dieburg (22. 5. 1971), Peter Greß, Wiesbaden (8. 5. 1971), Karl-Leo Schneeweiß, Frankfurt/Main-Höchst (13. 5. 1971), Gerhard Ludwig, Hanau (29. 4. 1971), Wolfgang Köster, Frankfurt/Main (20. 5. 1971), Klaus Stier, Offenbach/Main (27. 5. 1971), Jürgen Trummel, Bad Homburg (20. 5. 1971), Wolfgang Teichgräber, Bensheim a. d. B. (1. 7. 1971);

zu **Studienräten/innen (BaP)** die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis: Dipl.-Ing. Michael Hergenhahn, Darmstadt (1. 4. 1971), Claus Schmidt, Darmstadt (17. 5. 1971), Hannelore Tsien, Darmstadt (4. 6. 1971);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienassessoren/innen (BaP) Karin Graue, Lauterbach (4. 12. 1970), Hartmut Orlamünder, Frankfurt/Main-Höchst (13. 2. 1971), Karl-Heinz Oeding, Gießen (5. 3. 1971), Helmut Meyer, Frankfurt/Main (23. 2. 1971), Hans Lesche, Rüsselsheim (19. 3. 1971), Gerhard Bornemann, Frankfurt/Main (12. 3. 1971), Helmut Jährling, Rüsselsheim (5. 4. 1971), Heinrich Reiser, Wiesbaden (22. 2. 1971), Helga Schmitt, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Helmut Beck, Oberursel (19. 4. 1971), Kurt Quandel, Dillenburg (13. 4. 1971), Johannes Raetzer, Limburg (5. 4. 1971), Werner Hamm, Offenbach/Main (22. 3. 1971), Dieter Petry, Wetzlar (16. 4. 1971), Eckhard Schaaf, Frankfurt/Main (5. 3. 1971), Wulf Held, Dieburg (26. 3. 1971),

Lothar Laucht, Gießen (3. 3. 1971), Bernhard Frietsch, Frankfurt/Main (25. 3. 1971), Günther Borges, Hanau (20. 3. 1971), Günter Katzfuß, Gießen (6. 4. 1971), Doris Killmer, Offenbach/Main (8. 3. 1971), Karl-Ludwig Ungewiß, Wetzlar (16. 4. 1971), Dr. Margit Twellmann, Gießen (29. 3. 1971), Rupert Haim, Bad Nauheim (30. 4. 1971), Elisabeth Schmidt, Hausen (30. 4. 1971), Maria Mohr, Frankfurt/Main (28. 4. 1971), Sibylle Hager, Wiesbaden (21. 4. 1971), Uta Bering, Darmstadt (12. 5. 1971), Hinrich Nygaard, Frankfurt/Main (3. 5. 1971), Rainer Buchmaier, Michelstadt (3. 5. 1971), Siegfried Seydel, Hofheim (19. 3. 1971), Barbara Rötger, Wetzlar (29. 4. 1971), Kurt Hugo, Frankfurt/Main (16. 4. 1971), Robert Engelhardt, Dillenburg (7. 6. 1971), Friederike Steinert, Frankfurt/Main-Höchst (26. 5. 1971), Heinz Schirling, Dieburg (4. 6. 1971), Jürgen Kehm, Frankfurt/M. (21. 5. 1971), Dr. Brigitte Hewel, Hofheim/Ts. (26. 6. 1971), Ernst Dietz, Wetzlar (24. 6. 1971), Dietmar Schuster, Gießen (7. 6. 1971), Dipl.-Hdl. Rolf Stauth, Frankfurt/Main (8. 9. 1970), Dipl.-Hdl. Gerhard Gutberlet, Schlüchtern (19. 4. 1971), Dipl.-Hdl. Brigitte Sell, Frankfurt/Main (28. 5. 1971), Dipl.-Hdl. Kamilla Nayken, Frankfurt/Main (9. 6. 1971), Dipl.-Volksw. Josef Groth, Darmstadt (22. 3. 1971), Dipl.-Landw. Fritz Gühr, Frankfurt/Main-Höchst (26. 5. 1971); die Studienräte/innen z. A. (BaP) Hansgeorg Conert, Frankfurt/Main (29. 3. 1971), Dr. Heinz Paul, Frankfurt/Main (24. 6. 1971), Liselotte Benner, Gießen (8. 6. 1971);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Erich Gocht, Dillenburg (26. 2. 1971), Renate Köhn, Frankfurt/Main (12. 3. 1971), Hartmut Jewanski, Bangkok (25. 2. 1971), Jakob Schäfer, Darmstadt (26. 5. 1971), Walter Sehring, Darmstadt (24. 5. 1971), Theodor Scherer, Frankfurt/Main (14. 6. 1971), Dr. Wolfgang Korndörfer, Frankfurt/Main (14. 6. 1971), Dr. Gerhard Bender, Frankfurt/Main (14. 6. 1971), Karl Heinz Zettwuch, Hanau (12. 6. 1971); zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Heinrich Oberthür, Wiesbaden (31. 3. 1971), Karl-Heinz Bamberg, Hofheim (9. 2. 1971), Dipl.-Hdl. Karl Kogel, Darmstadt (27. 5. 1971);

zu **Oberstudiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Otto-Heinz Gerhard, Gießen (25. 2. 1971), Wolfgang Burkert, Büdingen (28. 5. 1971);

zum **Oberschulrat** Oberstudienrat (BaL) Karl-Heinz Kalbitz, Darmstadt (31. 3. 1971);

zu **Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer (BaP)** die Fachlehrerwärter Albert Brathe, Biedenkopf (1. 4. 1971), Werner Hattemer, Limburg (20. 3. 1971), Günter Steinfels, Gelnhausen (22. 3. 1971), Ludwig Pöhlmann, Biedenkopf (27. 3. 1971), Herbert Biesenbach, Biedenkopf (15. 12. 1970), Wolfgang Flach, Limburg/Lahn (29. 9. 1970);

Fachlehrerin im Angestelltenverhältnis Elisabeth Philipp, Darmstadt (22. 3. 1971);

die Lehrwerkmeister Heinz Wilhelm, Bad Homburg v. d. H. (11. 6. 1971), Heinz Stern, Oberursel/Ts. (28. 6. 1971);

zu **Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer (BaP) Gerhard Ernst, Weilburg (5. 2. 1971), Georg Jayme, Darmstadt (26. 3. 1971); Heinrich Lenzer, Wetzlar (24. 3. 1971), Friedrich Dietz, Hanau/Main (27. 4. 1971), Willi Schickstanz, Wetzlar (7. 5. 1971), Kurt Heldmann, Darmstadt (26. 5. 1971), Doris Schmidt, Biedenkopf (14. 5. 1971), Hans Brunner, Hanau (4. 12. 1970), Karl Walter, Wetzlar (13. 4. 1971);

zu **Fachoberlehrer/innen für sozialpädagogische Fächer (BaP)** die Fachoberlehrerinnen Christel Mikhail, Dillenburg (22. 1. 1971), Ludwig Bering, Darmstadt (24. 3. 1971), Giselheid Kropat, Nidda (26. 3. 1971);

zu **Fachoberlehrer/innen für technologische Fächer (BaP)** die Fachoberlehrerinnen Ingrid Brocke, Gießen (25. 3. 1971), Ing. Johannes Kimm, Wiesbaden (26. 3. 1971), Klaus Kraft, Frankfurt/Main-Höchst (20. 3. 1971);

zum **Lehrwerkmeister (BaP)** die Lehrwerkmeister im Angestelltenverhältnis Herbert Kienholz, Gießen (28. 1. 1971), Heinz Wilhelm, Bad Homburg (1. 4. 1971), Hans Götz, Lampertheim (17. 12. 1970);

zur **Fachlehrerin an einer beruflichen Schule (BaL)** die Fachlehrerinnen an einer beruflichen Schule (BaP) Johanna Sollich, Hanau (17. 2. 1971), Ruth Hoja, Hanau (26. 4. 1971), Gisela Kratz, Hanau (19. 5. 1971);

zur **Jugendleiterin im Schuldienst (BaL)** die Jugendleiterinnen im Schuldienst im Angestelltenverhältnis Hedwig Kober, Frankfurt/Main (22. 1. 1971), Ilse Günther, Frankfurt/Main (12. 2. 1971);

die Jugendleiterin im Schuldienst (BaP) Elisabeth Glimm, Frankfurt/Main (22. 6. 1971);

entlassen:

Oberstudienrätin Gerhild Jacobi, Karibib, SWA (31. 12. 1970), die Studienreferendar Dipl.-Hdl. Klaus Pott, Darmstadt (31. 3. 1971), Dipl.-Geol. Otto Fr. Winter, Dillenburg (30. 4. 1971), Fachlehreranwärterin Gerlinde Heller, Büdingen (30. 4. 1971), Fachoberlehreranwärter Ingenieur Walter Keune, Hanau (31. 3. 1971), Fachlehreranwärter Ulrich Sator, Bad Homburg (31. 1. 1971), die Fachoberlehreranwärter Martin Wenig, Alsfeld (30. 4. 1971), Hermann Schmidt, Bensheim/Bergstraße (31. 6. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudienrätinnen Ursula Oppen, Bensheim (31. 7. 1971), Elisabeth Puttkammer, Wetzlar (31. 7. 1971), Susanne Reerink, Geisenheim (31. 7. 1971), Hedwig Simon, Darmstadt (31. 8. 1970), Lore Bollert, Frankfurt/Main (31. 8. 1971); die Oberstudienräte Josef Swoboda, Gießen (31. 7. 1971), Gerhard Schammer, Wiesbaden (28. 2. 1971), Richard Schimmel, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Dr. Ernst-Günther Schrader, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Willi Menges, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Oberstudienrätin Elisabeth Prillwitz, Gießen (31. 7. 1970); die Oberstudienräte Fritz Roedel, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Georg Rückershausen, Geisenheim (31. 7. 1971), Oberstudienrätin Elsbeth Schimpke, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Oberstudienrat Dipl.-Hdl. Siegfried Leder, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Oberstudienrätin Dipl.-Hdl. Gisela Derstroff, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Fachoberlehrerin Erika Kaiser, Wiesbaden (31. 7. 1971).

Darmstadt, 3. 9. 1971

Der Regierungspräsident
VI 1 — 7 1 08 (1)

StAnz. 40/1971 S. 1626

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers**Präsident des Hess. Landessozialgerichts**

ernannt:

zum Richter an dem Landessozialgericht als ständiger Vorsitzender eines Senats (Vorsitzender Richter) Richter an dem Landessozialgericht Werner Schulz (2. 4. 1971);
zum Richter an dem Landessozialgericht Richter an einem Sozialgericht Dr. Karl-Theodor Pelizaeus (26. 7. 1971), unter gleichzeitiger Versetzung vom Sozialgericht Kassel zum Hess. Landessozialgericht;
zu Richtern an einem Sozialgericht (RaL) die Richter (RaP) Bernd Wiegand, Sozialgericht Gießen (5. 4. 1971), Dr.

Joachim Cuntz, Sozialgericht Frankfurt (14. 7. 1971), der Richter (kraft Auftrags) Wolfgang Wiester, Sozialgericht Kassel (6. 4. 1971);

zum **Regierungsassessor (BaP)** Verwaltungsrat z. A. Günther Fellenz, Sozialgericht Darmstadt (1. 8. 1971);

zum **Amtsrat** Amtmann Kurt Stelter, Hess. Landessozialgericht (30. 7. 1971);

zum **Amtmann** Oberinspektor Werner Hahn, Sozialgericht Gießen, (20. 8. 1971);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaP) Heinz Wick, Sozialgericht Frankfurt (27. 7. 1971);

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Inspektoranwärter (BaW) Karl-Heinz Liedtke, Sozialgericht Frankfurt (1. 4. 1971);

zum **Amtsinspektor** Hauptsekretär Fritz Ende, Sozialgericht Frankfurt (26. 7. 1971);

zu **Oberamtsmeistern** die Amtsmeister Paul Bänisch, Hess. Landessozialgericht (15. 7. 1971), Robert Schäfer, Sozialgericht Gießen (19. 7. 1971), Johann Kupecek, Sozialgericht Wiesbaden (20. 7. 1971);

zu **Amtsmeistern** die Hauptamtsgehilfen Kurt Grimm, Sozialgericht Marburg (31. 3. 1971), Oswald Fleckenstein, Hess. Landessozialgericht (15. 7. 1971), Erich Ahrens, Sozialgericht Darmstadt (16. 7. 1971), Karl Partzsch, Hess. Landessozialgericht (19. 7. 1971), Friedhelm Gerbig, Sozialgericht Kassel (19. 7. 1971), Andrei Weisz, Sozialgericht Frankfurt (19. 7. 1971), Bruno Auth, Sozialgericht Fulda (26. 7. 1971), Kurt Schnecko, Sozialgericht Gießen (3. 8. 1971);

zum **Inspektoranwärter (BaW)** früherer Sekretär z. A. Werner Siebert, Hess. Landessozialgericht (1. 4. 1971);

versetzt:

zum Sozialgericht Marburg Oberinspektor Botho Graf vom Versorgungsamt Gießen (rückwirkend zum 1. 1. 1971) unter Aufhebung der bisherigen Abordnung;

zum Landesversorgungsamt Richter (RaP) Helge Anthes vom Sozialgericht Wiesbaden (1. 6. 1971);

zum Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Inspektor Karlheinz Jung vom Sozialgericht Frankfurt (1. 8. 1971).

Darmstadt, 6. 9. 1971

Der Präsident
des Hessischen Landessozialgerichts
Sg. 2 a — 8 b 28-03

StAnz. 40/1971 S. 1634

1354 DARMSTADT**Regierungspräsidenten****Jagdausübung auf Fasanenhennen im Jagdjahr 1971**

Zur Lenkung der Fasanenhege wird auf Grund des Erlasses des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt vom 25. 8. 1971 — III A 5 — 4535 — J 21.1 — (n. v.) gemäß § 20 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 10. 11. 1969 (GVBl. I S. 258) die Jagdausübung auf Fasanenhennen während der Zeit vom 16. Oktober bis 15. November 1971 in den Jagdbezirken der Städte Frankfurt a. M. und Wiesbaden und der Kreise Groß-Gerau, Main-Taunus, Obertaunus und Rheingau zugelassen.

Darmstadt, 13. 9. 1971

Der Regierungspräsident
VII 9 — J 21.1

StAnz. 40/1971 S. 1634

1355**Bekanntmachung über die Aufnahme der Rechtsform und die Änderung des Stiftungszwecks in der Verfassung der „Günther-Stiftung“, Sitz Frankfurt am Main**

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) habe ich am 30. 8. 1971 auf Antrag des Verwaltungsausschusses die §§ 1 und 2 der Verfassung der „Günther-Stiftung“ unter gleichzeitiger Neufassung der Stiftungsverfassung wie folgt geändert:

„§ 1

Die Stiftung führt den Namen

Günther-Stiftung.

Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt a. M.

§ 2

Die Stiftung bezweckt,

- den Betriebsangehörigen der Firma Günther & Co. zu Frankfurt a. M. sowie deren inländischen Neben- und Beteiligungsgesellschaften eine zusätzliche Alters-, Invaliden- oder Hinterbliebenenrente zu gewähren,
- den Betriebsangehörigen der Firma Günther & Co. sowie deren inländischen Neben- und Beteiligungsgesellschaften in Fällen der Not und Bedürftigkeit einmalige oder laufende Unterstützungen zu gewähren,
- die Förderung der in Ausbildung stehenden Betriebsangehörigen der Firma Günther & Co. sowie deren inländischen Neben- und Beteiligungsgesellschaften.

Als Betriebsangehörige im vorstehenden Sinne gelten auch ehemalige Betriebsangehörige sowie Witwen und Waisen von Betriebsangehörigen.

Für die Voraussetzungen und die Höhe der Renten, Unterstützungen und Förderungsbeiträge gelten die Verfassung sowie die vom Stiftungsvorstand aufgestellten Richtlinien.“

Darmstadt, 14. 9. 1971

Der Regierungspräsident
III 6 — 25 d 04/11 (2) — 49
StAnz. 40/1971 S. 1634

1356**Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln**

Bei der Gemeinde Trösel/Kreis Bergstraße sind folgende Dienstsiegel in Verlust geraten:

1. Dienstsiegel der Gemeinde (Durchmesser 24 mm) mit der Aufschrift „Gemeinde Trösel, Kreis Bergstraße“ und dem Landeswappen;
2. Dienstsiegel des Standesamtes (Durchmesser 24,5 mm) mit der Aufschrift „Der Standesbeamte in Trösel, Kreis Bergstraße“ und dem Landeswappen;
3. Dienstsiegel der Ausgabestelle für die Versicherungskarten (Durchmesser 24 mm) mit der Aufschrift „Gemeinde Trösel, Kreis Bergstraße, Kartenausgabestelle der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten“.

Die vorstehenden Dienstsiegel werden hiermit für ungültig erklärt. Jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Darmstadt, 14. 9. 1971

Der Regierungspräsident

I 1 — 5 e 08/13 (22)

StAnz. 40/1971 S. 1635

1357**Bekanntmachung über die Aufhebung der Stiftung „Hospital in Schlüchtern“, Sitz Schlüchtern**

Auf Grund des § 9 Hessisches Stiftungsgesetz vom 4. 4. 1966 (GVBl I S. 77) habe ich auf Antrag des Stiftungsvorstandes am 9. 9. 1971 die Stiftung „Hospital in Schlüchtern“ aufgehoben.

Das Stiftungsvermögen fällt an die Evangelische Kirchengemeinde in Schlüchtern, die es nach Ablauf des Liquidationsjahres und nach Anhörung des Magistrates der Stadt Schlüchtern für die freie Wohlfahrtspflege zu verwenden hat. Zur ordnungsgemäßen Unterbringung der sich zur Zeit noch im Hospital befindenden Personen hat sich die Stadt Schlüchtern verpflichtet.

Darmstadt, 15. 9. 1971

Der Regierungspräsident

III 6 — 25 d 04/11 (21) — 1

StAnz. 40/1971 S. 1635

1358**KASSEL****Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Zierenberg, Krs. Wolfhagen****I.**

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Zierenberg wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—22) für deren Trinkwassergewinnungsanlagen gem. § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff.) in Zonen unterteilte Wasserschutzgebiete festgesetzt.

Die Wasserschutzgebiete umfassen:

I. beim Bohrbrunnen**a) im Fassungsbereich (Zone I)**

das Grundstück Gemarkung Oelshausen, Flur 3, Flurstück 1 teilw.,

b) in der engeren Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Oelshausen, Flur 3, Flurstücke 1 teilw., 2, 17 teilw., 18/1, 18/2, 19, 20, 93, 94 teilw., 99 teilw., Gemarkung Wenigenhasungen, Flur 7, Flurstücke 28, 29/1, 29/2, 30—33, 93 teilw., Gemarkung Burghasungen, Flur 16, Flurstücke 1/1 teilw., 6/1, 26 teilw.,

c) in der weiteren Schutzzone (Zone III A und Zone III B)**1. in der Zone III A**

Teile der Gemarkung Burghasungen und Oelshausen (Stadtteile der Stadt Zierenberg) und der Gemarkung Wenigenhasungen (Stadtteil der Stadt Wolfhagen)

2. in der Zone III B

Teile der Gemarkung Altenhasungen und Wenigenhasungen (Stadtteile der Stadt Wolfhagen) und der Gemarkungen Burghasungen und Oelshausen (Stadtteile der Stadt Zierenberg).

II. bei der Quellfassung „Nordbruch“**a) im Fassungsbereich (Zone I)**

das Grundstück Gemarkung Zierenberg, Flur 8, Flurstück 1/33 teilw.,

b) in der engeren Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Zierenberg, Flur 7, Flurstücke 86/53, 56/1, 89/57, 95/78, 104/83, Flur 8, Flurstücke 1/1, 1/33 teilw.,

c) in der weiteren Schutzzone (Zone III)

einen Teil der Gemarkung Zierenberg

III. bei der Quellfassung „Schlittenbahn“**a) im Fassungsbereich (Zone I)**

das Grundstück Gemarkung Zierenberg, Flur 25, Flurstück 10/1 teilw.,

b) in der engeren Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Zierenberg, Flur 25, Flurstücke 10/1 teilw., 11/5, 12/5 teilw.,

c) in der weiteren Schutzzone (Zone III)

einen Teil der Gemarkung Zierenberg

IV. bei der Quellfassung „Friedrichsauer“**a) im Fassungsbereich (Zone I)**

das Grundstück Gemarkung Zierenberg, Flur 25, Flurstück 10/1 teilw.,

b) in der engeren Schutzzone (Zone II)

das Grundstück Gemarkung Zierenberg, Flur 25, Flurstück 10/1 teilw.,

c) in der weiteren Schutzzone (Zone III)

einen Teil der Gemarkung Zierenberg

V. bei der Quellfassung „Heilersbach“**a) im Fassungsbereich (Zone I)**

die Grundstücke Gemarkung Zierenberg, Flur 9, Flurstück 43 teilw., 44 teilw., 114 teilw.,

b) in der engeren Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Zierenberg, Flur 8, Flurstück 1/33 teilw., Flur 9, Flurstücke 41/2, 41/3, 43 teilw., 44 teilw., 51—55, 91 teilw., 114 teilw., 115;

c) in der weiteren Schutzzone (Zone III)

einen Teil der Gemarkung Zierenberg.

Die topographische Übersichtskarte (M 1 : 25 000) sowie die Lagepläne (M 1 : 2000 und M 1 : 4000), in denen die Zone I rot, die Zone II blau und die Zone III und III A orange, die Zone III B gelb abgegrenzt sind, sind Bestandteile dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung beim Regierungspräsidenten in Kassel — Wasserbuchbehörde — niedergelegt; weitere Ausfertigungen befinden sich beim Landrat in Wolfhagen — Untere Wasserbehörde —, beim Kreis Ausschuss des Landkreises Wolfhagen — Kreisbauamt — in Wolfhagen, beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel, beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, bei der Hess. Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, beim Katasteramt in Wolfhagen, beim Magistrat der Stadt Wolfhagen und beim Magistrat der Stadt Zierenberg.

Eine topographische Übersichtskarte ist im übrigen mit dieser Anordnung im Staats-Anzeiger abgedruckt.

Die Anordnung gilt ab 1. Oktober 1971.

II.

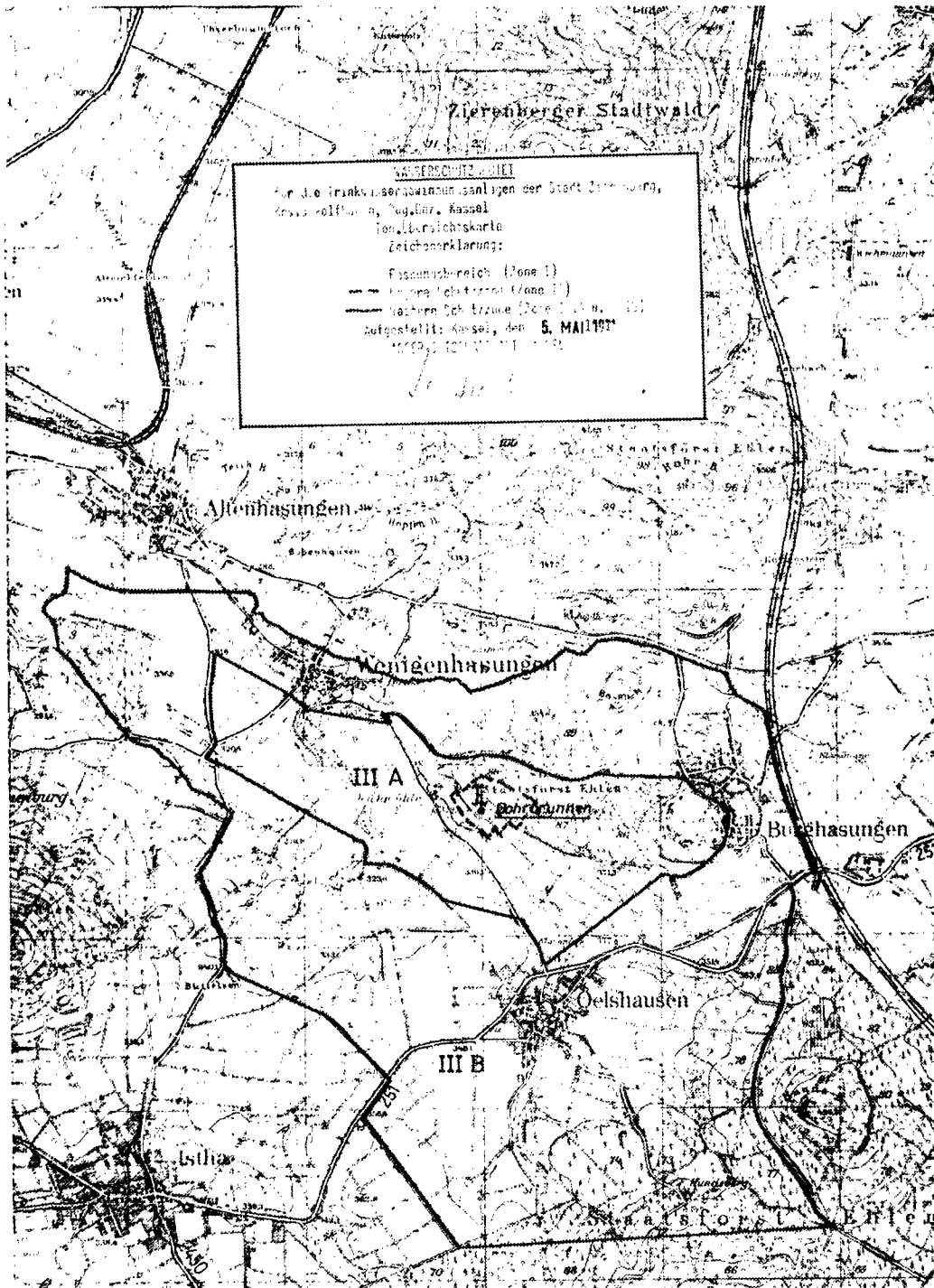
Innerhalb der Schutzzone sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann.

Im einzelnen gelten folgende Schutzvorschriften:

a) Im Fassungsbereich:

sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten des Fassungsbereichs durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;



**Wasserschutzgebiet
„Bohrbrunnen“ für die
Trinkwassergewinnungs-
anlagen der Stadt
Zierenberg, Kreis
Wolfhagen**

4. jegliche Nutzung des Fassungsbereichs, insbesondere Beweidung desselben; eine etwaige Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der im Fassungsbereich liegenden Grundstücke werden verpflichtet zu dulden, daß der Fassungsbereich eingezäunt, mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig gepflegt wird sowie an der Umzäunung Hinweisschilder aufgestellt werden.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die bei b) und c) aufgeführt sind.

b) In der engeren Schutzzone

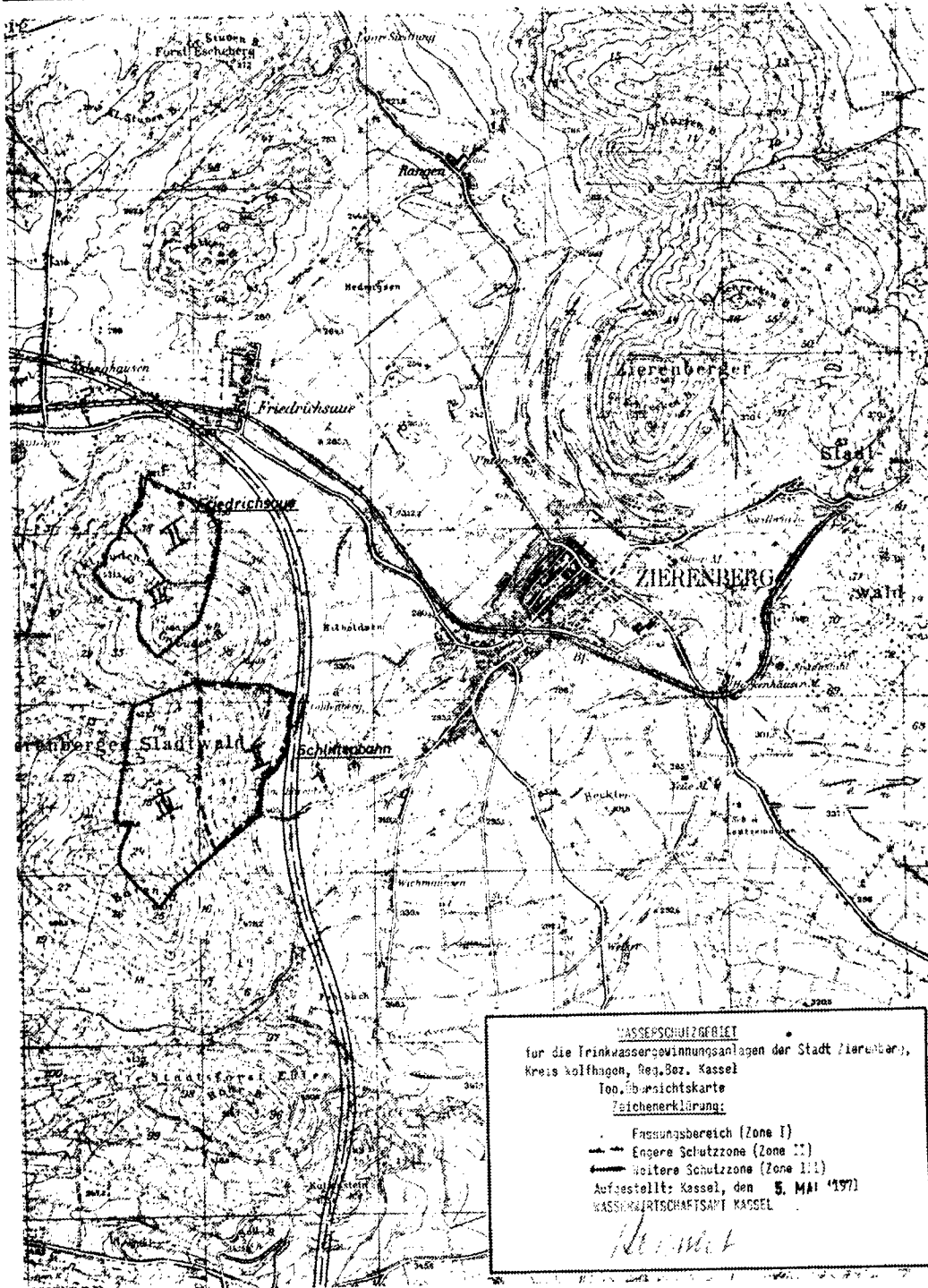
sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;
2. die Bebauung;
3. der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt;
4. die Ablagerung von Schutt und Abfallstoffen;
5. das Vergraben von Tierleichen;



**Wasserschutzgebiet
„Nordbruch“ und
„Heilerbach“ für die
Trinkwassergewinnungs-
anlagen der Stadt
Zierenberg, Kreis
Wolfhagen**

6. die Anlage von Gärfuttermieten;
7. das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen;
8. das Zelten — auch Benutzen von Wohnwagen —, das Lagern und Baden;
9. das unterirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.);
10. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
11. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus Steinzeugrohren oder Schleuderbetonrohren bestehen, die nach DIN 4038 an den Verbindungsstellen gedichtet worden sind;
12. die animalische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsgebiet besteht;
13. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
14. das Lagern von Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und aufwuchshemmender Stoffe;
15. die Neuanlage von befestigten für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengraben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;



**Wasserschutzgebiet
 „Schlitzenbahn“ und
 „Friedrichsau“ für die
 Trinkwassergewinnungs-
 anlagen der Stadt
 Zierenberg, Kreis
 Wolfhagen**

16. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die unter c) aufgeführt sind.

c) In der weiteren Schutzzone sind folgende Handlungen verboten:

In der Zone III und in der Zone III A

1. die Anlage von Abwasserverregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
3. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hauskläranlagen);
4. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;

5. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;

6. das Ablagern und Abfüllen von Öl- und Treibstoff ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;

7. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;

8. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden

Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;

b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden.

Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich, diese müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der die Undichtheiten selbsttätig mindestens optisch anzeigt;

9. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
10. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton;
11. die Errichtung abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder aufbereitet wird;
12. die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
13. die Errichtung von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
14. die Anlage neuer Friedhöfe

d) In der weiteren Schutzzone (Zone III B)

sind folgende Handlungen verboten:

1. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
2. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
3. die Verlegung von Treibstoff- und Ölleitungen;
4. die Errichtung von abwassergefährlichen Betrieben, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder aufbereitet wird.

III.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

Kassel, 5. 8. 1971

Der Regierungspräsident
III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 120)
In Vertretung
gez Dr. K r u g

StAnz. 40/1971 S. 1635

Buchbesprechungen

Hessische Verfassungs- und Verwaltungsgesetze. Textsammlung hessischer Gesetze und Verordnungen staats- und verwaltungsrechtlicher Inhalts. Herausgegeben von Dr. Eberhard Fuhr, Verwaltungsgerichtsdirektor a. D., und Erich Pfeil, Ministerialdirektor a. D., Erster Landesdirektor des Landeswohlfahrtsverbandes. 22. Ergänzungslieferung. 1971. 480 S., 23,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die vorliegende Ergänzungslieferung bringt die Gesetzessammlung in ihrer ersten Hälfte auf den Stand vom 1. Februar 1971, zum Teil auch schon darüber hinaus. Die übrigen Änderungen werden mit der nächsten Lieferung erfolgen.

An wichtigen neuen Rechtsvorschriften sind insbesondere zu nennen: das Datenschutzgesetz vom 7. Oktober 1970, das Hochschulgesetz vom 12. Mai 1970 (mit Änderung vom 9. März 1971), das Universitätsgesetz und das Gesetz über Volkshochschulen, beide vom gleichen Tage, das Fachhochschulgesetz und das Kunsthochschulgesetz vom 15. Juli 1970, das Gesetz zur Vorbereitung einer Gemeinde- und Kreisreform (Vorschaltgesetz) vom 4. Februar 1971, die Hessische Landeshaushaltsordnung und das Gesetz über den Hessischen Rechnungshof. Neu aufgenommen sind ferner das Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren vom 5. Oktober 1970, das Gesetz über vermögenswirksame Leistungen für Beamte vom 7. Oktober 1970 und das Gesetz über den Hessischen Investitionsfonds vom 13. Juli 1970. Erwähnt sei auch die Neufassung des Hessischen Besoldungsgesetzes. Im übrigen berücksichtigt die Lieferung in dem angegebenen Umfang alle rechtsändernden Vorschriften.

Leitfaden zur neuen Straßenverkehrs-Ordnung von Dr. Walter Karch, Senatspräsident i. R. 1971. Rd. 160 S., kart. 6,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die Vorarbeiten zu der am 1. 3. d. J. in Kraft getretenen neuen StVO standen seit langer Zeit unter dem Leitgedanken, daß die Regelung eine „Unfallverhütungsvorschrift“ für die Straße werden müsse. Die jährlich steigenden Unfallzahlen waren eine sehr eindringliche Mahnung, diesem Erfordernis alle anderen gesetzestechnischen Überlegungen unterzuordnen; denn es war klar, daß nur eine Rechtsvorschrift, die weitgehend in das Bewußtsein der betroffenen Verkehrsteilnehmer eindringt („Volksgesetz“), die Grundlage für ein verkehrsgemäßes und angepaßtes Verhalten der einzelnen Teilnehmer am Straßenverkehr zu bilden vermag. Dementsprechend war bei der Formulierung der StVO davon auszugehen, daß zunächst die unfallträchtigen Verhaltensweisen eingehend geregelt werden mußten (Geschwindigkeit, Abstand, Überholen, Vorbeifahren, Nebeneinanderfahren, Vorfahrt, Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren usw.). Hierzu mußte man von dem Grundprinzip der alten StVO abgehen, nämlich die einzelnen Verkehrsarten (Fahrzeugverkehr, Kraftfahrzeugverkehr, Radfahrer, Fußgänger, Tiere, Reiter) jeweils gesondert zu behandeln. Nur an einzelnen Stellen (z. B. Autobahnverkehr, Fußgänger und Verhalten an Fußgängerüberwegen) hat man im Interesse des besseren Verständnisses auch bei der neuen StVO hiervon Abstand genommen.

Der von Senatspräsident Karch vorgelegte Leitfaden berichtet unter schwerpunktmäßiger Behandlung der wichtigeren Verkehrsvorgänge vor allem über die Neuerungen. Er zeigt immer wieder die Querverbindungen der einzelnen Bestimmungen auf, insbesondere bringt er die allgemeinen Verhaltensnormen stets in Verbindung zu den abweichenden oder ergänzenden Regeln der Verkehrszeichen.

Er nimmt es dabei bewußt in Kauf, daß verschiedene Einzelheiten mehrmals zur Sprache kommen, da manche der neuen Vorschriften in mehrere Zusammenhänge gehören. Die Erläuterungen sind nicht eine Wiedergabe des Gesetzestextes mit anderen ausführlichen Worten, sondern an vielen Stellen gibt Karch auch seiner Meinung zu — bewußt oder unbewußt — nicht oder nur unvollständig geregelten Problemen Ausdruck. Daß er hierbei teilweise Ansichten vertritt, die der herrschenden Meinung (z. B. Parken in 2. Reihe — S. 51 —; zeitlich unbeschränktes Parken an Parkuhren zum Zwecke des Ein- oder Aussteigens und Be- oder Entladens — Seite 56 —) oder sogar dem klaren Gesetzeswortlaut (z. B. Pflicht zur Benutzung der Fahrtrichtungsanzeiger gem. § 7 Satz 3 StVO, auch wenn keine „Schlangenbildung“ entsprechend § 7 Satz 1 vorliegt) entgegenstehen, mindert keineswegs die Qualität der Erläuterungen, sondern befruchtet sicherlich die nunmehr in Gang kommende Klärung der umstrittenen Fragen, die letztlich oftmals erst durch obergerichtliche oder höchstrichterliche Entscheidungen geklärt werden können. Karch fügt seinem Leitfaden den Text der StVO in Form eines Sonderdrucks aus dem „Schönfelder“ an. Die VwV-StVO ist nicht mit aufgenommen worden. Dafür sind im Anhang den Bestimmungen der alten StVO die entsprechenden neuen Vorschriften gegenübergestellt, so daß für denjenigen, der mit dem alten Recht vertraut war, die Arbeit erleichtert wird. Ein Inhaltsverzeichnis dient dem praktischen Nutzen dieses in die neuregelte Rechtsmaterie gut einführenden Leitfadens.

Allgemeine Staatslehre und Deutsches Staatsrecht. Von Verwaltungsschuldirektor Dr. Hugo B u B. 6. Auflage 1971, 189 Seiten, DIN A 5, 4 Karten, 14,80 DM. Maximilian-Verlag, Herford.

Das vorliegende Buch von Buß gibt in seinem Ersten Teil eine allgemeine Einführung in die Rechtswissenschaft. Dabei werden die Grundbegriffe der Rechtswissenschaft (Rechtssatz, Rechtsquellen usw.) erläutert und die Systematik des Rechts, insbesondere des öffentlichen Rechts, dargelegt. Im Zweiten Teil werden die Grundlagen der Allgemeinen Staatslehre behandelt. Staatsbegriff, Staatselemente und Staatsformen stehen hier im Mittelpunkt der Ausführungen. Der Dritte Teil widmet sich der Deutschen Verfassungsgeschichte von den ersten Anfängen bis zur Entstehung des Bonner Grundgesetzes. Im Vierten Teil wird schließlich das Deutsche Staatsrecht und im Fünften Teil die Verfassung ausländischer Staaten und das Völkerrecht behandelt.

Die 6. Auflage des Buches von Buß war erforderlich geworden, nachdem sich seit der Voraufgabe nicht zuletzt im Deutschen Staatsrecht durch Notstandsverfassung und Finanzreform erhebliche Änderungen ergeben haben. Auch machte die neue Verfassung der DDR aus dem Jahre 1968 eine Überarbeitung des betroffenen Abschnitts notwendig.

Das Buch eignet sich sowohl für den sozialkundlichen Unterricht im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen als auch für Verwaltungs- und Sparkassenschulen. Insbesondere beim Unterricht in den Verwaltungseminaren kann es in den Fachgebieten „Staatskunde“ und „Politische Geschichte“ ein nützlicher Helfer sein. Das gilt besonders deshalb, weil es in den Ausführungen über die „Deutsche Verfassungsgeschichte“ die Wurzeln und Ursprünge heutiger verfassungsrechtlicher Regelungen erkennen läßt.

Regierungsdirektor Dr. Rolf G r o ß

Veröffentlichungen

3158

Verlegung eines Teiles des öffentlichen Weges in der Gemarkung 6492 Sterbfritz, Flur 20, Flurstück 91/61.

Der in der Gemarkung 6492 Sterbfritz gelegene öffentliche Weg — Lenkweg — Flur 20, Flurstück 91/61, wird im Zuge einer Trassenänderung in der Größe von 1455 qm eingezogen. Damit soll Industriegelände, zu beiden Seiten des Wegestückes gelegen, vereinigt werden.

Die Trassenänderung erfolgt über den öffentlichen Weg, Flur 20, Flurstück 60, und ein zugemessenes Wegestück in der Größe von 439 qm wieder nach dem öffentlichen Weg, Flur 20, Flurstück 91/61, hin, der mit dieser Trassenänderung die neue Bezeichnung, Flur 20, Flurstück 61/1, erhält.

Die Umwegung mit einer Verlängerung von ca. 40 lfd. m ist in Anbetracht der geringen Benutzung dieses Weges zumutbar.

Gemäß § 6 Abs. 3 und § 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. 10. 1962 (GVBl. Seite 437) wird die Einziehung mit Verlegung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Einsprüche gegen dieses Vorhaben sind innerhalb von 3 Monaten, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab, bei dem Gemeindevorstand in Sterbfritz einzulegen.

Die Flurkarte kann auf der Bürgermeisterei eingesehen werden
6492 Sterbfritz, 24. 9. 1971

Der Gemeindevorstand

3159

Einziehung des Teiles eines öffentlichen Weges; Gemarkung Sterbfritz, Flur 20, Flurstück 63/2, Icasstraße.

Der in der Gemarkung 6492 Sterbfritz gelegene Weg — Icasstraße — Flur 20, Flurstück 63/2, wird in einem Teilstück in der Größe von 2141 qm mit Wirkung vom 31. 12. 1971 eingezogen. Damit soll Industriegelände, zu beiden Seiten des Weges gelegen, vereinigt werden, um die Nutzung voll ausschöpfen zu können.

Der geringe außerindustrielle Verkehr kann ohne nennenswerten Zeitverlust über die Parallelstraße — Bergstraße — Flur 20, Flurstück 65/1, erfolgen. Mit dem Zeitpunkt 31. 12. 1971 endet für dieses Teilgrundstück die Eigenschaft als öffentlicher Weg.

Gemäß § 6 Abs. 3 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 (GVBl. S. 437) wird die Einziehung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Einsprüche gegen dieses Vorhaben sind innerhalb von drei Monaten, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab, bei dem Gemeindevorstand in Sterbfritz einzulegen.

Die Flurkarte kann auf der Bürgermeisterei eingesehen werden.
6492 Sterbfritz, 24. 9. 1971

Der Gemeindevorstand

3160 Güterrechtsregister

GR 285 — 26. August 1971 — Neueintragung: Eheleute Spengler- und Installateurmeister Klaus Dieter Schenk u. Ange-

stellte Käthe Maria geb. Kokorsch, beide in Wehen/Ts.

Durch notariellen Vertrag vom 12. Juli 1971 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.
6208 Bad Schwalbach, 26. 8. 1971

Amtsgericht

3161

GR 417 — Neueintragung: Elektrotechniker Rolf Weber und dessen Ehefrau Ellen geb. Badey in Ober-Erlenbach, Emmereichshohl 12, haben durch notariellen Vertrag vom 8. Juni 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 15. 9. 1971

Amtsgericht

3162

GR 418 — Neueintragung: Angestellter Werner Otto Schmidt und dessen Ehefrau Brunhilde Helene geb. Dittmann in Bad Vilbel, Otto-Bußmann-Straße 3, haben durch notariellen Vertrag vom 25. Juni 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 15. 9. 1971

Amtsgericht

3163

GR 419 — Neueintragung: Ingenieur Manfred Zeys und dessen Ehefrau Ingeborg geb. Spiegler in Petterweil, Niddastraße 33, haben durch notariellen Vertrag vom 8. Juli 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 15. 9. 1971

Amtsgericht

3164

GR 420 — Neueintragung: Kaufmann Friedrich Steffan und dessen Ehefrau Elfriede geb. Bruchmann in Nieder-Erlenbach, Taunusblick Nr. 14, haben durch notariellen Vertrag vom 15. Juni 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 15. 9. 1971

Amtsgericht

3165

GR 421 — Neueintragung: Elektro-Ing. Peter Hauser und dessen Ehefrau Helga geb. Morgenstern in Karben, Am Tiefenborn 7, haben durch notariellen Vertrag vom 22. April 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 15. 9. 1971

Amtsgericht

3166

GR 422 — Neueintragung: Schauerbe-gestalter Dieter Lobner und dessen Ehefrau Doris Heidemarie geb. Willner, Dorteilweil, Ulmenstraße 1, haben durch notariellen Vertrag vom 27. Mai 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 9. 9. 1971

Amtsgericht

3167

GR 423 — Neueintragung: Kaufmann Erich Hans Rein und dessen Ehefrau Christa Maria Rein geb. Bott, Bad Vilbel, Schulstraße 14, haben durch notariellen Vertrag vom 19. April 1971 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 9. 9. 1971

Amtsgericht

3168

GR 314 — 14. Sept. 1971 — Neueintragung: Durch notariellen Vertrag vom 11. Juni 1971 haben der Lehrer Bernhard Janusch und Helga geb. Grünbaum in Stockheim Gütergemeinschaft vereinbart.

647 Büdingen, 14. 9. 1971

Amtsgericht

3169

GR 315 — 14. Sept. 1971 — Neueintragung: Durch notariellen Vertrag vom

30. Juli 1971 haben der Weißbinder Erwin Faust und Renate geb. Köhler in Hitzkirch Gütergemeinschaft vereinbart.

647 Büdingen, 14. 9. 1971

Amtsgericht

3170

GR 316 — 16. Sept. 1971 — Neueintragung: Durch notariellen Vertrag vom 22. Juli 1971 haben der Weißbindermeister Erwin Klier und Frau Anneliese geb. Metz in Ortenberg Gütertrennung vereinbart.

647 Büdingen, 16. 9. 1971

Amtsgericht

3171

GR 486 — 2. Sept. 1971 — Neueintragung: Eheleute Kaufmann Willi Topp und Ursula geb. Kaergel in Dillenburg.

Durch Vertrag vom 6. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

634 Dillenburg, 14. 9. 1971

Amtsgericht

3172

GR 1810 — 17. 9. 1971 — Neueintragung: Stipp, Oswald, Malermeister, und Stipp, geb. Klaper, Brunhilde.

Durch Vertrag vom 2. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (H.), 17. 9. 1971

Amtsgericht

3173

GR 315 — Neueintragung: Hotelkaufmann Walter Ludwig Gustav Seipel und Ingrid geb. Biermann, beide wohnhaft in Bad Orb, Würzburger Straße 35.

Durch Vertrag vom 8. Juni 1971 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

646 Gelnhausen, 7. 9. 1971

Amtsgericht

3174

GR 316 — Neueintragung: Kraftfahrer Walter Herold, Bad Orb, Salmünsterer Straße 30, und Ingrid Hedwig geb. Heim, wohnhaft ebenda.

Durch notariellen Vertrag vom 3. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 7. 9. 1971

Amtsgericht

3175

GR 317 — Neueintragung: Maurer und Landwirt Otto Kaiser und Lina Hildegard (genannt: Irmgard) geb. Volz, beide wohnhaft in Birstein, Ortsteil Bösgeß, Nr. 14.

Durch Vertrag vom 3. Juli 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

646 Gelnhausen, 7. 9. 1971

Amtsgericht

3176

GR 318 — Neueintragung: Bauschlosser Albert Josef Korn in Wächtersbach, Stadtteil Neudorf, Salmünsterer Straße, und Gertrud Hedwig geb. Seipel, wohnhaft ebenda.

Durch notariellen Vertrag vom 26. Juli 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

646 Gelnhausen, 7. 9. 1971

Amtsgericht

3177

GR 492 — 21. 9. 1971: Mineralwasserfabrikant Ernst Schindel und Therese geb. Alsheimer, wohnhaft in Weyhers (Krs. Fulda), Am Sauerbrunnen 65.

Durch notariellen Vertrag vom 23. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6412 Gersfeld, 21. 9. 1971

Amtsgericht Fulda

Zweigstelle Gersfeld

3178

41 GR 1294 — 17. 8. 1971: Eheleute Kaufmann Walter Kropp und Gisela geb. Dille-muth in Schöneck haben durch Vertrag

vom 8. 6. 1971 Gütertrennung vereinbart.
645 Hanau (Main), 20. 8. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3179

41 GR 1296 — 19. 8. 1971: Eheleute Fahrzeugbauer Karl Rudi Huth und Sonja geb. Lang in Hanau haben durch Vertrag vom 28. 6. 1971 Gütertrennung vereinbart.
645 Hanau (Main), 10. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3180

41 GR 1297 — 19. 8. 1971: Eheleute Kaufmann Peter Alzuhn und Roswitha geb. Werries in Erlensee haben durch Vertrag vom 14. Juni 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 13. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3181

41 GR 1298 — 19. 8. 1971: Eheleute cand. med. Gerd Hellbach und Waltraud geb. Lach gesch. Heeg in Hanau haben durch Vertrag vom 18. 2. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 13. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3182

41 GR 1299 — 26. 8. 1971: Eheleute Kaufmann Hermann Brode und Lore geb. Dörfler in Hanau haben durch Vertrag vom 22. 7. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 10. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3183

41 GR 1300 — 7. 9. 1971: Eheleute Kaufmann Karlheinz Leder und Gabriele geb. Meckel in Rodenbach haben durch Vertrag vom 9. 8. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 10. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3184

41 GR 1301 — 13. 9. 1971: Eheleute Kaufmann Horst Engelbert Scheerer und Doris geb. Rothard, in Hanau haben durch Vertrag vom 29. 6. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 20. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3185

41 GR 1302 — 13. 9. 1971: Eheleute Kaufmann Manfred-Jürgen Hensel und Sieghilde Luise Wilhelmine geb. Busch, in Bruchköbel haben durch Vertrag vom 6. Mai 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 20. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

3186

GR 282 — 16. September 1971: Maschinenschlosser Stefan Eckmayer und Waltraud geb. Polmans, 6349 Fleisbach, Schubertstraße 2.

Durch Ehevertrag vom 23. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Herborn, 16. 9. 1971

Amtsgericht

3187

GR 490: Eheleute Waldfacharbeiter Adam Helmut Fischer und Anneliese geb. Faust, beide in Haunetal-Oberstoppel, Haus Nr. 1.
Durch Vertrag vom 14. August 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 1. 9. 1971

Amtsgericht

3188

GR 491: Eheleute Malermeister Karl Rainer Bräuning und Kerstin geb. Wurzer, beide in Hünfeld, Fuldaer Berg 34.

Durch Vertrag vom 12. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 6. 9. 1971

Amtsgericht

3189

GR 492: Eheleute Zimmermann Karl Adam Herbst und Ingeborg Anna geb. Nophut, beide in Eiterfeld, Ortsteil Bettenrod, Haus Nr. 12.

Durch Vertrag vom 1. Juli 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 6. 9. 1971

Amtsgericht

3190

GR 493: Eheleute Kraftfahrer Hubert Michel und Gisela geb. Muth, beide in Eiterfeld-Großentaft, Hauptstraße 8.

Durch Vertrag vom 3. August 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 13. 9. 1971

Amtsgericht

3191

8 GR 214: Heinrich Stöter-Tillmann und Leonore Stöter-Tillmann, geb. Ludwiczak, beide wohnhaft in Stadt Allendorf, Rheinstraße 14—20.

Durch notariellen Vertrag vom 21. August 1971 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben und Gütertrennung (§ 1414 BGB) vereinbart worden.

357 Kirchhain, 17. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 8

3192

8 GR 632 — 13. September 1971 — Neueintragung: Eheleute Bankprokurist Wolfgang Jantzen und Melitta Jantzen geb. Stumpf, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 20. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 20. 9. 1971

Amtsgericht

3193

8 GR 633 — 15. September 1971 — Neueintragung: Eheleute Dipl.-Ing. Ulrich Gehrke und Renate Gehrke geb. Brücke, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 23. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 20. 9. 1971

Amtsgericht

3194

8 GR 634 — 23. Sept. 1971 — Neueintragung: Eheleute Kaufmann Hanns-Jürgen Peter Walden und kaufm. Angst. Martha Maria Walden geb. Danner, beide wohnhaft in Schloßborn (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 15. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Ts.), 4. 9. 1971

Amtsgericht

3195

4 GR 434 — 10. Sept. 1971 — Neueintragung: Heinz Schäfer, Schlosser, und Jutta Carmen geb. Koch, Anwaltsgehilfin, Langen.

Durch Vertrag vom 26. August 1971 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben.

607 Langen, 10. 9. 1971

Amtsgericht

3196

GR 4136 — 20. 9. 1971: Eheleute Helmut Harbach und Claudia Maria Franziska geb. Hanhart, Offenbach/Main.

Durch notariellen Vertrag vom 8. 7. 1971 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen.

GR 4137 — 20. 9. 1971: Eheleute Rolf Hugo August Herrel und Dagmar Katharina geb. Werbig, Offenbach (Main).

Durch notariellen Vertrag vom 23. 8. 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4138 — 20. 9. 1971: Eheleute Gustav Behrend und Gertrude Marie geb. Zorbach, Heusenstamm.

Durch notariellen Vertrag vom 14. 7. 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

605 Offenbach (M.), 20. 9. 1971

Amtsgericht Abt. 5

3197

4 GR 473 — 22. September 1971: Eheleute Zahntechniker Rolf Rüdiger Adolf Macherey und Karola Gerda Macherey geb. Arnold, Weilburg, Im Lindenstrauch.

Durch notariellen Vertrag vom 17. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

629 Weilburg, 21. 9. 1971

Amtsgericht

3198

GR 665: Eheleute Verwaltungsangestellter Dieter Stützel und Elsbeth Stützel, geb. Debus, aus 6334 Ablar, Mittelstraße 27.

Durch notariellen Vertrag vom 5. August 1971 — Urkundenrolle Nr. 69/71 des Notars Rolf Coester, Ablar — ist Gütergemeinschaft vereinbart.

633 Wetzlar, 9. 9. 1971

Amtsgericht

3199

3 GR 395 — Neueintragung: Arbeiter Wolfgang Herbold und Waltraud Herbold geb. Kulle, Witzenhausen, Walburger Str. Nr. 22.

Durch Vertrag vom 31. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

343 Witzenhausen, 22. 9. 1971

Amtsgericht

3200

1 GR 141 — 1. 9. 1971: Eheleute Diplom-Techniker Horst Rose und Edelgard Rose geb. Dauber in Zierenberg, Leipziger Straße 23.

Durch Vertrag vom 16. Juni 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

3549 Wolfhagen, 14. 9. 1971

Amtsgericht

3201 Handelsregister

HRB 21 — 3. August 1971 — Veränderung: Seniorhilfe Romrod GmbH, Romrod (Kr. Alsfeld). Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 22. Mai 1971 ist § 2 des Gesellschaftsvertrages — Ergänzung durch Absatz 3 — geändert.

HRB 22 — 3. August 1971: Umformtechnik Kellermann GmbH, Alsfeld. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 12. Juni 1971 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in § 4 — Stammkapital.

HRB 15 — 3. August 1971 — Löschungen: IMA, Industrie-Maschinen-Apparatebau GmbH, Nieder-Ohmen, Kr. Alsfeld. Gesellschaft gemäß § 2 des Gesetzes vom 9. Oktober 1934 wegen Vermögenslosigkeit von Amts wegen gelöscht.

632 Alsfeld, 15. 9. 1971

Amtsgericht

3202

HRB 1015 — Veränderung: 13. September 1971, Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung Hans Menke, Zierenberg.
Frau Irmgard Menke geb. Holzki ist nicht mehr Geschäftsführerin.

3549 Wolfhagen, 13. 9. 1971

Amtsgericht

3203

HRA 1019 — Veränderung: 13. September 1971, Markthalle Ernst Lehmann OHG, Lebensmittel- und Feinkosthandlung, Wolfhagen.
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Jetzt Einzelfirma. Die Firma ist geändert in: „Lebensmittel- und Feinkosthandlung Berta Lehmann.“

3549 Wolfhagen, 13. 9. 1971

Amtsgericht

3204

HRA 1042 — Löschungen. Brede, Schmand & Co., Volkmarsen.
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

3549 Wolfhagen, 29. 7. 1971

Amtsgericht

3205

1 HRA 1028 — **Veränderungen:** Konrad Böttger, Kommanditgesellschaft, Ziegelei und Baustoffgroßhandlung.

Die Firma ist geändert in: Konrad Böttger, Kommanditgesellschaft, Baustoffgroßhandlung, Fliesenfachgeschäft, Bauelemente.

3549 Wolfhagen, 29. 7. 1971 **Amtsgericht**

3206

1 HRA 1071 — **Veränderungen:** Johannes Rörig, Wolfhagen, Einzelprokuristin: Gerda Rörig geb. Vossebein in Wolfhagen.

Gesamtprokuristen derart, daß diese jeweils nur mit einem der anderen Prokuristen vertretungsberechtigt sind:

a) Friedrich Götte in Wolfhagen,

b) Georg Kimm in Martinhagen.

3549 Wolfhagen, 29. 7. 1971 **Amtsgericht**

3207

HRA 1091 — Heinrich Albert, Ziegelei, Balhorn, Kreis Wolfhagen (Naumburger Straße 23).

Die Firma ist erloschen.

3549 Wolfhagen, 10. 8. 1971 **Amtsgericht**

3208

HRA 1105 — **Neueintragung:** 4. August 1971: Willi Sälzer, Niederlistingen (Holländische Str. 47). Inh. Kaufmann Willi Sälzer, Niederlistingen.

3549 Wolfhagen, 4. 8. 1971 **Amtsgericht**

3209

1 HRA 1106 — **Neueintragung:** in vorm-Baugesellschaft mit beschränkter Haftung Volkmarshen & Co. Montagebau Kommanditgesellschaft in Volkmarshen.

Kommanditgesellschaft. Beginn 15. 10. 1970.

Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Firma „in vorm-Baugesellschaft mit beschränkter Haftung Volkmarshen.“ Drei Kommanditisten.

Einzelprokurist: Wirtschaftsingenieur Kurt Holzapfel, Minden i. W.

3549 Wolfhagen, 4. 8. 1971 **Amtsgericht**

3210 Vereinsregister

VR 239 — 30. August 1971 — **Neueintragung:** Pony- und Kleinpferdefreunde mit dem Sitz in Bad Schwalbach (Taunus).

6208 Bad Schwalbach, 30. 8. 1971 **Amtsgericht**

3211

VR 243 — 30. Aug. 1971 — **Neueintragung:** Reitclub Schanze mit dem Sitz in Wambach.

6208 Bad Schwalbach, 30. 8. 1971 **Amtsgericht**

3212

VR 131 — 14. 9. 1971 — **Neueintragung:** Motorsportclub Hausen-Oes. Sitz: Hausen-Oes.

6308 Butzbach, 14. 9. 1971 **Amtsgericht**

3213

6 VR 321 — 14. 9. 1971 — **Neueintragung:** Werkstätte für Behinderte e. V., Eschwege, Eschwege.

344 Eschwege, 14. 9. 1971 **Amtsgericht**

3214

VR 67 — 15. 9. 1971 — **Neueintragung:** Kneipp-Verein Frankenberg e. V., 3558 Frankenberg, Breslauer Straße 12.

Die Satzung ist am 3. 5. 1971 errichtet.

3558 Frankenberg, 15. 9. 1971 **Amtsgericht**

3215

VR 382 — 13. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Institut für berufliche und politische Bildung, Friedberg/Hessen.

636 Friedberg (H.), 13. 9. 1971 **Amtsgericht**

3216

VR 363 — **Neueintragung:** Verkehrsverein Birstein eingetragener Verein in Birstein.

646 Gelnhäuser, 24. 9. 1971 **Amtsgericht**

3217

VR 106 — Musikverein „Elzer Musikanten e. V.“ Sitz: Elz.

6253 Hadamar, 17. 9. 1971 **Amtsgericht**

3218

41 VR 548 — 21. 9. 1971: Sport-Verein Erlensee 1969, Sitz: Erlensee.

645 Hanau (Main), 21. 9. 1971 **Amtsgericht, Abt. 41**

3219

41 VR 549 — 21. 9. 1971: Club International, Sitz: Hanau.

645 Hanau (Main), 21. 9. 1971 **Amtsgericht, Abt. 41**

3220

41 VR 550 — 21. 9. 1971: Verein zur Förderung neuer Wohnformen, Sitz: Dörnigheim.

645 Hanau (Main), 21. 9. 1971 **Amtsgericht, Abt. 41**

3221

4 VR 307 — **Neueintragung:** Angelsportverein 1970 Götzenhain, Götzenhain.

607 Langen, 13. 9. 1971 **Amtsgericht**

3222

VR 851 — 23. September 1971 — **Neueintragung:** Kleingartenverein Cappel. Sitz: Cappel.

3550 Marburg (Lahn), 20. 23. 9. 1971 **Amtsgericht**

3223 Vergleiche — Konkurse

6a N 471: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Herrn Helmut Gäbler in Seulberg (Ts.), Im Dammwald Nr. 3, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters: 600,— DM, seine Auslagen: 20,— DM.

638 Bad Homburg v. d. H., 16. 9. 1971 **Amtsgericht**

3224

N 1871 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Firma Bauelemente für Steuerungstechnik und Regeltechnik GmbH & Co. KG in 6368 Bad Vilbel wird heute, am 17. September 1971, um 12.00 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Betriebsberater Klaus H. Weiss in Nieder-Erlenbach, Höhenweg 9.

Konkursforderungen sind bis zum 8. Oktober 1971 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 19. Oktober 1971, um 8.30 Uhr — Prüfungstermin am 9. November 1971 um 8.30 Uhr — vor dem Amtsgericht Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132, Zimmer 1. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 8. Oktober 1971 ist angeordnet.

6368 Bad Vilbel, 17. 9. 1971 **Amtsgericht**

3225

4 N 24/68: Im **Anschlußkonkursverfahren** über das Vermögen des Bau- und Möbelschreiners Adam Burger in Ober-Beerbach ist eine Gläubigerversammlung einberufen auf 13. Oktober 1971 um 14.30 Uhr im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstr. 26, Zimmer 203.

Tagesordnung: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Bericht des Konkursverwalters über a) Verwaltung und Verwertung der Masse, b) die Frage,

ob das Gesamtgut der zwischen dem Gemeinschuldner und seiner Ehefrau bestehenden Gütergemeinschaft zur Konkursmasse gehört und über die sich aus der eventuellen Nichtzugehörigkeit ergebenden Folgen.

614 Bensheim, 20. 9. 1971 **Amtsgericht**

3226

4 N 30/69: Im **Anschlußkonkursverfahren** über das Vermögen der Firma Huba KG in Lorsch ist Termin zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin bestimmt auf 14. Oktober 1971 um 13.30 Uhr vor dem Amtsgericht in Bensheim, Wilhelmstr. 26, Zimmer 203.

Der Termin dient ferner zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters. Der Zwangsvergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 2500,— DM, die ihm zu erstatten- den Auslagen sind auf 281.40 DM festgesetzt.

614 Bensheim, 20. 9. 1971 **Amtsgericht**

3227

4 N 670: Das **Anschlußkonkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Peter Vis in Ober-Laudenbach ist aufgehoben, nachdem der im Termin vom 18. Juni 1971 angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt und der Schlußtermin abgehalten ist.

614 Bensheim, 23. 9. 1971 **Amtsgericht**

3228

81 N 16071 — **Beschluß:** Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Hotel-Wolf, Hotel- und Gaststättenbetriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt(Main)-Nied., Mainz Landstr. 786, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: a) Vergütung — einschl. Mehrwertsteuer — auf 400,— DM, b) Auslagen auf 14,05 DM.

6 Frankfurt (Main), 10. 9. 1971 **Amtsgericht, Abteilung 81**

3229

81 N 451/70 — **Beschluß:** In dem **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 7. Juli 1971 in Frankfurt (Main) verstorbenen Rechtsanwalts Christian Theodor Lappe, zuletzt Wohnhaft Frankfurt (Main), Nesenstraße 9, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 26. Oktober 1971, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Str. 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 20. 9. 1971 **Amtsgericht, Abteilung 81**

3230

81 N 184/71 — **Beschluß:** Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Schlossermeisters Ernst Franz Croll, Inhaber eines Rolladenbetriebs, Frankfurt (Main), Hegelstraße 11, ist durch sofort wirksamen Beschluß des Landgerichts Frankfurt (Main) vom 15. September 1971 aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 20. 9. 1971 **Amtsgericht, Abteilung 81**

3231

81 N 15/71 — **Beschluß:** In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Max Hanfling, 6 Frankfurt

6 Frankfurt (Main), 20. 9. 1971 **Amtsgericht, Abteilung 81**

3231

81 N 15/71 — **Beschluß:** In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Max Hanfling, 6 Frankfurt

6 Frankfurt (Main), 20. 9. 1971 **Amtsgericht, Abteilung 81**

(Main), Falkensteiner Straße 22, alleinigen Inhabers der Firma Max Hanfling Orion-Strick- und Damenmoden für Alle, zuletzt Frankfurt (Main), Bergerstraße 111, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Verhandlung und Abstimmung über einen Zwangsvergleichsvorschlag auf den 26. Oktober 1971, um 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7—11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht für die Beteiligten niedergelegt.
6 Frankfurt (Main), 22. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 81

3232

81 N 515/67 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 5. Oktober 1967 verstorbenen Friedrich Wilhelm Schütz, zuletzt wohnhaft 6 Frankfurt (Main), Klüberstraße 22, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt. § 204 KO.
6 Frankfurt (Main), 21. 9. 1971

Amtsgericht, Abteilung 81

3233

50 N 33.65: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Walter Hammann, Kassel, Holländische Straße 207, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden (163 I KO).

Die Vergütung der Gläubigerausschußmitglieder ist auf 750,— DM festgesetzt.
35 Kassel, 20. 9. 1971

Amtsgericht

3234

5 N 10/70: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Beatex AG, Buchschlag, Am Siebenstein 8, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Montag, den 15. November 1971, um 9.00 Uhr, Saal 20, bestimmt.
6070 Langen, 23. 9. 1971

Amtsgericht

3235

5 N 30 71 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Firma Jörgen S. Lien GmbH, 6079 Sprendlingen, Liebknechtstr. 133, wird heute am 23. 9. 1971, um 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Gesellschaft überschuldet und zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Rosenkranz sen., 607 Langen, Gartenstr. 84. Konkursforderungen sind bis zum 20. 11. 1971 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und Eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Montag, den 15. November 1971, um 10.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Montag, den 13. Dezember 1971, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Langen, Darmstädter Str. 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderung, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. November 1971 anzeigen.
607 Langen, 23./24. 9. 1971

Amtsgericht

3236

N 2/66: In dem Konkurs Trischmann & Sohn, 3579 Neukirchen (No. 2/66), stehen zur Schlußverteilung an bevorrechtigte

Forderungen von 3769,43 DM 2410,06 DM zur Verfügung.

3578 Schwalmstadt, 20. 9. 1971

Der Konkursverwalter:
Arnold Reuße

3237

N 19/69: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Manfred Blattert, wohnhaft in Dillenburg, Johannstr. 14, Inhaber der Firma Rest- und Textilvertrieb Manfred Blattert, 6451 Hainstadt (Main), Mittelseestraße 1, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters sind in der aus dem Beschluß vom 29. 4. 1971 ersichtlichen Höhe festgesetzt worden.

6453 Seligenstadt/H., 23. 9. 1971

Amtsgericht

3238

5 N 6/69 — **Amtsgericht Idstein:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Erwin Seidel, Walsdorf, soll abgeschlossen werden, weil die Verwertung der Masse beendet ist.

Zur Verfügung stehen 891,08 DM. Davon sind noch die Gerichtskosten und die restliche Vergütung des Konkursverwalters zu begleichen. Auf die bevorrechtigten Forderungen von 37.902,07 DM und die Forderungen gemäß § 61 Ziff. 6 von 126.067,78 DM ist eine Schlußverteilung nicht mehr zu erwarten.

62 Wiesbaden, 21. 9. 1971

Der Konkursverwalter:
Dr. Hübner,
Rechtsanwalt

3239

62 N 13.68 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Tiefbauingenieurs Alfred Hensel, Wiesbaden-Sonnenberg, Kröckelbergstraße 2, wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners vom 26. Juni 1971 Termin bestimmt auf Mittwoch, den 3. November 1971, um 9.00 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts.

Der Zwangsvergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Der Termin dient zugleich der Prüfung nachgemeldeter Forderungen.

62 Wiesbaden, 17. 9. 1971

Amtsgericht

3240

62 N 34/71 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Schaustellers Willi Goltz, Wiesbaden-Dotzheim, Distrikt Roter Stock, wird heute am 21. 9. 1971 um 9 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: RA Mengert, Wiesbaden, Kirchgasse 47. Anmeldungen (doppelt) bis 27. 10. 1971.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 10. 11. 1971 um 9 Uhr, Zimmer 243. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 27. 10. 1971.

62 Wiesbaden, 22. 9. 1971

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem

Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3241

K 15/70: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Burg-Gemünden, Band 13, Blatt Nr. 491, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Burg-Gemünden,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 239, Hof- und Gebäudefläche, Nieder-Gemündener Str. 37, Größe 7,23 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 231, Gebäudefläche, Größe 0,08 Ar, Grünland (Bauplatz), Größe 11,40 Ar, Straße (Bauplatz), Größe 1,38 Ar, Nieder-Gemündener Straße 20,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Nr. 49/1, Hof- und Gebäudefläche, Nieder-Gemündener Str., Größe 25,00 Ar,

soll am Mittwoch, dem 8. Dezember 1971 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. September 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Ludwig Reitz, Burg-Gemünden.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:
Flur 1 Nr. 239 = 36 800 DM,
Flur 1 Nr. 231 = 3 700 DM,
Flur 5 Nr. 49/1 = 36 250 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

632 Alsfeld, 15. 9. 1971

Amtsgericht

3242

K 4/70: Die im Grundbuch von Elbenrod, Band 5, Blatt 227, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Elbenrod

1. Fl. 11 Nr. 17 Grünland, Im Grund, Größe 33,17 Ar,

2. Fl. 11 Nr. 31/1 Grünland, Die Berf, Größe 60,64 Ar,

sollen am 24. November 1971 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof Nr. 12, Zimmer Nr. 5, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. März 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Landwirt Gustav Schmidt in Reibertenrod,

2. Anna Maria Hofmann geb. Schmidt, Ehefrau des Lehrers Hermann Hofmann in Gießen,

3. Anna Maria Katharina Decher geb. Schmidt, Ehefrau des Lehrers Karl Decher in Rheindürkheim bei Worms,

4. Land- und Gastwirt Johann Heinrich Schmidt in Elbenrod,

5. Anna Schmidt geborene Weitzel, Witwe des Landwirts Oto Schmidt in Elbenrod,

6. Landwirt Willy Schmidt in Elbenrod;
7. Landwirt Otto Schmidt der Jüngere in Alsfeld,

8. Helma Frank geborene Schmidt in Hattendorf,

9. Hedwig Schmidt, ledig, in Rixfeld/Kreis Lauterbach,

10. Ralf Dieter Schmidt, geb. am 16. 12. 1954, wohnhaft in Ziegenhain,

11. Ruth Helma Schmidt, geb. am 14. 4. 1965, wohnhaft in Ziegenhain,

1. bis 11. in ungeteilter Erbengemeinschaft.
Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

632 AIsfeld, 16. 9. 1971 **Amtsgericht**

3243

K 28 69: Das im Grundbuch von Ober-
Erlenbach, Band 42, Blatt 2044, eingetra-
gene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Ober-Erlenbach,
Flur 8, Flurstück 34 1, Lieg.-B. 1393, Hof-
und Gebäudefläche, Im Vogelsang 6, Größe
4,64 Ar,

soll am 18. November 1971, um 9.00 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Frankfurter Straße
132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung
versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Sep-
tember 1969 (Tag des Versteigerungsver-
merks): Werner Freitag Kommanditgesell-
schaft Bad Homburg v. d. H. — Konkurs-
verwalter Dr. Wilhelm A. Schaaf, 6 Frank-
furt/Main —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a
Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 136 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 6. 9. 1971 **Amtsgericht**

3244

4 K 12 69: Das im Grundbuch von Klein-
hausen, Band 27, Blatt 1477, eingetragene
Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Kleinhausen, Flur 1,
Flurstück 547/4, Hof- und Gebäudefläche,
Im Böhlen 16, Größe 7,89 Ar,

soll am 24. November 1971 um 14.30 Uhr
im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wil-
helmstr. 28, Zimmer 203, durch Zwangs-
vollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. Mai
1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Kaufmann Herbert Neundörfer in Mann-
heim — jetzt wohnhaft in Einhausen —.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

614 Bensheim, 16. 9. 1971 **Amtsgericht**

3245

4 K 19 71: Das im Grundbuch von Rei-
chenbach, Band 31, Blatt 1262, eingetra-
gene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Reichenbach, Flur 11,
Flurstück 43/2, Hof- und Gebäudefläche,
Am Kieshügel 4, Größe 4,41 Ar,

soll am 9. Dezember 1971 um 14.30 Uhr,
im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wil-
helmstraße 28, Zimmer 203, zur Aufhebung
der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. Juni
1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Josef Heger, Zimmermann,
- b) Maria Heger, geb. Drechsler,
beide in Reichenbach, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

614 Bensheim, 20. 9. 1971 **Amtsgericht**

3246

K 11 71: Die im Grundbuch von Bieden-
kopf, Band 88, Blatt 3129, eingetragenen
Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Biedenkopf, Flur 55,
Flurstück 14 2, Grünland, Im Schwarzen-
berg, Größe 10,70 Ar, Fischteich, Im
Schwarzenberg, Größe 9,36 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Biedenkopf, Flur 55,
Flurstück 1, Grünland, Im Schwarzenberg,
Größe 13,10 Ar, Fischteich, Im Schwarzen-
berg, Größe 54,52 Ar,

sollen am Dienstag, dem 23. Nov. 1971,
um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bieden-
kopf, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch

Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 4. 1971
(Tag des Versteigerungsvermerks): Fabrikant
Günter Frey in Menden/Westf.,
Twiete 33a.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 14. 9. 1971 **Amtsgericht**

3247

K 23+27 70: Die im Grundbuch von
Biskirchen, Band 43, Blatt 582, eingetra-
genen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Biskirchen, Flur 2,
Flurstück 132, Gartenland, Schuhkau,
Größe 3,15 Ar,

Nr. 2 Flur 5, Flurstück 45, Ackerland,
Grünland, Wingerten, Größe 19,10 Ar,
sollen am 8. 12. 1971, um 9.00 Uhr, im
Gerichtsgebäude in Braunfels, Sitzungs-
saal, durch Zwangsvollstreckung versteigert
werden.

Eingetragene Eigentümer am a) 19. Okt.
1970 b) 12. Nov. 1970 (Tage des Versteige-
ungsvermerks):

Eheleute Fernfahrer Gottfried Justus
und Else geb. Werner in Biskirchen zu je
1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach §
74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden:

- a) lfd. Nr. 1 = 1512,— DM,
- b) lfd. Nr. 2 = 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 21. 9. 1971
**Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunfels**

3248

K 41 70: Das im Grundbuch von Rom-
melhausen, Band 9, Blatt 343, eingetra-
gene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Rommelhausen,
Flur 2, Flurstück 39/39, Hof- und Gebäude-
fläche, Karlstraße 13, Größe 7,69 Ar,

soll am Montag, dem 29. November 1971,
um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bü-
dingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sit-
zungssaal), durch Zwangsvollstreckung
versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. Juli
1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Kaufmann Hans Eckle jun., Püttlingen
(Saar).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a
Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 26 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

647 Büdingen, 3. 9. 1971 **Amtsgericht**

3249

61 K 97 70: Die im Grundbuch von Ober-
Ramstadt, Band 96, Blatt 5050, eingetra-
gene Grundstückshälfte an dem Grund-
stück,

Nr. 1, Gemarkung Ober-Ramstadt,
Flur 1, Flurstück 516, Hof- und Gebäude-
fläche, Brückengasse 5, Größe 2,87 Ar,

soll am 9. Dezember 1971 um 9 Uhr, im
Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathilden-
platz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangs-
vollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 11. 1970
(Tag des Versteigerungsvermerks): Willi
Matthäus, Zimmermann, Ober-Ram-
stadt, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 1. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 61

3250

61 K 102 70: Die im Grundbuch von Ober-

Ramstadt, Band 96, Blatt 5050, eingetra-
gene Grundstückshälfte an dem Grund-
stück,

Nr. 1, Gemarkung Ober-Ramstadt,
Flur 1, Flurstück 516, Hof- und Gebäude-
fläche, Brückengasse 5, Größe 2,87 Ar,

soll am 9. Dezember 1971 um 9 Uhr, im
Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathilden-
platz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangs-
vollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 11.
1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Ursula Ingeborg Matthäus, geb. Berz,
Ober-Ramstadt, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 1. 9. 1971
Amtsgericht, Abt. 61

3251

31 K 8 68: Das im Grundbuch von Ep-
pertshausen, Band 52, Blatt 2174, eingetra-
gene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Eppertshausen,
Flur 2, Flurstück 157/15, Hof- und Gebäu-
defläche, Ketteler Straße 23, Größe 5,28 Ar,
soll am Mittwoch, 22. 12. 1971, um 9.30
Uhr, im Gerichtsgebäude, hier, Marien-
straße 31, Zimmer 12, durch Zwangsvoll-
streckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 5. bzw.
28. 11. 1968 (Tage der Versteigerungsver-
merke): Eheleute Johann Peter Hofmann
und Margarete geb. Hackenberg, Epperts-
hausen, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach
§ 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 000,—
Deutsche Mark.

Bieter müssen im Termin u. U. 1/2 ihres
Bargebots als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

611 Dieburg, 27. 8. 1971 **Amtsgericht**

3252

31 K 48 71: Die im Grundbuch von
Schaaheim, Band 17, Blatt 1343, eingetra-
genen Grundstücke

Nr. 7, Gemarkung Schaaheim, Flur 12,
Flurstück 331, Ackerland, Hinter der Kir-
che am Mittelpfad, Größe 18,70 Ar.

Nr. 8, Gemarkung Schaaheim, Acker-
land, Zwischen der Mosbacher Hohl und
dem Leimfurtsweg, Größe 14,11 Ar,

soll am Mittwoch, 19. 1. 1972, um 9.30
Uhr, im Gerichtsgebäude, hier, Marien-
straße 31, Zimmer 12, zur Aufhebung der
Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. Juni
1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Maria Krautwurst geb. Perschbacher
Ehefrau d. Heinrich Krautwurst XVII.
- b) Helmut Perschbacher
- c) Willi Perschbacher
- d) Bernhard Perschbacher

zu a) bis d) Gesamtgut der Erbengemein-
schaft.

Bieter müssen im Termin u. U. 1/2 ihres
Bargebots als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“
wird hingewiesen.

611 Dieburg, 9. 9. 1971 **Amtsgericht**

3253

8 K 22, 30 71 — Beschluß: Die im Grund-
buch von Wissenbach, Band 40, Blatt 1392,
eingetragene ideelle Grundstückshälfte

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wissenbach,
Flur 13, Flurstück 640, Hof- und Gebäude-
fläche, Lindenweg, Größe 5,39 Ar,

soll am 24. November 1971, um 10.00 Uhr,
im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelm-
straße 7, Zimmer 108, durch Zwangsvoll-
streckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. Mai 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Udo Werner, Wissenbach.

Der Wert der ideellen Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 85 834,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 8. 9. 1971 **Amtsgericht**

3254

84 K 109/68 — **Zwangsvollesteigerung:** Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Marxheim, Band 33, Blatt 804, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 8, 9, 10, Gemarkung Marxheim, Flur 19, Flurstück 44, Ackerland (Obstb.) Alt Mai, Größe 6,66 Ar, Flur 19, Flurstück 103, Gartenland, Alt Mai, Größe 9,56 Ar, Flur 29, Flurstück 37, Ackerland, Aal III, Größe 15,88 Ar,

am 2. Dezember 1971, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (M.), Gerichtsstraße 2, Zimmer 10, Bau B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. Mai 1971 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. Wwe. Katharina Heislitz geb. Schmidt in Hofheim (Ts.), 2. Frau Anna Maria Kaus geb. Heislitz in Wicher, 3. Bäckermeister Heinrich Heislitz in Hofheim (Ts.), 4. Frau Rosa Grabener geb. Klüber, verw. Heislitz, in Hofheim, 5. Frau Ursula Katharina Noyes geb. Heislitz in Kansas City, USA, zu 1—3 in Erbengemeinschaft zu $\frac{1}{3}$, zu 1—5 in Erbengemeinschaft zu $\frac{1}{5}$.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flurstück 44: 4662,— DM (666 qm), Flurstück 103: 28 680,— DM (956 qm), Flurstück 37: 9528,— Deutsche Mark (1588 qm).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (M.), 16. 9. 1971 **Amtsgericht, Abt. 84**

3255

84 K 18/71 — **Zwangsvollesteigerung:** Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt/M., Bezirk 12, Band 5, Blatt 188, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 126, Flurstück 26, Hof- und Gebäudefläche, Finkenhofstraße 15, Größe 7,51 Ar,

am 9. Dezember 1971 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt/M., Gerichtsstr. 2, Bau B, Zimmer 10, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Juni 1971 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Die unbekannteten Erben a) der Witwe Elisabeth Süß, geb. Creizenach, b) der Frau Elisabeth Weigert, geb. Süß, — früher in Frankfurt/M. —, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt/M., 17. 9. 1971 **Amtsgericht, Abt. 84**

3256

84 K 112/69 — **Zwangsvollesteigerung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Griesheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band 86, Blatt 2273, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim, Flur 11, Flurstück 593/163, Hof- und Gebäudefläche, Taläckerstr. 6 b, Größe 2,84 Ar,

am 6. Dezember 1971, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude B in Frankfurt (M.), Ge-

richtsstr. 2, Zimmer Nr. 10 versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. Dezember 1969 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Artur Wessely, Kaufmann in Frankfurt (Main)-Griesheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 155 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 21. 9. 1971 **Amtsgericht, Abt. 84**

3257

K 4/71: Das im Grundbuch von Bönstadt, Band 26, Blatt 1105, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Bönstadt, Flur 1, Flurstück 169/2, Hof- und Gebäudefläche, Viehweg 5, Größe 4,47 Ar,

soll am Freitag, 10. Dez. 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Friedberg/H., Homburger Str. 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. März 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Rolf Wall, Bönstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 79 940,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 16. 9. 1971 **Amtsgericht**

3258

K 85/70: Das im Grundbuch von Bauernheim, Band 9, Blatt 384 eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Bauernheim, Flur 1, Flurstück 38/1, LB 172, Bauplatz zwischen dem Florstädter Weg und der Weide, Größe 3,13 Ar (jetzt angeblich teilweise bebaut — Kellergeschoß —, Ossenseimer Straße 14),

soll am Freitag, 3. Dez. 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Februar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schweißer Johann Eikenbusch, Bauernheim, jetzt in Bad Nauheim wohnhaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 9591,38 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 24. 9. 1971 **Amtsgericht**

3259

K 27/70: Das im Grundbuch von Freudenthal, Band 10, Blatt 297, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Freudenthal, Flur 3, Flurstück 47, Lieg.-B. 219, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 9, Größe 2,27 Ar,

soll am 26. November 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. September 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrzeugschlosser Arno Schmidt in Freudenthal.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 10 400,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 3. 8. 1971 **Amtsgericht**

3260

K 8/71 — 16. Sept. 1971 — **Beschluß:** Die 4/5-ideellen Anteile der im Grundbuch von Wehren, Band 5, Blatt 146, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 23, Lieg.-Buch 114, Ackerland, Das Mittelfeld, Größe 354,50 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 6, Ackerland, Die Lückengärten, Größe 14,32 Ar, Gartenland, Die Lückengärten, Größe 9,27 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 59/39, Grünland, Im Dümpel, Größe 99,22 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 4, Flurstück 108/17, Grünland, Die Götzenwies, Größe 36,00 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 5, Flurstück 105/7, Lieg.-Buch 114, Hof- und Gebäudefläche, Die Brück, Größe 4,28 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 2, Flurstück 71/30, Ackerland, Die Eulennäcker, Größe 224,48 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 7, Flurstück 71/0.39, Lieg.-B. 114, Grünland, Im Dümpel, Größe 29,28 Ar

lfd. Nr. 15, Flur 5, Flurstück 20/1, Geb.-Buch 33, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 30, Größe 13,14 Ar,

sollen am 19. Nov. 1971 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. März 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Land- und Gastwirt Karl Löber, Konrads Sohn, in Wehren zu 4/5-ideellen Anteilen.

Der Wert der Grundstücksbruchteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: Nr. 1, Flur 3, Flurstück 23 = 56 000 DM, Nr. 2, Flur 5, Flurstück 6 = 15 200 DM, Nr. 3 Flur 7, Flurstück 59/39 = 12 800 DM, Nr. 4, Flur 4, Flurstück 108/17 = 4 800 DM, Nr. 9, Flur 5, Flurstück 105/7 = 3 600 DM, Nr. 10, Flur 2, Flurstück 71/30 = 31 600 DM, Nr. 13, Flur 7, Flurstück 71/0.39 = 3 600 DM, Nr. 15, Flur 5, Flurstück 20/1 = 88 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 16. 9. 1971 **Amtsgericht**

3261

5 K 16/71: Das im Grundbuch von Steinau, Band 9, Blatt 327, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Steinau, Flur 4, Flurstück 10, Hof- und Gebäudefläche, Neue Siedlung 96, Größe 10,80 Ar,

soll am 18. November 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 34, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Mai 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Ehefrau Helga Roth geb. Büttner, b) Elektriker Alfons Roth, beide in Steinau, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 24. 9. 1971 **Amtsgericht**

3262

K 61/70 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Freigericht-Neuses a) Band 46, Blatt 1229, b) Band 20 Blatt 140 eingetragenen Grundstücke

a) Band 46, Blatt 1229:

lfd. Nr. 1, Gem. Neuses, Flur 15, Flurstück 92/6, Hofraum auf der Stirn, Größe 3,28 Ar,

b) Band 20, Blatt 140:

lfd. Nr. 61, Gem. Neuses, Flur 15, Flurstück 17, Hof und Gebäudefläche Hanauer Landstr. 4, Größe 8,03 Ar:

lfd. Nr. 62, Flur 2, Flurstück 36, Ackerland auf der Höhe, Größe 49,89 Ar, lfd. Nr. 63, Flur 3, Flurstück 54, Grün-

land oben am Mehgrund, Größe 55,52 Ar, lfd. Nr. 64, Flur 4, Flurstück 67, Grünland an der Landesklingshohl, Größe 28,36 Ar, lfd. Nr. 65, Flur 15, Flurstück 3, Grünland auf der Stirn, Größe 12,64 Ar, lfd. Nr. 66, Flur 19, Flurstück 21, Ackerland die 20 Morgen, Größe 61,53 Ar, lfd. Nr. 67, Flur 11, Flurstück 23, Ackerland an der Brücke, Größe 18,30 Ar, sollen am Freitag, dem 19. November 1971, um 14.00 Uhr — im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer 11, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Dezember 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Band 46, Blatt 1229, Frau Luise Benzing, Neuses, Hanauer Landstr. 4, Frau Katharina Benzing, in Neuses, Hanauer Landstr. 4, Otto Benzing, Frankfurt (Main), Keplerstr. 5, Richard Benzing Neuses, Gartenstr. 1, Frau Maria Benzing, Neuses, Hanauer Landstr. 4, alle in ungeteilter Erbengemeinschaft, b) Band 20, Blatt 140, Gastwirt Leo Johannes Benzing, Konrad's VI Sohn in Neuses.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 22. 9. 1971 **Amtsgericht**

3265

2 K 55/70: Das im Grundbuch von Goddelau, Band 37, Blatt 1795, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Goddelau, Flur 2, Flurstück 498, Bauplatz, Schillerstr., Größe 7,81 Ar,

soll am 23. 11. 1971 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtgebäude, Oppenheimer Str. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Günter Fornoff, Maurer, Goddelau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 20. 9. 1971 **Amtsgericht**

3264

K 9/70: Das im Grundbuch von Niederbeisheim, Band 19, Blatt 285, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 10, Flurstück 22/9, Hof- und Gebäudefläche, Tonkaute 179, Größe 6,85 Ar,

soll am 28. Nov. 1971 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude 3588 Homberg, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 7. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Maurer Helmut Schwarz, Felsberg.
2. dessen Ehefrau Anni, geb. Körber, Felsberg.
3. Arbeiter Emil Schwarz, Felsberg.
4. dessen Ehefrau Katharina, geb. Wiederhold, Felsberg — je zu einem Viertel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3588 Homberg (Bez. Kassel), 20. 9. 1971 **Amtsgericht**

3265

K 30/70: Das im Grundbuch von Obermossau, Band 5, Blatt 238, eingetragene Grundstück Flur 9, Flurstück 64/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Kirchberg 13, Größe 9,93 Ar,

soll am 18. November 1971, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 8. und 12. 10. 70 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Karl Ludwig Gropper,
- b) Ilse Gropper geb. Welke, beide in Obermossau, zu je $\frac{1}{2}$.

Wert nach § 74 a ZVG: 109 000,— DM. Bieter müssen damit rechnen, im Termin ein Zehntel ihres Gebots in bar zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 17. 9. 1971 **Amtsgericht**

3266

5 K 4/71: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Leidhecken, Amtsgerichtsbezirk Nidda, Band 7, Blatt 398, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Leidhecken

Nr. 1, Flur 1, Flurstück 209, Hof- und Gebäudefläche, Stadener Straße 6, Größe 0,09 Ar,

Nr. 2, Flur 1, Flurstück Nr. 210, Hof- und Gebäudefläche, Stadener Straße 6, Größe 0,99 Ar,

Nr. 5, Flur 1, Flurstück 208, Hof- und Gebäudefläche, Stadener Straße Nr. 6, Größe 1,02 Ar,

Nr. 6, Flur 1, Flurstück 211, Hof- und Gebäudefläche, Stadener Straße 6, Größe 0,32 Ar,

soll am 9. Dezember 1971, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. Februar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): 3. Rudolf Kleineberg, Kaufmann, Leidhecken, zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der ideellen Hälfte der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG mit Beschluß des Gerichts vom 21. Juli 1971 auf insgesamt 15 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 14. 9. 1971 **Amtsgericht**

3267

7 K 30/71 — Zwangsvolleistellung: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Mühlheim, Band 138, Blatt 5268 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1 der Gemarkung Mühlheim, Flur 10 Nr. 1415, L.-B. 3747, Hof- und Gebäudefläche Erlenweg 15, Größe 4,17 Ar,

am Mittwoch, dem 1. 12. 1971, um 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 18, Gebäude B, Zimmer 409 versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerks (16. Juli 1971): Maurer Max Friedrich Leist und dessen Ehefrau Anna Hedwig Leist geb. Kroh in Offenbach (Main), Maurer Günther Karl Leist in Mühlheim (Main) zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 105 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Rubrik „Zwangsvolleistellung“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (M.), 17. 9. 1971 **Amtsgericht. Abt. 7**

3268

2 K 8/71: Das im Grundbuch von Obertiefenbach, Band 67, Blatt 2262, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Obertiefenbach, Flur Nr. 3, Flurstück 18/2, Hof- und Gebäudefläche, Steinbacher Str. 40b, Größe 1,26 Ar,

soll am 26. 11. 1971 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstr. 25,

Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 5. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Rentner Ernst Franz Bahrdt in Inzell.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 20. 9. 1971 **Amtsgericht**

3269

61 K 12/71 — Beschluß: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 106, Blatt 1598, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Flur 59, Flurstück 335/8, Hof- und Gebäudefläche, Adelheidstraße 84, Größe 4,19 Ar,

soll am 30. November 1971 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. März 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hans Joachim Forst in Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 271 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 21. 9. 1971 **Amtsgericht**

3270

2 K 30/70 — Beschluß: Das im Grundbuch von Dörnberg Band 25, Blatt 961, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dörnberg, Flur 18, Flurstück 197, Hof- und Gebäudefläche, Lindenbeutel 8, Größe 9,97 Ar,

soll am 14. Dezember 1971 um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße Nr. 5, Zimmer Nr. 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 2. 1971/4. 3. 1971 (Tag der Versteigerungsvermerke):

- a) Kranführer Walter Meister — zu einem Viertel —,
 - b) Ehefrau Karla Meister geb. Koch — zur Hälfte —,
 - c) Autohändler Paul Rommel — zu einem Viertel —,
- zu a) bis c) in Kassel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 10. 9. 1971 **Amtsgericht**

3271

1 K 25/70: Das im Grundbuch von Hess. Lichtenau, Band 82, Blatt 2447, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Hess. Lichtenau, Flur 14, Flurstück 150, Hof- und Gebäudefläche, Ratsgasse, Haus Nr. 6, Größe 1,48 Ar,

soll am 11. November 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. Januar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Irmgard Kothe geb. Kellner in Hess. Lichtenau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 21. 9. 1971 **Amtsgericht**

ANZEIGENSCHLUSS

jeweils Montag,

7 Tage vor Erscheinen

Andere Behörden und Körperschaften

3272

Veränderungen im Vorstand der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt am Main

Herr Landesbankdirektor Gustav B o t h e ist kommissarisch zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt worden.

Durch Beschluß der Versammlung der Gewährträger wurden Herr Landesbankdirektor Dr. Erhard F l i e r, Herr Landesbankdirektor Dr. Helmut L a n g und Herr Landesbankdirektor Dr. Horst Q u i t z a u — bisher stellvertretende Vorstandsmitglieder der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt (M.) — zu ordentlichen Mitgliedern des Vorstandes berufen.

6 Frankfurt (M.), Sept. 1971

Hessische Landesbank
— Girozentrale —

3273

Enteignungsverfahren zugunsten der Bundesrepublik Deutschland — (BRD) — Bundesstraßenverwaltung — Ausbau der B 62 in der Ortslage Sorga, Kreis Hersfeld;

hier: Termin zur Feststellung der Entschädigung

In dem o. a. Enteignungsverfahren zwecks Entziehung des Eigentums an den Grundstücken Gemarkung Sorga:

Flur 15, Flurstück 120/6 — Größe 119 qm, Flur 15, Flurstück 122/15 — Größe 12 qm, Flur 15, Flurstück 120/11 — Größe 4 qm, Flur 15, Flurstück 120/9 — Größe 40 qm, Flur 16, Flurstück 61/5 — Größe 7 qm, Flur 12, Flurstück 25/4, — Größe 41 qm

herausvermessene Teilflächen der Grundstücke Flur 15, Flurstücke 69/1 und 87 und Flur 12, Flurstück 89/28, eingetragen im Grundbuch Sorga, Band 16, Blatt 538, Band 14, Blatt 452, Band 21, Blatt 675,

wird hiermit gem. § 25 Abs. 1 und 3 des Pr. Ges. über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. 6. 1874 (Gs. S. 221) Termin zur Feststellung der Entschädigung auf

Dienstag, den 12. Oktober 1971, 9.30 Uhr

im Bürgermeisteramt in Sorga, Krs. Hersfeld,

anberaunt.

Die Unternehmerin und die beteiligten Grundeigentümer werden zu diesem Termin besonders geladen. Alle übrigen Beteiligten (Realberechtigten) werden hiermit gem. § 25 Abs. 4 des Pr. Enteign. Gesetzes aufgefordert, ihre Rechte im genannten Termin wahrzunehmen.

Die Ladung erfolgt mit dem Hinweis, daß beim Ausbleiben der Geladenen ohne deren Zutun die Entschädigung festgestellt und über die Auszahlung oder Hinterlegung derselben verhandelt und entschieden werden kann (§ 25 Abs. 5 Pr. Enteign. Ges.).

35 Kassel, 27. 8. 1971

Der Kommissar für Enteignungssachen
des Regierungspräsidenten
I/1 a Az.: 86 d 12/03
Tgb. Nr.: 60/66

3274

Kraftloserklärung einer Genehmigung zur Ausführung von Ausflugsfahrten mit Kraftomnibussen

Die Genehmigungsurkunde Nr. 99/1967 zur Ausführung von Ausflugsfahrten mit Kraftomnibussen nach § 48 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), ausgestellt am 19. Januar 1967 auf das

Reisebüro Georg am Eck, Inh. Erich Georg,
63 Gießen, Seltersweg 28,

wird gemäß § 17 Abs. 7 PBefG für kraftlos erklärt.

61 Darmstadt, 21. 9. 1971

Der Regierungspräsident
in Darmstadt
IV/2 — 66 f 02/09 — G —

Öffentliche Ausschreibungen

3275

Bad Hersfeld: Die Arbeiten für die Herstellung einer Tiefstraße (Betonwanne) im Bereich der Bundesbahnüberführung in Rotenburg/F. im Zuge der L 3208 zwischen km 0,412 bis 0,609 sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden:

Auszuführen sind:

ca. 900 qm Spundwände,
ca. 15 000 cbm Erdaushub,
ca. 3 000 cbm Beton und Stahlbeton,
ca. 150 t Betonstahl,
ca. 4 300 qm horizontale und vertikale Isolierung,
ca. 2 800 qm Mastixisolierung
sowie Entwässerungs- und andere Arbeiten.

Bauzeit: 260 Werkstage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 8. Oktober 1971 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 40,— DM für 2 Ausfertigungen schriftlich anzufordern. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 67 53 oder Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld Nr. 301 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 22. Oktober 1971 um 11.00 Uhr im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

643 Bad Hersfeld, 22. 9. 1971

Hessisches Straßenbauamt

3276

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der L 3100 zwischen Zwingenberg—Alsbach und Jugenheim (km 14,766 bis km 17,065) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

ca. 14 000 qm Boden lösen,
ca. 15 000 qm Planum herstellen,
ca. 4 500 cbm Frostschuttkies einbauen,
ca. 3 000 t bit. Tragschicht,
ca. 24 000 qm Binder und Asphaltfeinbeton,
ca. 3 000 lfd. m Hochbordsteine mit Entwässerungsrinne,
ca. 8 000 qm Verbundpflaster
und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 200 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 18. 10. 1971 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 15,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 355 99 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3100, Zwingenberg—Alsbach—Jugenheim“.

Eröffnung: Donnerstag, den 28. 10. 1971, um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Werkstage.

61 Darmstadt, 22. 9. 1971

Hessisches Straßenbauamt

3277

Gießen: Für den Ausbau der OD Nieder-Eschbach einschließlich freie Strecke, Kreis Friedberg, im Zuge der L 3003, Baulänge 1632 m, sollen u. a. vergeben werden:

6 000 cbm Erdbewegung,
7 100 t Hartsteinmineralgemisch 0/35 (f. d. 1. Tragschicht),
3 600 t bit. Mischgut 0/35 (f. d. 2. Tragschicht).
14 600 qm Decke (Binder 0/18),
14 400 qm Decke (Binder 0/25),
14 400 qm Asphaltfeinbeton 0/8,
35 cbm Beton B 225,
1 500 lfd. m Betonhochbordsteine.

Bauzeit: 180 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden ab sofort in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung von 10,— DM abgegeben. Der Betrag ist vorher bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39 312, unter Stichwort „L 3003 — Nieder-Eschbach“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 28. Oktober 1971, um 10 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15. Dezember 1971.

63 Gießen, 22. 9. 1971

Hessisches Straßenbauamt

3278

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der Brücke über die Pflicke in Bau-km 0,0+33,33 der L 3227 einschl. Bau einer Notbrücke in Spangenberg, Kreis Melsungen, sollen vergeben werden.

800 cbm	Bodenaushub
80 cbm	Fundamentbeton B 300 der Widerlager und Flügel
200 cbm	aufgeh. Beton B 300 der Widerlager und Flügel
150 cbm	Stahlbeton B 300 für den Überbau
28 t	Stahl I, II und III
200 qm	Mastix-Isolierung
150 qm	Gußasphaltunter- bzw. -deckschicht und sonstige Nebenarbeiten

Bauzeit: 200 Werktagen einschl. Statik und Ausführungsunterlagen.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 14. 10. 1971 anzufordern. Diese werden dann in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 25,- DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 67 53 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 161 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 9. 11. 1971, um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 28 Werktagen.

344 Eschwege, 23. 9. 1971 Hessisches Straßenbauamt Eschwege

3279

Wir suchen für unsere Wiesbadener Geschäftsstelle des Hessischen Städtetages, des neugebildeten kommunalen Spitzenverbandes der kreisfreien und kreisangehörigen Städte in Hessen, einen

Referenten

Das Aufgabengebiet der Stelle umfaßt folgende Sachbereiche: **Landesplanung, Raumordnung, Bau- und Planungswesen, Verkehrswesen, öffentliche Einrichtungen, Gebühren und Beiträge.** Eine andere Geschäftsverteilung bleibt vorbehalten.

Die Bezahlung richtet sich nach der Besoldungsgruppe A 14 HBO; ein Aufrücken in die Besoldungsgruppe A 15 HBO ist möglich. Sofern die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Anstellung auf Lebenszeit vorgesehen.

Die Stelle soll zum 1. 1. 1972 besetzt werden.

Voraussetzung für die Wahrnehmung der Stelle ist ein abgeschlossenes Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Bewerber, die über Erfahrungen im kommunalen Dienst verfügen, erhalten den Vorzug.

Interessenten wollen sich bitte bis zum 15. 11. 1971 unter Beifügung eines Lichtbildes, eines kurzgefaßten Lebenslaufes und der üblichen Nachweise bewerben beim

HESSISCHEN STÄDTETAG
62 Wiesbaden 1 — Frankfurter Straße 10

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

3280

Bei dem Hessischen Finanzgericht in Kassel (Ortsklasse S)

ist die Stelle eines

Regierungsrats / Oberregierungsrats

— Besoldungsgruppe A 13 / A 14 HBesG —

als Leiter der Bücherei mit der Hauptaufgabe der Erstellung einer steuerlichen Dokumentation

alsbald zu besetzen.

Bewerber müssen über gründliches juristisches Allgemeinwissen sowie umfassende Fachkenntnisse verfügen und Interesse am Aufbau einer steuerlichen Fachbibliothek haben. Für Bewerber mit der Befähigung zum Richteramt ist die spätere Übernahme als Finanzrichter möglich.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und sonstigen Befähigungsnachweisen werden erbeten an den

Hessischen Minister der Justiz
62 Wiesbaden, Luisenstraße 13

3281

Bei der Stadt Steinheim am Main

ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle eines

hauptamtlichen Stadtrates

zu besetzen.

Gesucht wird eine dynamische Persönlichkeit, die über gründliche und vielseitige Erfahrungen in der Kommunalpolitik und auch in der Verwaltung verfügt und sich mit Tatkraft und Verantwortungsfreude den vielfältigen Aufgaben einer aufstrebenden Stadt widmen möchte. Als Aufgabengebiet sind das Bau- und Wohnungsamt sowie das Kultur- und Sportamt vorgesehen. Die Besoldung erfolgt nach W 6.

Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und Nachweise über die bisherigen Tätigkeiten werden bis zum 15. Oktober 1971 erbeten an den Magistrat der Stadt Steinheim am Main. Kennwort: Wahl des hauptamtlichen Ersten Stadtrates.

Magistrat der Stadt Steinheim am Main
6452 Steinheim am Main, Postfach 261

Der „Staats-Anzeiger“ für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 13,50 (einschließlich 5% MwSt. = 0,70 DM MWSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum, Wiesbaden. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto 6 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hess. Landes-

bank Frankfurt/M., Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 3 96 71. Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 2,00, bis 40 Seiten DM 2,74, bis 48 Seiten DM 3,30, über 48 Seiten DM 3,57. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5% Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 8 vom 1. 4. 1971. Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.